Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

NACHHALTIGKEITSBERICHT 2013

VORWORT 1

UM WAS GEHT ES? 3

WO STEHEN WIR HEUTE?
BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 7
BASEL ALS LEBENS- UND WIRTSCHAFTSRAUM 8
BEWERTUNG DER REGIERUNGSRÄTLICHEN NACHHALTIGKEITSZIELE 15

KENNZAHLEN
INDIKATOREN ZUR WIRTSCHAFT 22
INDIKATOREN ZUR UMWELT 36
INDIKATOREN ZUR GESELLSCHAFT 50

VORWORT

Das staatliche Handeln soll gemäss der Kantonsverfassung auf eine nachhaltige Entwicklung hinwirken. Der vorliegende Bericht dient dazu, retrospektiv die Entwicklung bezüglich der gefassten längerfristigen Nachhaltigkeitsziele des Regierungsrates auf der Grundlage der Entwicklung der gewählten Indikatoren zu überprüfen. Diese Beurteilung fliesst neu direkt in die Legislaturplanung ein. Damit ist die im letzten Nachhaltigkeitsbericht «Zukunft Basel konkret – Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2010» angekündigte zeitliche Abstimmung zwischen der Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsberichtes und des Legislaturplans vollzogen.

Der globale und der nationale Nachhaltigkeitsdiskurs sind derzeit geprägt durch die starke Betonung der Vernetztheit der drei klassischen Nachhaltigkeitsdimensionen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Lösungsansätze zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele werden nicht mehr separat und unabhängig in den drei Themenfeldern, sondern in deren Zusammenhängen und Wechselwirkungen gesucht. Ganzheitliche Betrachtungsweisen sind gefragt, wenn wir den bevorstehenden Herausforderungen erfolgreich begegnen wollen. Auftretende Zielkonflikte zwischen den Dimensionen können deshalb nur gelöst werden, indem diese miteinander und nicht nebeneinander betrachtet werden.

Zuerst wird dazu die Entwicklung des Nachhaltigkeitsdiskurses der letzten Jahre rekapituliert, um schliesslich den vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht sowohl lokal wie auch national und international zu verorten. Eine Möglichkeit, die Vernetztheit der drei Dimensionen aufzuzeigen, ist eine ganzheitliche Betrachtungsweise unseres Lebens- und Wirtschaftsraums. In den Ausführungen des dritten Kapitels wird unter diesem Aspekt die demografische Entwicklung in Basel dargestellt, um darauf aufbauend einen Blick auf die Situation und die Bedürfnisse der Individuen und Unternehmen im Kanton Basel-Stadt zu werfen.

Dazu sind wir auch verpflichtet, denn gemäss dem eingangs erwähnten Verfassungsparagrafen misst sich die nachhaltige Entwicklung unter anderem an der Zufriedenheit und den Möglichkeiten der Bedürfniserfüllung der gegenwärtigen Generation unter Berücksichtigung des Erhalts der Möglichkeiten zukünftiger Generationen. Abgeschlossen wird der erste Teil mit einer Beurteilung der Zielerreichung auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung auf Basis der 21 Indikatoren, welche jeweils stellvertretend für ein Themenspektrum der Nachhaltigkeit stehen und zum zweiten Mal nach 2010 aktualisiert wurden.

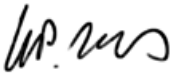
Im zweiten Teil dieses Berichts werden die einzelnen Kennzahlen, die zur Beurteilung der Ziele festgelegt wurden, sowie deren Entwicklung beschrieben.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartements, Regierungspräsident

Dr. Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartements

Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements



Dr. Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements

Dr. Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartements, Regierungsvizepräsident

Dr. Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzddepartements

Christoph Brutschin, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

UM WAS GEHT ES?

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der UNO (Brundtland-Kommission) definierte 1987 im Bericht «Our common future» nachhaltige Entwicklung folgendermassen: «Nachhaltig ist eine Entwicklung, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.»

Diese Definition hat heute noch Gültigkeit, sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler und basel-städtischer Ebene. Am Erdgipfel von Rio de Janeiro im Jahr 1992 wurde auf der Basis des sogenannten Brundtland-Berichts, der insbesondere die Vernetztheit von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Vorgängen betonte, das Dreidimensionenmodell entwickelt.

Die Schweiz hat dieses Modell übernommen und mit einer Zeit- und einer Nord-Süd-Achse erweitert. Unter Berücksichtigung des intergenerationellen Aspekts und globaler Interdependenzen darf danach das Handeln öffentlicher wie auch privater Akteure innerhalb des vernetzten Systems Wirtschaft – Gesellschaft – Umwelt nicht isoliert und eindimensional betrachtet werden. Die Wechselwirkungen zwischen den Dimensionen sollen mit eingeschlossen werden. Um den Umwelt- und Ressourcenverbrauch auf ein dauerhaft tragbares Niveau zu senken, gleichzeitig aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt zu wahren, erfordert nachhaltige Entwicklung einen langfristigen und ganzheitlichen Strukturwandel in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

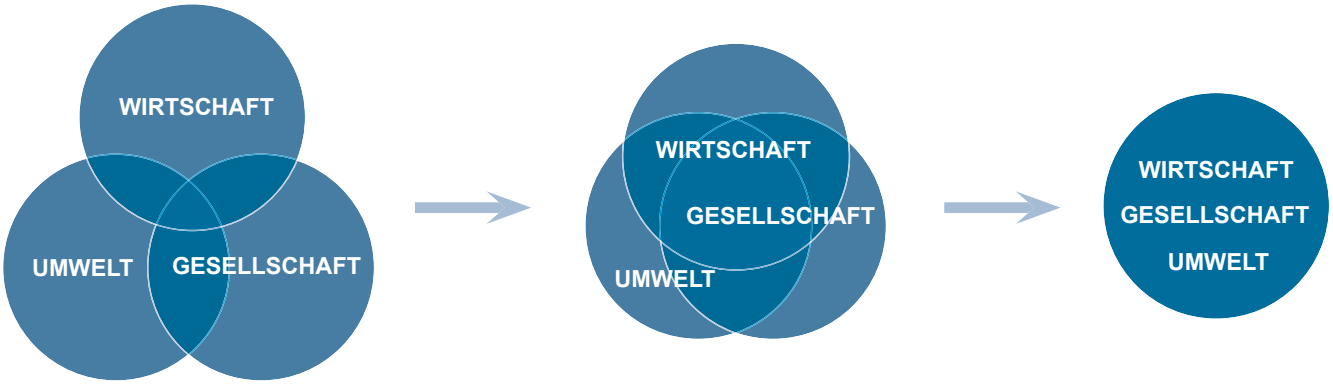
An der UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung Rio+20 im Juni 2012 beschloss die Staatengemeinschaft, bis 2015 ein Zielsystem zu schaffen, das alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen umfasst und die Umsetzung durch fokussiertes Handeln, durch Mobilisierung von Akteuren und neuen Ressourcen verbessert. Gleichzeitig wurde auch die «grüne Wirtschaft» (green economy) als Handlungsfeld zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklung benannt. Dabei soll sich die «grüne Wirtschaft» in das übergreifende Konzept der nachhaltigen Entwicklung einordnen.

Auch die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015» des Bundesrats beinhaltet Leitlinien, mit welchen er die

Die nachhaltige Entwicklung erfordert einen langfristigen und ganzheitlichen Strukturwandel in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Vernetzung der drei Dimensionen anstrebt. Dabei sollen unter Wahrung der Zukunftsverantwortung die drei Zieldimensionen der nachhaltigen Entwicklung ausgewogen berücksichtigt werden. Die nachhaltige Entwicklung soll in alle Politikbereiche einbezogen und die Koordination zwischen diesen und die Kohärenz verbessert werden. Die nachhaltige Entwicklung soll partnerschaftlich realisiert werden. Zur noch stärkeren Verknüpfung der Legislaturplanung und der Nachhaltigkeitsstrategie wurde diese auf Bundesebene nun neu ebenfalls in die Legislaturplanung integriert.

Der §15 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt hält die nachhaltige Entwicklung in den «Leitlinien staatlichen Handelns» fest. Demnach orientiert sich der Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben an den Bedürfnissen und am Wohlergehen der Bevölkerung und berücksichtigt gleichzeitig Würde, Persönlichkeit und Eigenverantwortung des Einzelnen. Er erfüllt ökologische, wirtschaftliche und soziale Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation und ermöglicht gleichzeitig künftigen Generationen, ihre eigene Lebensweise zu wählen. Dabei wirkt er auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Chancengleichheit, kulturelle Vielfalt, Integration, Gleichberechtigung und wirtschaftliche Entfaltung hin.



Bevölkerungsentwicklung

BEVÖLKERUNGSZAHL. Im Kanton Basel-Stadt lebten im Jahr 2011 über 190 000 Menschen aus 158 Nationen. In den letzten Jahren nahm die Bevölkerung nach langer Stagnation dank Zuwanderung und Geburtenüberschuss der ausländischen Bevölkerung wieder leicht zu. Die stärkste Bevölkerungszunahme verzeichneten dabei die Wohnviertel Rosental und Kleinhüningen, während die Einwohnerzahlen im Hirzbrunnen und in der Gross- und Kleinbasler Altstadt am deutlichsten sanken. Gemäss der aktuellen Bevölkerungsprognose des Statistischen Amts Basel-Stadt setzt sich diese Entwicklung auch in den nächsten Jahren fort. Im Rahmen der Bevölkerungsprognose ergaben sich drei Szenarien. Gemäss dem mittleren Szenario steigt die Bevölkerung bis ins Jahr 2035 auf knapp 196 000 Einwohner. Ein Vergleich der Wahlkreise zeigt, dass das Kleinbasel die stärkste Zunahme erfahren wird, während die Bevölkerungszahl in Grossbasel West und Grossbasel Ost aufgrund der geringeren Bautätigkeit weniger stark wachsen resp. beim mittleren Szenario in Grossbasel West sogar leicht abnehmen wird.

AUSLÄNDERANTEIL. Insgesamt beträgt der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung rund ein Drittel. Die grösste Ausländergruppe bilden dabei die Deutschen, gefolgt von Staatsangehörigen aus Italien und der Türkei. Der Anteil der Grenzgängerinnen und Grenzgänger ist in den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft stark gestiegen.

ALTERSSTRUKTUR. Im schweizweiten Vergleich ist der aktuelle Anteil an Personen von über 64 Jahren im Kanton Basel-Stadt überdurchschnittlich hoch und der Anteil an jungen Menschen von unter 20 Jahren überdurchschnittlich tief. Im Sinne der gesellschaftlichen Solidarität ist ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Generationen wichtig, da sich die Veränderung der demografischen Struktur auf den öffentlichen Haushalt auswirkt.

Im schweizweiten Vergleich ist der Anteil an Personen von über 64 Jahren im Kanton Basel-Stadt überdurchschnittlich hoch und der Anteil an jungen Menschen von unter 20 Jahren überdurchschnittlich tief.

Basel als Lebens- und Wirtschaftsraum

Im Folgenden wird die Vernetzung der einzelnen Nachhaltigkeitsdimensionen im Lebens- und Wirtschaftsraum Basel beschrieben. Diese Darstellung zeigt auf, dass eine rein sektorielle oder eindimensionale Betrachtungsweise heute nicht mehr zu den Lösungen führt, die uns die Ziele der Nachhaltigkeit effizient erreichen lassen. Es zeigt sich aber auch, dass die Steigerung der Lebensqualität sowohl für das Individuum in seinem Lebensraum als auch für die Unternehmen im Wirtschaftsraum letztlich in erster Linie durch Lösungsansätze, die sich der Nachhaltigkeit verpflichten, erreicht werden kann.

WIRTSCHAFTSKRAFT. Die Bewohner und Arbeitnehmer sowie die hier ansässigen Unternehmen tragen massgeblich zu einer guten Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt bei. Der Kanton Basel-Stadt ist im Bereich der Wirtschaftskraft seit Jahren Schweizer Spitzenreiter. Durch die schweizweit einzigartige Branchenstruktur im Stadtkanton, gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Unternehmen in innovativen, globalisierten Branchen, steht die Region Basel in einem starken internationalen Standortwettbewerb. Die Life-Sciences-Industrie ist betreffend Erwerbstätigenanteil die wichtigste Branche im Industriesektor, und die Region Basel verfügt über die weltweit höchste Dichte erfolgreicher Life-Sciences-Unternehmen. Von der Dynamik der Life-Sciences-Industrie profitieren auch viele andere Branchen in der Region. Weiter beherbergt der Stadtkanton mit den Messen Baselworld und Art Basel (und deren amerikanischem Ableger Art Basel Miami Beach) zwei der weltweit bedeutendsten Messen der jeweiligen Branchen.

BESCHÄFTIGUNG. Für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik spielt neben der effektiven Wirtschaftskraft auch die Beschäftigungsentwicklung eine wichtige Rolle. Seit 2005 wurden in den beiden Basel knapp 14 000 Stellen geschaffen, am meisten neue Stellen entstanden dabei im Bereich der Pharmaindustrie. Die Arbeitsmarktlage im Kanton Basel-Stadt wurde 2011 von weit über der Hälfte der Bevölkerung als sehr gut oder eher gut bewertet, womit die Zufriedenheit so hoch wie noch nie zuvor war. Die Erwerbstätigenquote des Kantons Basel-Stadt liegt leicht unter dem schweizerischen Durchschnitt, während die kantonale Arbeitslosenquote etwas über dem Schweizer Mittel liegt. Von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen sind Personen unter 25 Jahren und ausländische Personen, insbesondere ausländische Männer. Bei der Sozialhilfequote lässt sich bei den jungen Erwachsenen seit 2005 ein Rückgang beobachten, wohingegen der Anteil bei den ausländischen Männern und Frauen zunahm.

BILDUNG. Die subjektive Wahrnehmung über die gesellschaftliche Stellung im Leben und die Erfüllung der individuellen Bedürfnisse spielt auch für die Einschätzung der eigenen Lebensqualität eine wichtige Rolle. Eine gute Bildung ist daher von hoher Bedeutsamkeit und soll eine aktive und eigenverantwortliche Mitgestaltung der persönlichen und gesellschaftlichen Zukunft ermöglichen. Idealerweise befähigt sie die Menschen, ihre soziale und wirtschaftliche Situation nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Der Integration

Der Kanton Basel-Stadt ist im Bereich der Wirtschaftskraft seit Jahren Schweizer Spitzenreiter.

und der Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen werden in diesem Zusammenhang hohe Priorität beigemessen. Nach Genf verfügt der Kanton Basel-Stadt dabei über den höchsten Anteil sehr heterogener Klassen. Über ein Drittel der Kinder in den Basler Schulklassen sind ausländisch und über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler haben eine andere Erstsprache als Deutsch. Förderung durch Bildung heisst somit Förderung guter Bildungschancen für alle, unabhängig von sozialen, kulturellen, ethnischen und religiösen Bindungen.

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF. Die Unternehmen spielen eine wichtige Rolle als Ausbildungsstätte und sollen auch im Hinblick auf die strukturelle Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Chancengleichheit bezüglich Karrieremöglichkeiten Verantwortung mittragen. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht erwerbstätigen Eltern, ihre beruflichen Qualifikationen zu verbessern und das (Grund-)Familieneinkommen zu sichern. In der kantonalen Bevölkerungsbefragung 2011 war rund ein Drittel der Meinung, dass es im Kanton gute Teilzeitstellen gibt, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Gemäss der Familienbefragung 2009 ist für die kommenden Jahre mit einer verstärkten Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Schulen mit Tagesstrukturen und Mittagstischen zu rechnen. Die befragten Familien befürworten deshalb einen Ausbau der bestehenden Angebote.

FREIWILLIGENARBEIT. Im Rahmen der informellen Freiwilligenarbeit, zu der neben Kinderbetreuung auch die Pflege von Verwandten und die Nachbarschaftshilfe gehören, engagiert sich knapp ein Fünftel der Basler Bevölkerung. Ebenso viele sind im Rahmen der formellen Freiwilligenarbeit in institutionellen Organisationen beschäftigt. Die Beteiligung ist jedoch bei der informellen wie der formellen Freiwilligenarbeit abnehmend.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG. Die Erhaltung und Verbesserung des Produktiv- und des Humankapitals begünstigen eine nachhaltige Entwicklung. Forschung, Entwicklung und Technologie gelten als bedeutende Motoren für die Innovationstätigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Sie sind daher eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Wirtschaftskraft. Über die gesamte vorhergehende Dekade gehörte die Universität Basel zu den am schnellsten wachsenden Universitäten der Schweiz. Die Universität Basel ist die fünftgrösste der zwölf Schweizer Universitäten, die Fachhochschule Nordwestschweiz die drittgrösste der neun Schweizer Fachhochschulen. Nach wie vor ist die berufliche Grundbildung nach der obligatorischen Schulzeit die erste Wahl. Neben Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit spielen auch die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften, die verkehrstechnische Erreichbarkeit, das regulative Umfeld, die Steuerbelastung, das vorhandene Wohnangebot und die Attraktivität der Kultur- und Freizeitangebote eine entscheidende Rolle für die Standortattraktivität Basels.

Im Rahmen der informellen Freiwilligenarbeit, zu der neben Kinderbetreuung auch die Pflege von Verwandten und die Nachbarschaftshilfe gehören, engagiert sich knapp ein Fünftel der Basler Bevölkerung.

Café Tea-Room
Confiserie
SCHIESSER ORIGINAL

ERREICHBARKEIT. Die globale und die kontinentale Erreichbarkeit bestimmen unter anderem, in welchem Umfang eine Region am wirtschaftlichen Wachstumsprozess teilhaben kann. Durch die verkehrsgünstige Lage am Rhein, den trinationalen Flughafen, die engmaschige Anbindung an die europäischen Bahn- und Strassenkorridore sowie die direkte Nachbarschaft zu den beiden wichtigen Handelspartnern Deutschland und Frankreich wuchs die Region Basel zu einem bedeutenden multimodalen Verkehrsknotenpunkt der Schweiz.

MOBILITÄTSANGEBOT. Das Mobilitätsangebot spielt für den Wohnortentscheid eine wichtige Rolle. Gemäss Bevölkerungsbefragung 2011 ist beispielsweise der öffentliche Verkehr ein sehr wichtiger oder eher wichtiger Aspekt des Wohnorts. Mit dem schweizweit geringsten Anteil an Personenwagen pro 1000 Einwohner im Kanton Basel-Stadt entfallen in der Agglomeration Basel rund drei Viertel der Wegdistanzen auf Tram, Bus und Langsamverkehr (Velo und zu Fuss). Generell sind Städte aufgrund des dicht besiedelten Raums mit einem grossen Verkehrsaufkommen konfrontiert. Der motorisierte Verkehr ist Hauptverursacher von Lärm- und Luftschadstoffbelastung, welche nicht zu vernachlässigende Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lebensqualität haben und die Attraktivität des Wohnumfeldes beeinträchtigen können. Aus Sicht einer stadtgerechten Mobilität sind vor allem kurze Wege zwischen den verschiedenen Alltagsfunktionen zu fördern. Da dem Stadtkanton selber nur begrenzt Möglichkeiten zur Siedlungsentwicklung offenstehen, muss er dem Bedarf an Wohn- und Gewerberaum hauptsächlich durch bauliche Verdichtung gerecht werden.

WOHNRAUM. Massgebend für den Wohnortentscheid sind neben dem Angebot an Arbeitsplätzen und öffentlichen Verkehrsmitteln auch Grünanlagen, Einkaufsmöglichkeiten und das Kulturangebot. Immer mehr zur Selbstverständlichkeit wird auch eine generell hohe Qualität der natürlichen Umwelt (bspw. Wasserqualität). Die neusten Entwicklungen zeigen eine leichte Verknappung des Wohnraums durch den Trend zum Bau von grösseren Wohnungen und durch eine Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche pro Einwohnerin und Einwohner. Der Wohnungsmarkt ist aber immer noch etwas weniger angespannt als in anderen schweizerischen Grossstädten. Aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung ist eine Zunahme der individuellen Wohnfläche insofern problematisch, als dass sie generell mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch (unverbaute Fläche, Energie für Bau und Unterhalt, höheres Verkehrsaufkommen etc.) wie auch mit einer Verknappung des zur Verfügung stehenden (günstigen) Wohnraums gekoppelt sein kann.

Mit dem schweizweit geringsten Anteil an Personenwagen pro 1000 Einwohner im Kanton Basel-Stadt entfallen in der Agglomeration Basel rund drei Viertel der Wegdistanzen auf Tram, Bus und Langsamverkehr.

ENERGIENUTZUNG. Ein nachhaltiger Umgang mit Energie bedeutet, dass die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft dank rationeller Energienutzung mit stark reduziertem Ressourceneinsatz abgedeckt und soweit möglich erneuerbare Quellen genutzt werden. Seit 2001 verfolgt der Kanton Basel-Stadt die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft mit dem Ziel, die konstante Leistung der Bevölkerung von aktuell rund 4000 auf 2000 Watt pro Person zu senken. Unter Berücksichtigung der grauen Energie, die in eingeführten Produkten und Dienstleistungen enthalten ist, ist der heutige Primärenergiebedarf der Kantonsbevölkerung pro Kopf allerdings doppelt so gross. Der Energiebedarf verteilt sich auf die Sektoren Wohnen, Arbeiten und Mobilität. Mehr als die Hälfte wird im Sektor Arbeiten verbraucht, und je ein Fünftel für Wohnen und für Mobilität.

SICHERHEIT. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Lebensqualität und Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld ist die empfundene Sicherheit. In Basel fühlt sich ein Grossteil der Bevölkerung sehr oder eher sicher. Alter, Geschlecht, Lebenssituation, persönliche Erlebnisse und Medienberichterstattungen können dabei das subjektive Sicherheitsgefühl beeinflussen. Neben der Gestaltung und dem Unterhalt sind vor allem auch die soziale Kontrolle und die Belebung des öffentlichen Raumes sicherheitsfördernde Aspekte. In Basel wie in anderen urbanen Räumen stieg die Gewaltbereitschaft zwar während der letzten Jahre tendenziell an, die effektive Kriminalitätsbelastung der Stadt Basel fällt jedoch im Vergleich mit anderen Schweizer Städten wie Lausanne, Genf, Bern oder Zürich deutlich tiefer aus.

GESUNDHEITSVERSORGUNG. Bei der Gesundheitsversorgung weist der Kanton einen seiner Zentrumsfunktion entsprechenden, überdurchschnittlich hohen Versorgungsgrad aus. Während ein grosser Teil der Gesundheitsausgaben in die medizinische Versorgung der Bevölkerung fliesst, wird für Gesundheitsförderung nur ein kleiner Teil aufgewendet. Gezielte Gesundheitsförderungs- und Präventionsmassnahmen wirken sich jedoch nachweislich ökonomisch günstiger aus. Eine multisektorale Betrachtungsweise, welche die Zusammenhänge zwischen Gesundheitszustand einerseits und Umweltsituation, Ernährungsgewohnheiten, Bewegungs- und Mobilitätsverhalten sowie sozialen Unterschieden andererseits thematisiert, kann einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Gesundheitsförderung darstellen.

EINNAHMEN- UND AUSGABENPOLITIK. Attraktive Standortfaktoren machen den Kanton für Investoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer interessant und haben so unmittelbar Auswirkungen auf das Steueraufkommen und damit auf den finanziellen Handlungsspielraum des Kantons. Sie ermöglichen die Finanzierung der Sozialhilfe und sozialer Ergänzungsleistungen und somit die Existenzsicherung der Bevölkerung. Um die intergenerationelle Gerechtigkeit sowie den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, wird besonderes Augenmerk auf eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentli-

In Basel fühlt sich ein Grossteil der Bevölkerung sehr oder eher sicher.

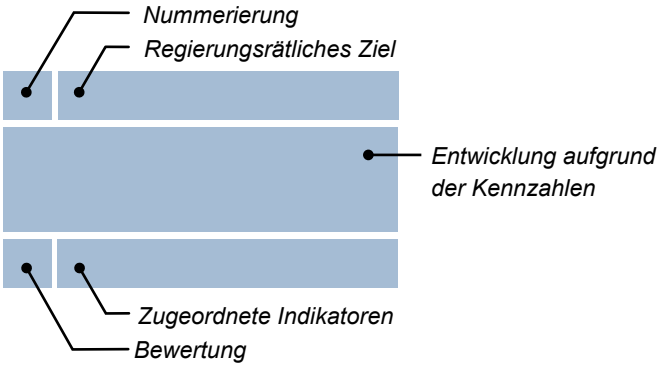
chen Hand gelegt, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet. In einer nachhaltigen Gesellschaft soll jedes Mitglied dieselben Rechte und Chancen haben, dafür ist eine gerechte Verteilung der Ressourcen Voraussetzung. Wie gross die Einkommensunterschiede zwischen sozialen Gruppen sein dürfen, um noch als gerecht empfunden zu werden, hängt von gesellschaftlichen Werten und kulturellen Einstellungen ab. Eine zunehmende soziale Ungleichheit ist mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar. Aufgabe des Staates ist es deshalb, sich für Chancengleichheit, für die Förderung kultureller Vielfalt, für Integration, Partizipation und Gleichberechtigung innerhalb der Bevölkerung einzusetzen und dafür die geeigneten Rahmenbedingungen auszuarbeiten. Dazu gehören ein vielfältiges, allen zugängliches Freizeit- und Kulturangebot, eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, ein attraktives Wohnungs- und Kinderbetreuungsangebot sowie ausreichende Arbeits-, Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch die Bewahrung der individuellen Gestaltungsfreiheit und intakte Ökosysteme gehören zu diesen Rahmenbedingungen. Durch eine Kultur der Vielfalt, der Lebendigkeit und der Offenheit wird deshalb eine städtische Lebensqualität gefördert, die letztlich sowohl für die Qualität des Lebens- als auch des Wirtschaftsraumes bedeutend ist.

Eine zunehmende soziale Ungleichheit ist mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar.

Bewertung der regierungsrätlichen Nachhaltigkeitsziele

Der §15 der Kantonsverfassung hält die nachhaltige Entwicklung in den «Leitlinien staatlichen Handelns» fest. Diese Leitlinien erklären nachhaltige Entwicklung zu einem Staatsziel. Bereits 2001 definierte die Basler Regierung Ziele für die nachhaltige Entwicklung. Es handelt sich um übergeordnete Ziele mit langfristigem Charakter. Sie wurden 2005 aufgrund der zwischenzeitlichen Entwicklung um drei weitere Ziele ergänzt. Um die Nachhaltigkeitsziele objektiv messbar zu machen, wurde in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich ein Indikatorensystem erarbeitet. Dieses besteht aus jeweils sieben Indikatoren pro Nachhaltigkeitsdimension.

Die Indikatoren wurden erstmals im Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005 dargestellt. Im Jahr 2010 erfolgte eine Aktualisierung des Nachhaltigkeitsberichts. Die Erreichung der im Jahr 2001 festgesetzten Ziele wird auf den folgenden Seiten auf Basis der Indikatoren ein erstes Mal bewertet. Die Beurteilung bezieht sich primär auf den Zeitraum seit 2001 und dient als Standortbestimmung bezüglich der regierungsrätlichen Nachhaltigkeitsziele.



Die Bewertung der regierungsrätlichen Nachhaltigkeitsziele wird mit folgenden Symbolen dargestellt:

+	≈	−
Positiv	*Neutral*	*Negativ*
Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung	Keine wesentliche Veränderung	Nicht im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung

Die Erreichung der im Jahr 2001 festgesetzten Ziele wird im Folgenden auf Basis der Indikatoren ein erstes Mal bewertet.

Regierungsrätliche Nachhaltigkeitsziele zur Wirtschaft

W1 Erhalt und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Basel unter Beibehaltung einer hohen Wertschöpfung

Die Wirtschaftskraft des Kantons Basel-Stadt stieg in den vergangenen 25 Jahren um über 80% und betrug im Jahr 2011 über 30 Mia. Franken. Gleichzeitig lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts pro Kopf zwischen 2001 und 2011 bei 2,9%. Damit liegt der Kanton wie schon seit Jahren an der Spitze der Schweiz.

\+ Indikator: Wirtschaftskraft

W2 Innovationsfördernde Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich Bildung, Wissenstransfer und Industrie

Die Zahl der im Kanton Basel-Stadt neu gegründeten Unternehmen nimmt seit 2007 fortlaufend ab. Von ursprünglich fünf gegründeten Unternehmen existieren nach einem Jahr noch vier, vier Jahre nach der Gründung nur noch knapp mehr als die Hälfte. Der Anteil Vollzeitäquivalente in innovativen Branchen des zweiten und dritten Sektors nimmt seit 2001 zu.

≈ Indikatoren: Beschäftigungsentwicklung, Firmengründungen

W3 Eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet

Dank des guten konjunkturellen Umfelds und der restriktiven Kontrolle der Ausgaben konnte die Nettoschuldenquote sukzessive gesenkt werden. Somit konnte auch die Nettoverschuldung pro Kopf reduziert werden. Während die Steuereinnahmen der juristischen Personen von 2003 bis 2008 konstant zunahmen, sanken sie im Jahr 2009 aufgrund der Finanzkrise und der erstmals wirksamen Senkung des maximalen Gewinnsteuersatzes.

\+ Indikatoren: Nettoschuldenquote, Steuereinnahmen

W4 Relativ geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Die basel-städtische Arbeitslosenquote lag 2011 bei 3,7%, d.h. 0,9 Prozentpunkte über dem gesamtschweizerischen Wert. Im Vergleich wies die Stadt Zürich 2011 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 3,3%, der Stadtkanton Genf gar eine Quote von 5,6% auf. Nach einer Periode mit sinkender Beschäftigungsentwicklung zwischen 1992 bis 1998 blieb die Anzahl der Beschäftigten bis 2005 auf gleichem Niveau. Seit 2005 steigt die Zahl der Beschäftigten wieder an.

≈ Indikatoren: Erwerbstätigenquote, Beschäftigungsentwicklung, Arbeitslosenquote

Regierungsrätliche Nachhaltigkeitsziele zur Umwelt

U1 Verminderung der lokalen Emissionen in Luft, Wasser und Boden sowie Vermeidung zukünftiger Altlasten

Dank der Reduktion des Ausstosses an Luftschadstoffen verbesserte sich die Luftqualität deutlich. Gelegentlich werden die Kurzzeitgrenzwerte von Stickstoffdioxid (NO_2), Feinstaub oder Ozon noch überschritten. Bei Stickstoffdioxid und Feinstaub ist vor allem die Dauerbelastung an stark verkehrsbelasteten Strassen problematisch. Auch die Wasserqualität verbesserte sich aufgrund der verringerten AOX-Fracht. Dank der Einführung der Abfallgebühren reduzierte sich die Abfallmenge stark, während sich die Recyclingmenge innert wenigen Jahren verdoppelte.

\+ Indikatoren: Luftqualität, Wasserqualität, Abfall

U2 Reduktion der Lärmbelastung für die Bevölkerung, insbesondere beim Wohnen, aber auch bei der Arbeit und in der Freizeit

Der Anteil der Wohnbevölkerung, die einer nächtlichen Lärmbelastung ausgesetzt ist, nimmt seit 2000 leicht ab. Gleichzeitig nimmt der Bevölkerungsanteil, der durch Schallschutzfenster vor übermässigem Lärm geschützt wird, stark zu. Dank der Nordtangente konnte der stadtquerende Verkehr im Grossbasel reduziert werden, dagegen resultieren an den Zubringern lokal Erhöhungen der Verkehrsmengen und damit der Lärmbelastung.

\+ Indikator: Lärmbelastung

U3 Verminderung des Ressourcenverbrauchs (Wasser, Energie, Stoffe, Bodenfläche) und der Abfälle

Obwohl der Trinkwasserverbrauch in den Haushalten kontinuierlich sinkt, steigt der gesamte Trinkwasserverbrauch aller Verbrauchergruppen aufgrund der verstärkten Nutzung von Trinkwasser als Brauchwasser im Industriesektor an. Der CO_2-Ausstoss, der eng mit dem Verbrauch fossiler Energieträger gekoppelt ist, nahm zwischen 1990 und 2010 um 11% ab. Ebenso reduzierte sich die Abfallmenge seit der Einführung der Abfallgebühren stark, während sich die Recyclingmenge innert wenigen Jahren verdoppelte. Der Anteil der versiegelten Bodenfläche im Kanton liegt auf einem konstanten Niveau, aktuell bei 48,1%.

\+ Indikatoren: Wasserverbrauch, CO_2-Emissionen, Abfall, Bodenversiegelung

U4 Erhaltung und Förderung der lokalen Artenvielfalt (Flora und Fauna)

Pro Kopf nahm der Anteil der versiegelten Fläche seit 2002 aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl und Anpassungen bei der Vermessung leicht ab. Innerhalb der Siedlungsfläche, welche 74% der kantonalen Gesamtfläche ausmacht, ist der Boden in unterschiedlichem Mass verbaut: Grünanlagen sind zu rund 30% versiegelt, 50% sind es bei frei stehenden Einfamilienhäusern und beinahe 100% bei Strassenflächen.

≈ Indikator: Bodenversiegelung

Regierungsrätliche Nachhaltigkeitsziele zur Gesellschaft

G1 Existenzsicherung für alle Gruppen der Bevölkerung

Bis 2006 stieg der Anteil unterstützter Personen stetig an, flachte anschliessend ab und nahm von 2010 bis 2011 wieder leicht zu, sodass 2011 11,4% der Kantonsbevölkerung auf existenzsichernde Unterstützung angewiesen waren. Verzögert zur konjunkturellen Entwicklung verdoppelte sich auch die Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen in der Stadt Basel zwischen 1999 und 2005 beinahe, bevor sie anschliessend auf 8,2% abnahm.

≈ Indikator: Existenzsicherung

G2 Gut ausgebaute Grundversorgung im Gesundheitswesen für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons

Die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung ist ausserordentlich hoch: 95,2% der Befragten sind sehr oder eher zufrieden. Personen, denen es gesundheitlich nicht so gut geht, schätzen die Gesundheitsversorgung auch eher schlechter ein.

\+ Indikator: Bevölkerungsbefragung 2012

G3 Integration der ausländischen Bevölkerung

Das Verhältnis zwischen Schweizer und ausländischen Gymnasiasten stieg zwischen 2005 und 2010 an und nahm anschliessend wieder leicht ab. Mit 0,47 liegt der Wert leicht tiefer als im Vorjahr, stellt aber immer noch den zweithöchsten Stand seit 2000 dar. Ausländische Jugendliche sind an den Gymnasien weiterhin deutlich untervertreten.

≈ Indikator: Integration

G4 Gleichstellung von Frau und Mann

Frauen verdienen in der Privatwirtschaft durchschnittlich rund 20% weniger als Männer, ebenso sind Frauen weniger oft in Führungspositionen anzutreffen. Dagegen nahm der Versorgungsgrad mit familienexterner Kinderbetreuung zwischen 2004 und 2011 von rund 10% auf 18,9% zu. Der Frauenanteil im Basler Grossen Rat stieg zwischen 1988 und 2008 von 26,9% auf 37,0%, aktuell liegt er bei 31,0%.

≈ Indikator: Lohngleichstellung

G5 Verminderung der Kriminalität und Erhöhung von Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Die Zahl der registrierten Gewaltstraftaten nahm zwischen 2010 und 2011 um 14% zu. Die Gewaltstraftaten machen knapp 4% aller registrierten Straftaten aus. Wie in anderen urbanen Gebieten stieg die Gewaltbereitschaft auch im Kanton Basel-Stadt über die Jahre betrachtet tendenziell. Die Kriminalitätsbelastung der Stadt Basel ist im Vergleich mit den Städten Genf, Lausanne, Bern und Zürich jedoch deutlich geringer. 2011 fühlten sich 92,8% der Befragten im Alltag ganz allgemein sehr sicher oder eher sicher.

≈ Indikator: Gewaltstraftaten

G6 Grosse Zufriedenheit in der Bevölkerung

2011 lebten 98% der Befragten sehr gerne oder gerne im Kanton. Im Vergleich zu den Vorjahren nahm dieser Anteil zu. Auch die Zufriedenheit mit dem Wohnungs- und Kulturangebot stieg laufend. Auf einer 10er-Skala wird die Lebensqualität im Durchschnitt mit 7,7 und damit höher bewertet als in den vergangenen Befragungen.

\+ Indikator: Zufriedenheit

G7 Gesunde Lebensbedingungen

2002 schätzten 79,7% der Basler Bevölkerung ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Im Vergleich zu 1992 ging dieser Anteil leicht zurück. Die Basler Bevölkerung leidet im Vergleich zum Schweizer Mittel häufiger unter mehreren verschiedenen gesundheitlichen Problemen wie Übergewicht, psychischen Beschwerden und Bluthochdruck. Im Zeitverlauf wird ersichtlich, dass die jüngeren Befragten (18–29 Jahre) den selbst eingeschätzten Gesundheitszustand in der kantonalen Bevölkerungsbefragung 2011 positiver einschätzen als in den vorherigen Befragungen. Bei Personen ab 30 Jahren zeigte sich keine wesentliche Veränderung.

≈ Indikator: Gesundheitszustand

KENNZAHLEN

INDIKATOREN ZUR WIRTSCHAFT

WIRTSCHAFTSKRAFT 22
ERWERBSTÄTIGENQUOTE 24
BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG 26
ARBEITSLOSENQUOTE 28
FIRMENGRÜNDUNGEN 30
NETTOSCHULDENQUOTE 32
STEUEREINNAHMEN 34

INDIKATOREN ZUR UMWELT

LUFTQUALITÄT 36
WASSERQUALITÄT 38
WASSERVERBRAUCH 40
LÄRMBELASTUNG 42
CO_2-EMISSIONEN 44
ABFALL 46
BODENVERSIEGELUNG 48

INDIKATOREN ZUR GESELLSCHAFT

ALTERSQUOTIENT 50
EXISTENZSICHERUNG 52
GESUNDHEITSZUSTAND 54
INTEGRATION 56
LOHNGLEICHSTELLUNG 58
GEWALTSTRAFTATEN 60
ZUFRIEDENHEIT 62

Wirtschaftskraft

Die von den Unternehmen im Kanton generierte Wertschöpfung ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Basel-Stadt und elementar für die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts. Die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage ist von hoher Bedeutung für die künftige Entwicklung des Wirtschaftstandorts Basel. Ein steigendes reales Bruttoinlandprodukt ist aus ökonomischer Sicht positiv zu werten. Aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass auch unerwünschte Entwicklungen (z. B. höhere Sozialausgaben, zunehmende Unfallzahlen) zu einem steigenden BIP beitragen können.

Ziel: Erhalt und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Basel unter Beibehaltung einer hohen Wertschöpfung

Basel verfügt über eine solide Basis starker und exportorientierter Unternehmen in dynamischen Branchen. Diese Unternehmen treiben auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in der Region an, sei es durch ihren eigenen Bedarf oder durch den Konsum ihrer Mitarbeitenden.

In Basel-Stadt wurden im Jahr 2011 rund 165 000 Franken pro Kopf erwirtschaftet (Abb. 1). Hochgerechnet auf die Wohnbevölkerung entspricht dies einem Gesamtbetrag von über 30 Mia. Franken (Abb. 3). In den vergangenen 25 Jahren stieg dieser Wert um über 80%.

Damit liegt der Kanton Basel-Stadt beim Bruttoinlandprodukt pro Kopf wie schon seit Jahren an der Spitze der Schweiz. Seit dem Jahr 1985 konnte der Stadtkanton seine Wirtschaftskraft pro Einwohner fast durchgehend steigern. Im gleichen Zeitraum liegen die Vergleichswerte der Kantone Basel-Landschaft und Zürich sowie der Schweiz auf einem deutlich tieferen Niveau (Abb. 2).

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts pro Kopf lag im Stadtkanton zwischen den Jahren 2001 und 2011 bei 2,9%. Dieser Wert ist mehr als dreimal so hoch wie derjenige der Schweiz (0,8%) und auch deutlich höher als in den Kantonen Basel-Landschaft (1,8%) oder Zürich (0,1%). Dies unterstreicht die hohe Wirtschaftskraft des Kantons.

In Abbildung 3 ist die Entwicklung des gesamten Bruttoinlandprodukts des Kantons Basel-Stadt zusammen mit der Bevölkerung dargestellt. Dies ergibt gemeinsam mit der Pro-Kopf-Betrachtung ein umfassenderes Bild der Wirtschaftsentwicklung. Der Bevölkerungsrückgang in den 90er-Jahren hatte beispielsweise direkt Einfluss auf die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts pro Kopf. Seit dem Jahr 2007 ist die Bevölkerungszahl in Basel-Stadt wieder jedes Jahr leicht gestiegen. Das Bruttoinlandprodukt des Kantons Basel-Stadt ist in den letzten 25 Jahren mit wenigen Ausnahmen stetig gestiegen.

Erläuterungen: Als Mass für die *Wirtschaftskraft* wird in diesem Bericht das Bruttoinlandprodukt (BIP) des Kantons Basel-Stadt in Franken ausgewiesen (Basisjahr = Preisstand vom Jahr 2000). Bei der Berechnung der Zeitreihen wurden verschiedene Anpassungen rückwirkend berücksichtigt (u. a. im Zuge der Harmonisierung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; ESVG 95).
Quellen: International Benchmarking Club Database (IBC), BAK Basel Economics, www.bakbasel.ch
Weiterführende Informationen:

- Legislaturplan 2009-2013 des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Tel. 061 267 88 96, www.entwicklung.bs.ch/legislaturplan-2009-2013_2auflage.pdf
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht
- Wirtschaftsbericht 2012, www.awa.bs.ch/wirtschaftsbericht_2012.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2010/2011, Tel. 061 270 60 25, http://wsnwch.borisat.ch/

Bruttoinlandprodukt pro Kopf (in Franken)

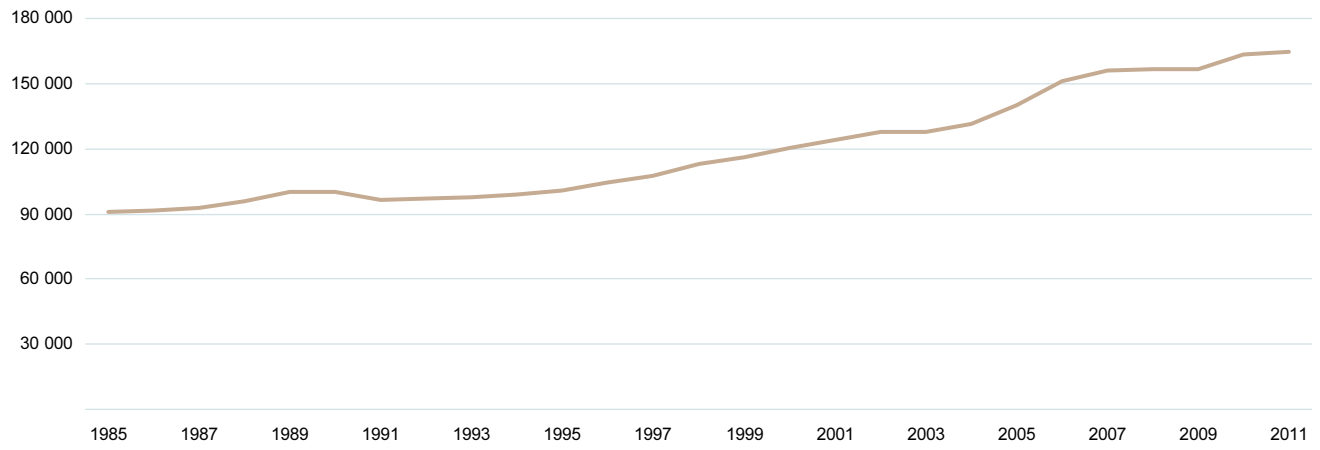


Abb. 1

Bruttoinlandprodukt pro Kopf (in Franken) im Vergleich

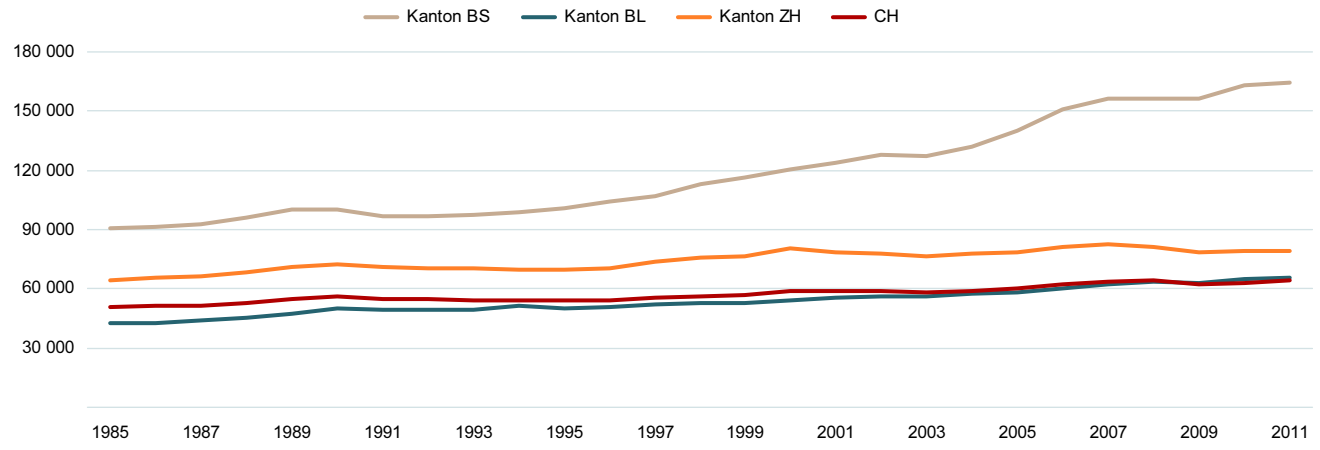


Abb. 2

Bruttoinlandprodukt (in Mio. Franken) und Bevölkerung

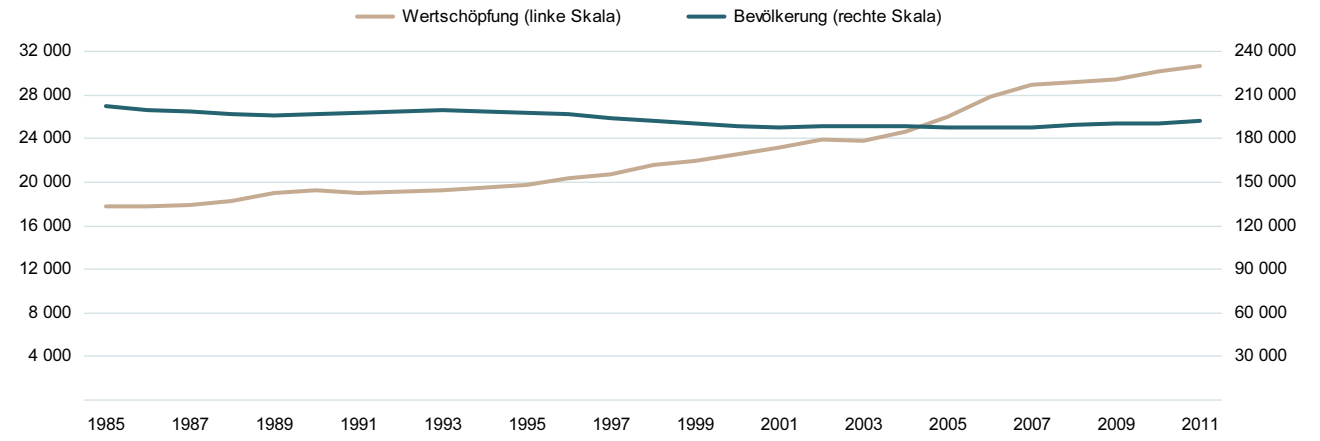


Abb. 3

Erwerbstätigenquote

Eine hohe Erwerbstätigenquote ist eine wichtige Voraussetzung für ein sicheres Einkommen für die Bevölkerung. Je höher die Quote, desto mehr Basler und Baslerinnen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Auch gesellschaftliche Aspekte sind wichtig: Sowohl für die Migrationsbevölkerung als auch für die Altersgruppe der Jugendlichen ist eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt von grösster Bedeutung für die Integration in die Gesellschaft und für eine nachhaltige Lebensgestaltung.

Ziele: Relativ geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Die Erwerbstätigenquote zeigt das Verhältnis der Anzahl der Erwerbstätigen zur Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter, d. h. zwischen 15 und 64 Jahren. Von 1980 bis 1990 stieg die Erwerbstätigenquote im Kanton Basel-Stadt von 72,2% auf 74,0% (Abb. 4). In den darauffolgenden Dekaden nahm sie leicht ab und lag im Jahr 2000 bei 73,7%, im Jahr 2010 bei 72,3%, was in etwa dem Wert von 1980 entspricht. Die Erwerbstätigenquoten der Frauen und der Männer verliefen dabei entgegengesetzt: Während die Quote bei den Frauen von 56,8% im Jahr 1980 auf 68,7% im Jahr 2010 deutlich anstieg, sank sie bei den Männern im selben Zeitraum von 88,3% auf 76,0%. Im schweizerischen Durchschnitt lag die Erwerbstätigenquote 2010 bei 76,8% (Frauen: 70,8%, Männer: 82,7%).

Bei der Betrachtung der Erwerbstätigenquoten nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht ist über die Jahre eine Annäherung zwischen den im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Schweizern und Ausländern erkennbar (Abb. 5).

Im Jahr 2010 waren von den Schweizern und Schweizerinnen im Kanton 72,8% erwerbstätig, von den Ausländern und Ausländerinnen 71,5%.

Die Erwerbstätigenquoten der Schweizer Frauen und der Schweizer Männer lagen im Jahr 2010 so nahe beieinander wie noch nie: Von den Schweizern waren 75,2%, von den Schweizerinnen 70,6% erwerbstätig. Auch bei den Ausländern und Ausländerinnen stellt man eine Annäherung der Erwerbstätigenquoten fest, wenn auch weniger ausgeprägt: Im Jahr 2010 waren 77,2% der Ausländer erwerbstätig und 65,2% der Ausländerinnen.

Die Ersetzung der Volkszählung durch die Strukturerhebung per 2010 geht mit wichtigen methodischen und definitorischen Änderungen einher. Dies gilt es bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen.

Erläuterungen: Die *Erwerbstätigenquote* zeigt das Verhältnis der Erwerbstätigen (Voll- und Teilzeiterwerb) zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre); der *Beschäftigungsgrad* ist in diesem Fall im übertragenen Sinne zu verstehen und bezieht sich auf eine globale Betrachtung des regionalen wirtschaftlichen Umfeldes.
Quellen: Bis 2000 Eidgenössische Volkszählung (Grundlage bildet die wirtschaftliche Wohnbevölkerung), ab 2010 Strukturerhebung (Stichprobenerhebung, hochgerechnet auf die ständige Wohnbevölkerung am Hauptwohnsitz; provisorische Daten, Stand Oktober 2012), beide Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch
Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/wirtschaft
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht
- Wirtschaftsbericht 2012, www.awa.bs.ch/wirtschaftsbericht_2012.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2010/2011, Tel. 061 270 60 25, http://wsnwch.borisat.ch/
- Zahlen? Bitte. Der Stand der (Un)gleichstellung von Frauen und Männern in den beiden Basel. Daten und Fakten zur Gleichstellung in Bildung, Arbeit und Politik in der Region Basel, Abteilung Gleichstellung und Integration, Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM), Tel. 061 267 66 81, www.gleichstellung.bs.ch

Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

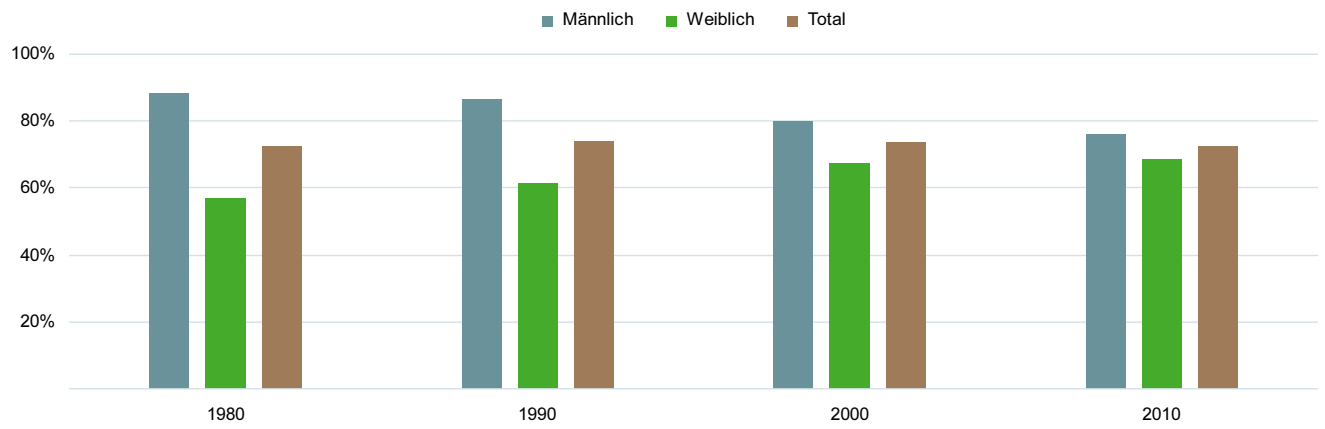


Abb. 4

Erwerbstätigenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

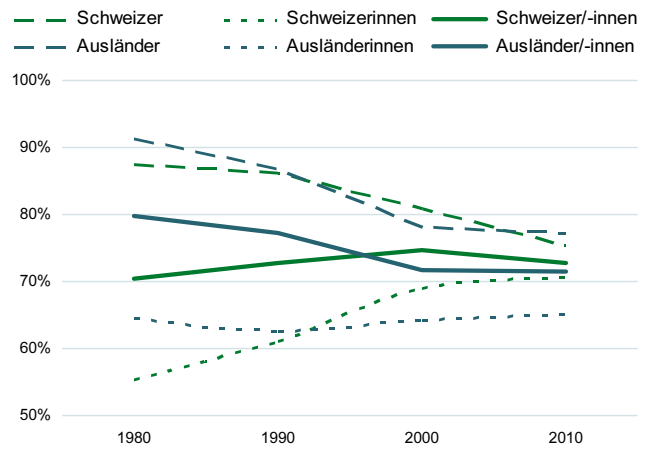


Abb. 5

Beschäftigungsentwicklung

Ausreichend Arbeitsplätze sind eine elementare Voraussetzung für die Wertschöpfung und ein Mass für die Attraktivität der Stadt Basel als Wirtschaftsstandort. Eine hohe Anzahl von Beschäftigten ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu werten, insbesondere wenn – wie in Basel – die Produktivität hoch ist.

Ziele: Innovationsfördernde Rahmenbedingungen; relativ geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad

Die Anzahl der Beschäftigten ist im Kanton Basel-Stadt von 1985 bis 1991 angestiegen (Abb. 6). Mit dem Konjunkturabschwung in den 90er-Jahren nahm sie dann deutlich ab. Seither steigt die Zahl der Beschäftigten wieder leicht an. Im Jahr 2008 lag die Beschäftigung mit 159 453 Berufstätigen auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 1995. Insgesamt hat der Kanton gegenüber 1991 rund 14 000 Arbeitsplätze verloren.

Die Statistik zeigt, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre positiv auf die Beschäftigung im zweiten und dritten Sektor auswirkte. Seit 2001 wurden im Industriesektor rund 2 896 Stellen, im Dienstleistungssektor deren 1 020 geschaffen.

Der Anteil Vollzeitäquivalente in innovativen Branchen des zweiten und dritten Sektors ging zwischen 1985 und 2001 von 20,1% auf 15,2% deutlich zurück. Seither nimmt der Anteil wieder zu. Im Jahr 2008 lag der Wert bei 17,6% (Abb. 7). Derselbe Verlauf ist beim Anteil Vollzeitäquivalente im Industriesektor zu beobachten. Auf eine stetige Abnahme in den Jahren 1985 bis 2001 folgte eine leichte Zunahme in den folgenden Jahren. Der Dienstleistungssektor hingegen verzeichnet im Beobachtungszeitraum eine konstante Zunahme der Anzahl Beschäftigten.

Der Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in innovativen Branchen bleibt über die gesamte Beobachtungsdauer konstant bei 90% respektive 10% (Abb. 8). Im Jahr 2008 arbeiteten rund 22 236 Personen Vollzeit und 2 562 Personen Teilzeit.

Der massive Verlust der Beschäftigten im Industriesektor in den Jahren 1985 bis 2001 ist hauptsächlich auf den Stellenabbau in der Chemiebranche zurückzuführen. Trotzdem stellt die chemisch-pharmazeutische Industrie nach wie vor über ein Drittel der Stellen in innovativen Branchen bzw. einen Anteil von 11% aller Beschäftigten im Kanton.

Erläuterungen: Daten bis 1998 basierend auf der NOGA 2002, Daten ab 2001 auf der Basis der NOGA 2008 codiert. Zu den *innovativen Branchen* zählen Chemie (20), Pharma (21), Gummi- und Kunststoffwaren (22), Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse (26), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (27), Maschinenbau (28), Sonstiger Fahrzeugbau (30), Maschinen und Ausrüstungen (33), Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien (325), Forschung und Entwicklung (72). Definition *Vollzeitäquvalente*: Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Arbeitsvolumens in Vollzeitbeschäftigte. Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten ist definiert als das Total der geleisteten Arbeitsstunden dividiert durch das Jahresmittel der Arbeitsstunden, die durch Vollzeitbeschäftigte erbracht werden.

Quellen: Eidg. Betriebszählungen, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch. Hatzichronoglou, T. (1997): Revision of the High-Technology Sector and Product Classification, STI Working Paper 1997/2, OECD, Paris. Arvanitis, S. & Marmet, D. (2001): Unternehmensgründungen in der schweizerischen Wirtschaft, Strukturberichterstattung Nr. 4, Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern.

Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht
- Wirtschaftsbericht 2012, www.awa.bs.ch/wirtschaftsbericht_2012.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2010/2011, Tel. 061 270 60 25, http://wsnwch.borisat.ch/

Beschäftigtenentwicklung

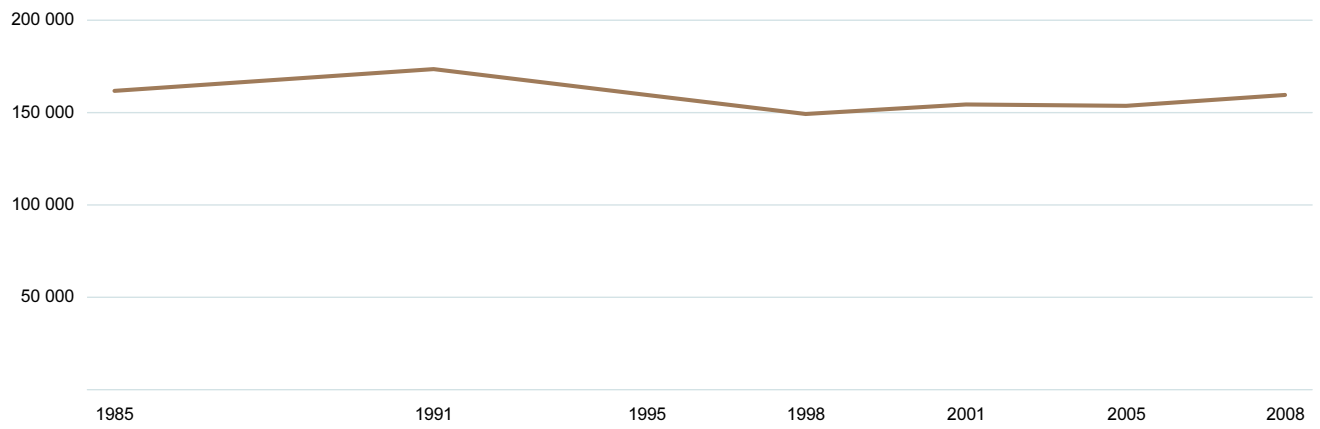


Abb. 6

Anteil der Vollzeitäquivalente in innovativen Branchen am Total der Vollzeitäquivalente

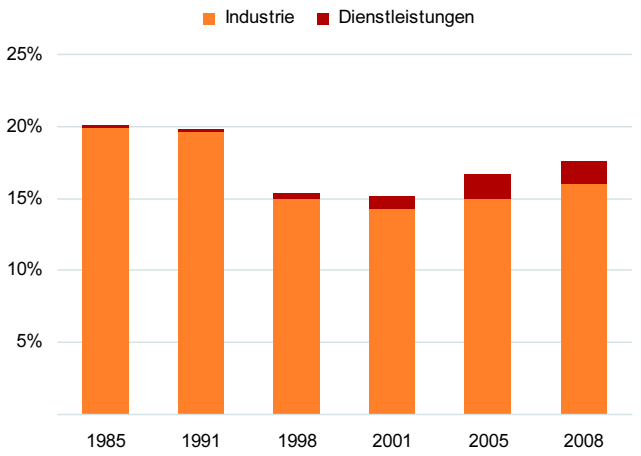


Abb. 7

Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in innovativen Branchen

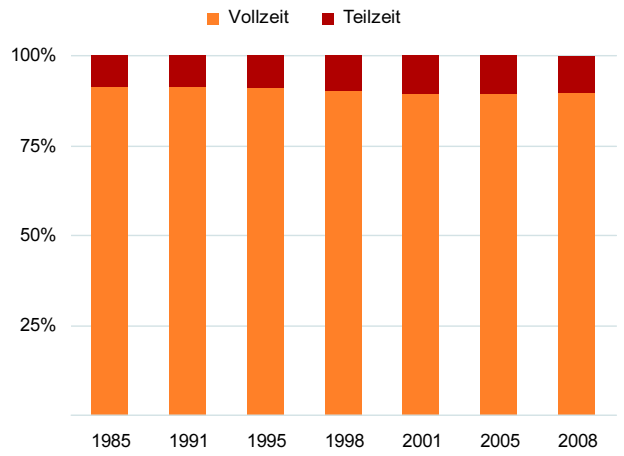


Abb. 8

Arbeitslosenquote

Eine tiefe Arbeitslosenquote ist Ausdruck eines dynamischen Wirtschaftsraums und lässt auf einen funktionsfähigen Arbeitsmarkt schliessen, der zumindest mittelfristig ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführt. Neben der ökonomischen gibt es auch eine gesellschaftliche Dimension der Arbeitslosigkeit: Von der Arbeitslosigkeit betroffene Personen haben ein signifikant höheres Armutsrisiko und sind grossen psychischen und sozialen Belastungen ausgesetzt. Eine hohe Arbeitslosigkeit kann zu sozialen Verwerfungen und zur Erhöhung der Staatsausgaben führen.

Ziele: Relativ geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Nach der Rezession in den 90er-Jahren mit hohen Arbeitslosenquoten entspannte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt um die Jahrtausendwende (Abb. 9). Ab 2001 erhöhte sich die Arbeitslosenquote und erreichte im Januar 2004 mit 5,0% ihren Höhepunkt. Danach folgte eine Phase mit sinkenden Arbeitslosenzahlen, welche bis 2008 andauerte. In den folgenden beiden Jahren stieg die Arbeitslosenquote im Zusammenhang mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wieder an. Danach reduzierte sich die Arbeitslosenquote von 4,2% im Jahresdurchschnitt 2010 auf 3,7% im Jahr 2011. Das Jahr 2011 war geprägt von der am 1. April wirksam gewordenen vierten Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (AVIG). Die neuen Regelungen führten zu einer ausserordentlich hohen Zahl von Aussteuerungen im März 2011 und somit zu einer systembedingten Reduktion der Arbeitslosenzahlen. 2011 wurden durchschnittlich 3 434 Personen pro Monat als arbeitslos registriert.

Die gesamtschweizerische Arbeitslosenquote lag im Jahr 2011 bei 2,8%, d. h. 0,9 Prozentpunkte unter dem baselstädtischen Wert. Die Stadt Zürich wies im Jahr 2011 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 3,3% auf, der Stadtkanton Genf eine Quote von 5,6% (Abb. 13).

Ausländische Personen sind über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Schweizer. Im Jahresmittel 2011 lag die Arbeitslosenquote der Schweizer bei 2,9% (Frauen: 2,7%, Männer: 3,2%), jene der Ausländer bei 4,8% (Frauen: 4,4%, Männer: 5,2%) (Abb. 10). Die Arbeitslosenquote, insbesondere der ausländischen Männer, ist von starken saisonalen Schwankungen geprägt.

Die Betrachtung nach Altersgruppen zeigt, dass die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen (Personen unter 25 Jahren) seit dem Jahr 2001 konstant höher ist als bei den anderen Altersgruppen (Abb. 11). Der Kurvenverlauf der Jugendarbeitslosigkeit weist ein saisonales Muster auf. Jeweils im August, wenn die Jugendlichen die Schule oder die Lehre beenden und in den Arbeitsmarkt eintreten, steigt die Arbeitslosigkeit. Durch Massnahmen und Projekte der Strategiegruppe Arbeitslosigkeit konnte die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen zwischen 2004 und 2008 soweit reduziert werden, dass die Quote fast derjenigen der Erwachsenen entsprach. Bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage sind allerdings die Jugendlichen am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies zeigte sich auch in den Jahren 2009 und 2010. Für den Anstieg im Jahr 2010 gilt aber auch eine statistische Erklärung: Im Rahmen der neuen Volkszählung wurde für 2010 die Zahl der Erwerbspersonen neu berechnet. Diese stellen bei der Berechnung der Arbeitslosenquoten den Nenner. Da sich die Zahl der Erwerbspersonen bei den unter 25-Jährigen im Jahr 2010 im Vergleich zu 2000 überproportional reduziert hat, steigt die Arbeitslosenquote stärker an als bei den restlichen Arbeitslosen.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (> 1 Jahr) an allen Arbeitslosen betrug in den Neunzigerjahren teilweise weit über 20% (Abb. 12). Das heisst, mehr als jeder fünfte Arbeitslose war länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Ab 1998 sank der Anteil deutlich auf rund 10% in den Jahren 2000 und 2001. Seit 2003 beträgt der Anteil zwischen 15 und 20%, wobei wegen der weltweiten Wirtschaftskrise und der folgenden Zunahme der Arbeitslosigkeit auch die Zahl der Langzeitarbeitlosen im Jahr 2010 gestiegen ist. Unter anderem auch aufgrund der vierten AVIG-Revision ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im April 2011 stark zurückgegangen, so dass im Jahr 2011 durchschnittlich 612 Personen langzeitarbeitslos waren, was einem Rückgang um 237 Personen im Vergleich zum Jahr 2010 entspricht. Im Jahr 2011 betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen 17,8%.

Erläuterungen: *Arbeitslosenquote* im Jahresmittel, berechnet aus Anzahl Arbeitslose geteilt durch Anzahl Erwerbspersonen. Arbeitslosenquoten 2010, 2011 und 2012 auf Basis der Erwerbspersonen aus der Strukturerhebung 2010.
Quelle: Arbeitslosenstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/tabellen/t03/4
Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaft beider Basel 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht

Arbeitslosenquote im Jahresmittel

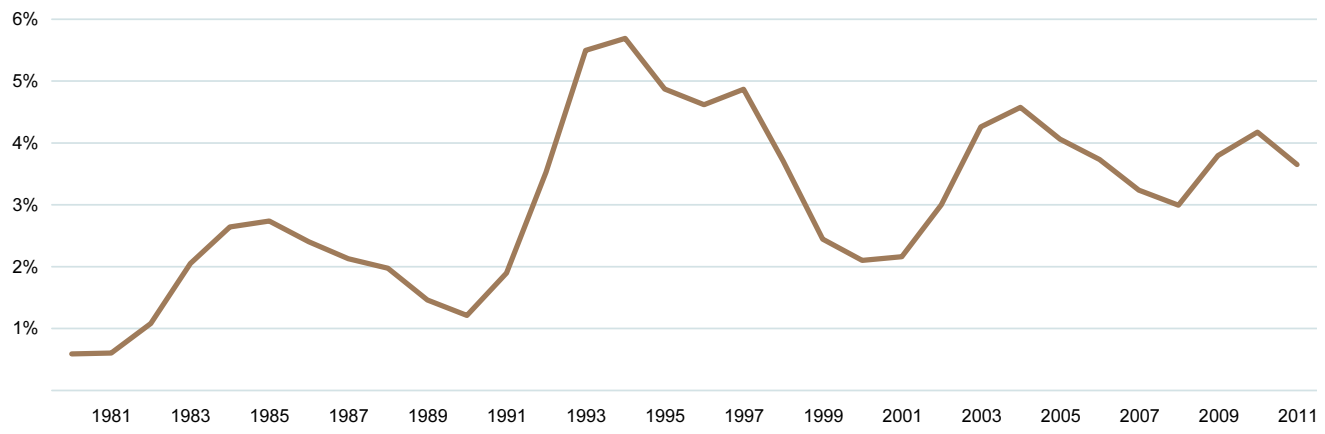


Abb. 9

Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

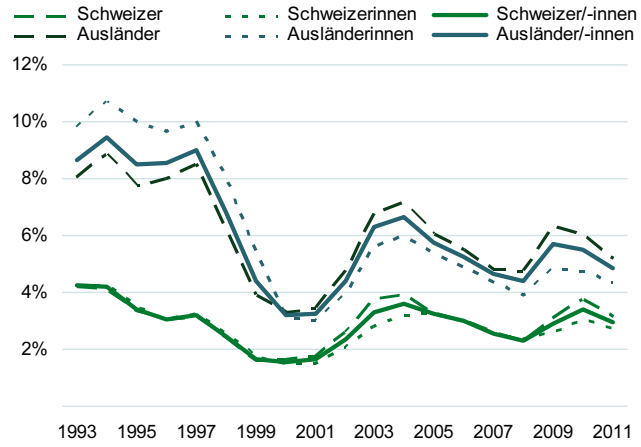


Abb. 10

Arbeitslosenquote nach Altersgruppen

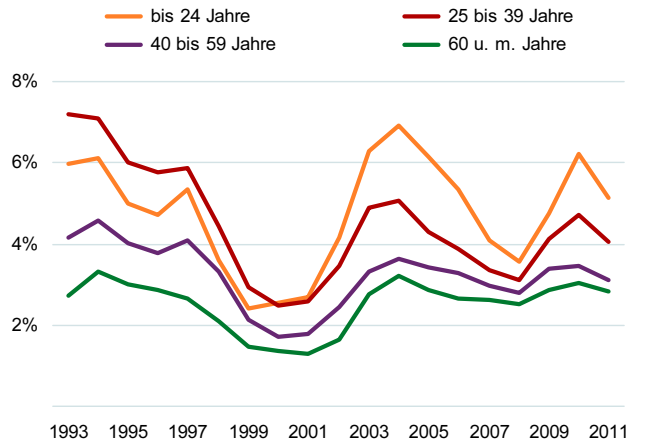


Abb. 11

Anteil Langzeitarbeitsloser (> 1 Jahr) an allen Arbeitslosen

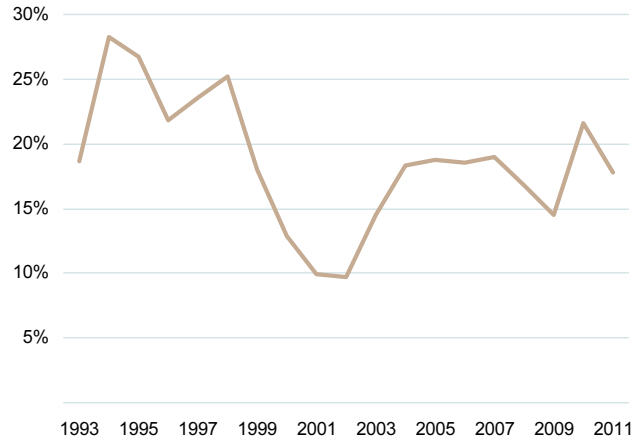


Abb. 12

Arbeitslosenquote im regionalen Vergleich

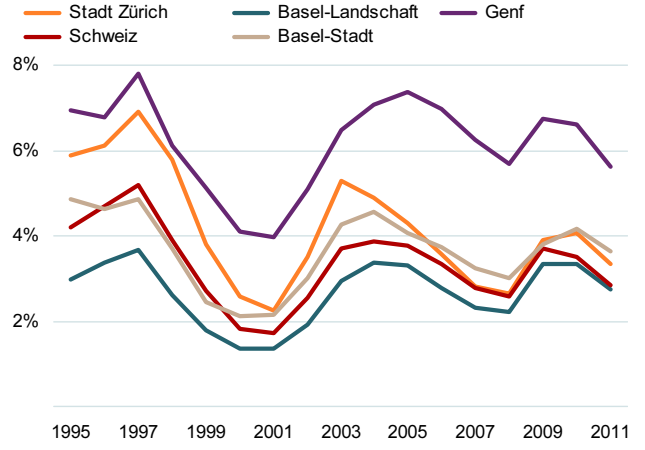


Abb. 13

Firmengründungen

Firmengründungen sind Ausdruck der wirtschaftlichen Dynamik und lassen Rückschlüsse auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu. Die nachhaltige Entwicklung wird durch eine dynamische Unternehmens- und Branchenstruktur deutlich gefördert.

Ziel: Innovationsfördernde Rahmenbedingungen

Im Jahr 2010 wurden im Kanton Basel-Stadt 278 neue Unternehmen gegründet (Abb. 14). Damit hat sich die rückläufige Tendenz seit 2007 fortgesetzt. Im Jahr 2007 gab es noch 355 Firmengründungen. Die Anzahl der Beschäftigten in neugegründeten Unternehmen nahm allerdings 2010 gegenüber dem Vorjahr wieder leicht zu (+3,3%), nachdem 2009 ein starker Rückgang registriert wurde (-32,4%). Im Jahr 2010 beschäftigten die neugegründeten Unternehmen insgesamt 540 Personen. Im Jahr 2008 waren es noch 774 Personen.

Mit einem Durchschnitt von zwei Beschäftigten pro Firma handelt es sich bei den Neugründungen zu einem grossen Teil um Klein- bis Kleinstbetriebe. In der Zeit von 2001 bis 2010 waren durchschnittlich 40% der neuen Firmen Einzelunternehmen. Firmenneugründungen, insbesondere die Gründungen von Einzelunternehmen, können als Indiz für die Situation auf dem Arbeitsmarkt gesehen werden. In Zeiten schwieriger arbeitsmarktlicher Bedingungen kann die Gründung eines eigenen Unternehmens eine interessante Alternative zur Arbeitslosigkeit sein.

Die Firmengründungen verteilen sich in unterschiedlichem Masse auf die verschiedenen Branchen (Abb. 15). Im sekundären Sektor (Industrie und Baugewerbe) wurden 2010 rund 12% der neuen Unternehmen gegründet. Der weitaus grösste Anteil von Neugründungen entfällt auf den tertiären Sektor (88%). Im Jahr 2010 wurden 21% der neuen Unternehmen im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen gegründet, 18% im Handel und 12% im Bereich Immobilienwesen und wirtschaftliche Dienstleistungen.

Allerdings zeigt sich, dass sich längst nicht alle neugegründeten Firmen im Markt halten können (Abb. 16). Die Überlebensrate der neu gegründeten Unternehmen liegt nach einem Jahr bei durchschnittlich 80%, d. h., nach einem Jahr existieren von ursprünglich fünf gegründeten Unternehmen noch vier. Vier Jahre nach Firmengründung fallen die Raten wesentlich geringer aus: Durchschnittlich liegt der Wert bei 46%, wobei einzelne Branchen stark unter diesem Wert (Unterrichtswesen: 25%, Handel: 29%) bzw. darüber liegen (Gesundheits- und Sozialwesen: 67%, Immobilienwesen /Unternehmensdienstleistungen und Baugewerbe je 57%).

Erläuterungen: *Neugegründete Unternehmen:* In der Statistik zur Unternehmensdemografie werden nur effektiv – ex nihilo – neu entstandene und wirtschaftlich aktive Unternehmen als Neugründungen erfasst. Die Unternehmen müssen im Berichtsjahr eine marktwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen haben und diese während mindestens 20 Stunden pro Woche ausüben. Sie dürfen zudem nicht aufgrund einer Fusion, einer Übernahme oder einer Spaltung entstanden sein. Die grundlegende Bedingung ist somit, dass das Unternehmen wirklich eine produktive wirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen hat, und zwar unabhängig von der Tatsache, ob es im Handelsregister eingetragen ist oder nicht.
Quellen: Statistik zur Unternehmensdemographie und Eidg. Betriebszählungen, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch.
Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/wirtschaft
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht
- Wirtschaftsbericht 2012, www.awa.bs.ch/wirtschaftsbericht_2012.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2010/2011, Tel. 061 270 60 25, http://wsnwch.borisat.ch/
- Office of Technology Transfer, University of Basel, Tel. 061 267 30 14, www.unibas.ch/
- BaselArea, Wirtschaftsförderung, Tel. 061 295 50 00, www.baselarea.ch/de
- i-net BASEL, www.inet-basel.ch/

Neugegründete Unternehmen und Beschäftigte

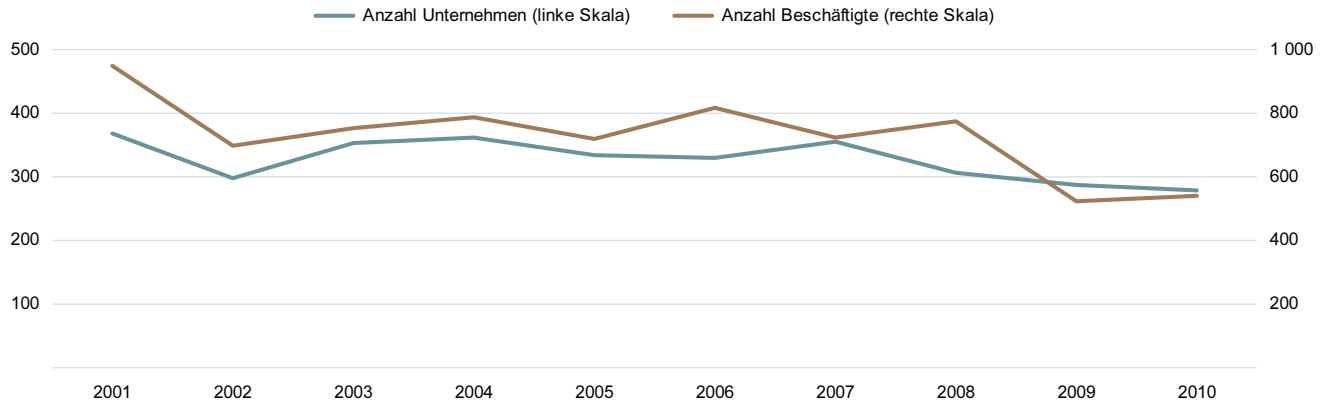


Abb. 14

Neugegründete Unternehmen nach Branchen

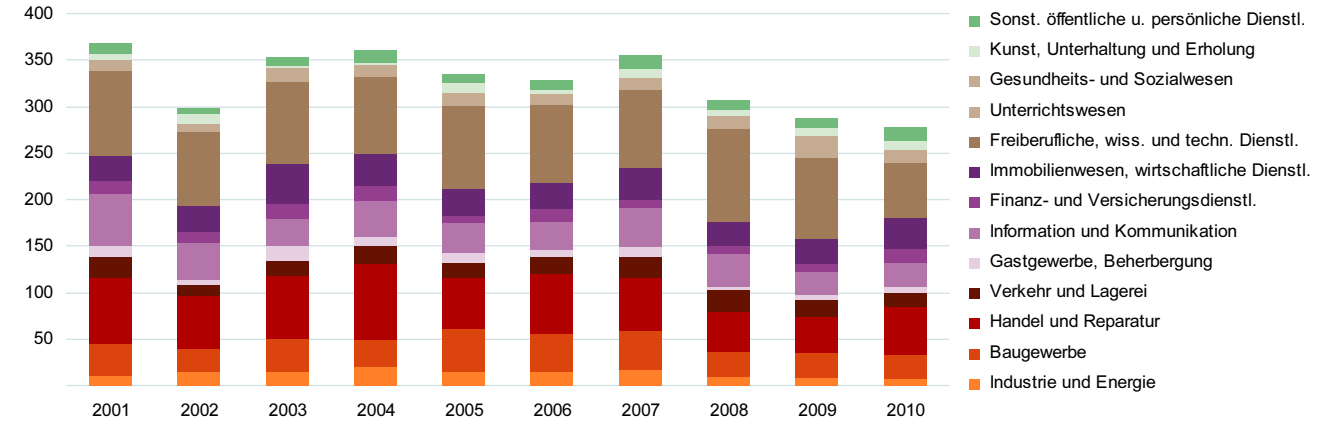


Abb. 15

Überlebensraten neugegründeter Unternehmen in %

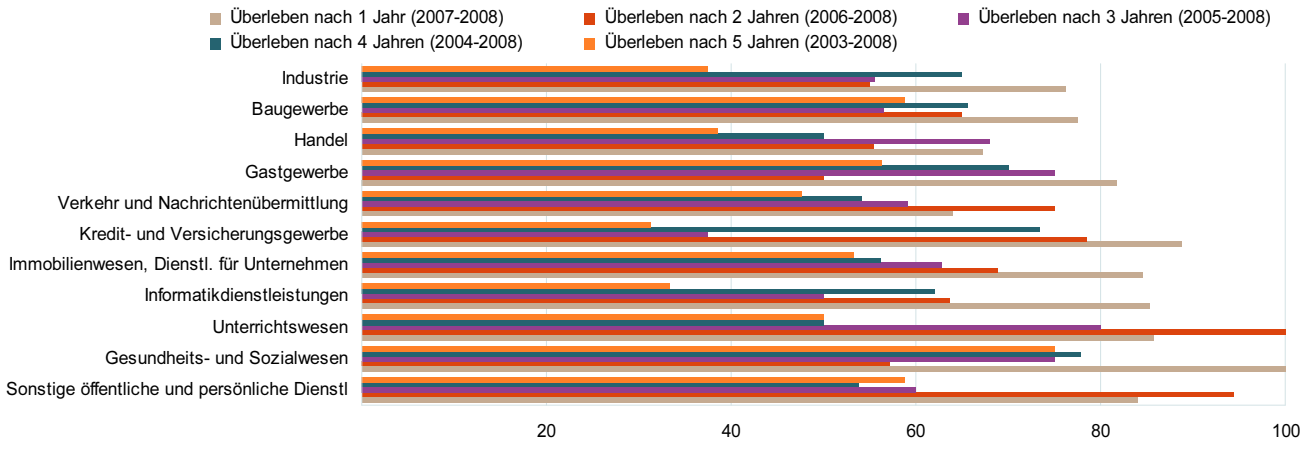


Abb. 16

Nettoschuldenquote

Eine Begrenzung der Schulden der öffentlichen Hand ist eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung, denn eine steigende Verschuldung schränkt den Handlungsspielraum kommender Generationen ein. Deshalb ist mittel- bis langfristig ein ausgeglichenes Kantonsbudget anzustreben. Der Kanton Basel-Stadt muss sich an einem langfristig tragbaren Verhältnis zwischen Verschuldung und Bruttoinlandprodukt orientieren. Wirtschaftswachstum erleichtert eine Rückkehr zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen.

Ziel: Eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet

Ende 2005 hat der Grosse Rat für den Kanton Basel-Stadt eine Schuldenbremse beschlossen. Gemäss diesem Modell orientiert sich die Steuerung des Finanzhaushaltes an der Nettoschuldenquote (Abb. 17). Dank des guten konjunkturellen Umfelds (überwiegend steigendes Bruttoinlandprodukt, Abb. 18) auf der einen Seite und der Verringerung der Nettoschulden auf der anderen Seite konnte die Nettoschuldenquote von 1997 (9,7‰) bis 2006 (4,7‰) sukzessive gesenkt werden. In erster Linie durch die Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt stieg die Quote im Jahr 2007 wieder auf 5,4‰. Seitdem sank sie wieder jedes Jahr, auf zuletzt 3,0‰ im Jahr 2011.

Vorwiegend während der 90er-Jahre wurden im Kanton Basel-Stadt stark negative Abschlüsse erzielt. Dies führte zu einer steigenden Verschuldung, die den finanziellen Handlungsspielraum – nicht zuletzt durch die zu leistenden Zinszahlungen – einschränkte. In den letzten Jahren war der Ertrag hingegen wieder grösser als der Aufwand und der Saldo der Laufenden Rechnung damit positiv. Auf der Ausgabenseite half dabei eine zurückhaltende Ausgabenpolitik, die auch in Zeiten steigender Erträge beibehalten wurde. Auf der Einnahmenseite sind seit 2002 aufgrund einer guten strukturellen und konjunkturellen Entwicklung die Gewinn- und Kapitalsteuererträge der Basler Unternehmungen deutlich gestiegen. Die Erträge aus Einkommens- und Vermögenssteuern blieben relativ stabil.

Dank dieser guten Entwicklung war der Handlungsspielraum gegeben, um ab 2008 die Steuern für Unternehmen und Einwohner zu senken. Die gute Ertragslage hat es zudem erlaubt, die Deckungslücke bei der staatlichen Pensionskasse im Umfang von rund 2 Mia. Franken auszufinanzieren. Trotz dieser ausserordentlichen Zusatzbelastung konnten die Investitionen des Kantons seit 2003 praktisch immer vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Damit konnten gleichzeitig die Nettoschulden von 3,8 Mrd. Franken im Jahr 1999 auf 1,7 Mrd. Franken per Ende 2011 reduziert werden. Die Nettoverschuldung pro Kopf betrug Ende 2011 relativ niedrige 8 916 Franken (Abb. 19).

Erläuterungen: Die Berechnung der *Nettoschuldenquote* wurde im Rahmen der Einführung der Schuldenbremse 2006 neu definiert als das Verhältnis der Nettoschulden des Kantons Basel-Stadt (Bruttoschuld minus Finanzvermögen) zum Schweizerischen Bruttoinlandprodukt (BIP). Am 10. Juni 2010 hat der Grosse Rat beschlossen, die maximal zulässige Nettoschuldenquote des Kantons von 7,5‰ auf 6,5‰ zu beschränken. Auf die Berechnung der Quote nach alter Methode (im Verhältnis zum Volkseinkommen, siehe Nachhaltigkeitsbericht 2005) wird verzichtet. Bei der Berechnung der Zeitreihen wurden verschiedene Anpassungen rückwirkend berücksichtigt (u. a. im Zuge der Harmonisierung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; ESVG 95).
Quellen: Jahresbericht des Kantons Basel-Stadt, Finanzdepartement, Tel. 061 267 81 81, www.fd.bs.ch, www.regierungsrat.bs.ch/jahresbericht-2011.pdf; BAK Basel Economics; eigene Berechnungen
Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaft beider Basel 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht
- Wirtschaftsbericht 2012, www.awa.bs.ch/wirtschaftsbericht_2012.pdf
- Dokumente des Regierungsrats Basel-Stadt , Tel. 061 267 81 81, www.regierungsrat.bs.ch/dokumente.htm

Nettoschuldenquote (in Promille)

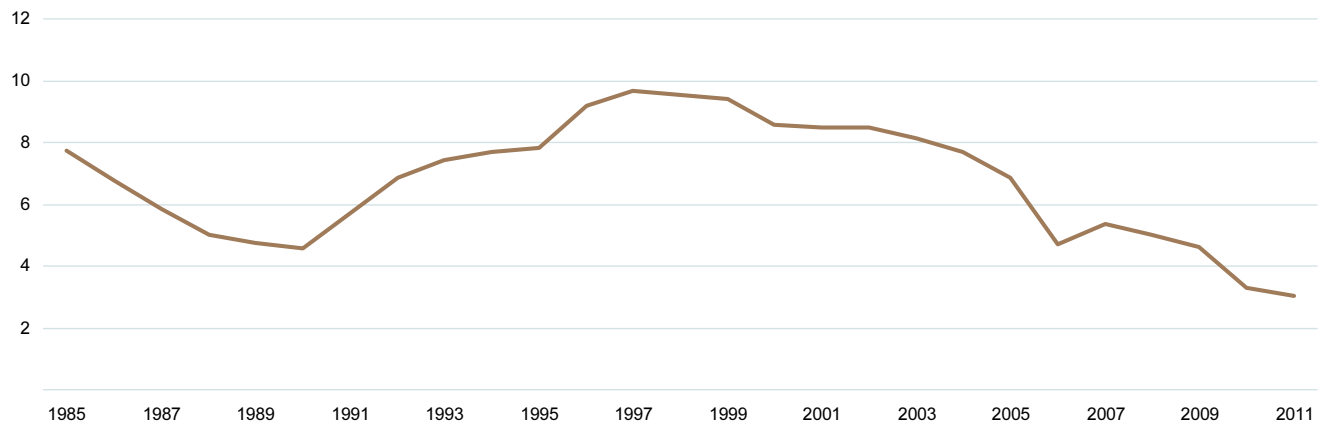


Abb. 17

Schweizerisches Bruttoinlandprodukt (in Mia. Franken)

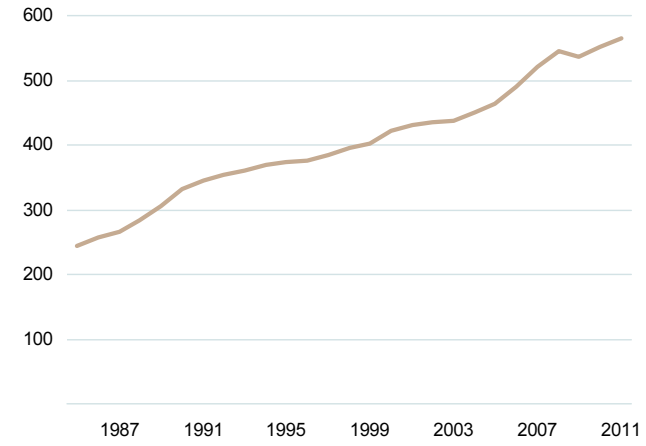


Abb. 18

Nettoschulden pro Einwohner (in Franken)

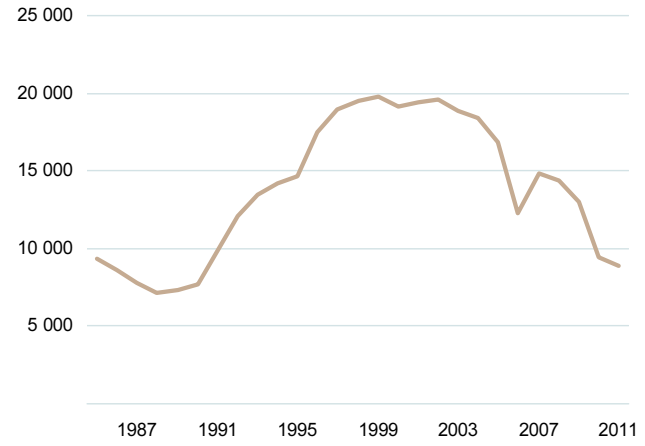


Abb. 19

Steuereinnahmen

Eine langfristig ausgeglichene Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand bedarf auch kontinuierlicher Steuereinnahmen. Günstige Standortfaktoren wie gute öffentliche Dienstleistungen, eine moderne Infrastruktur und international konkurrenzfähige Steuern, machen den Kanton attraktiv und haben unmittelbar Auswirkungen auf das Steueraufkommen. Zu berücksichtigen ist aber auch der Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung: Die aktuelle Lage im Konjunkturzyklus und Steuersenkungen haben grosse Effekte auf das Steueraufkommen.

Ziel: Eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet

Die Entwicklung der Einnahmen aus den anteilsmässig wichtigsten Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen verlief in den letzten Jahren aufgrund verschiedener Faktoren (Änderungen der Steuergesetzgebung, konjunkturelle Entwicklung) uneinheitlich. 2010 und 2011 lag der Steuerbetrag etwas höher als in den Vorjahren; zuletzt bei 1,54 Mia. Franken (teuerungsbereinigt, Basis Mai 2000) (Abb. 20). Kontinuierlich gestiegen sind seit vielen Jahren die Einnahmen aus der Quellensteuer. Sie lagen für das Steuerjahr 2010 bei ca. 300 Mio. Franken. Bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen zeigt sich der Einfluss der konjunkturellen Entwicklung teilweise deutlich. Zwischen 1997 und 2001 stiegen die Steuereinnahmen um rund 150 Mio. Franken, währenddem es 2002 zu einem Einbruch kam (Abb. 21). Zwischen 2003 und 2008 wurde eine positive Entwicklung der Gewinn- und Kapitalsteuern verzeichnet. Im Jahr 2009 sanken indessen die Steuereinnahmen von juristischen Personen gegenüber dem Vorjahr von 857 auf 644 Mio. Franken deutlich. Zum Teil ist dieser Rückgang auf die Finanzkrise zurückzuführen, daneben aber auch auf die erstmals wirksame Senkung des maximalen Gewinnsteuersatzes. Zudem war der Steuerertrag aufgrund einmaliger Faktoren im Jahr 2008 ausserordentlich hoch ausgefallen. 2010 wurden knapp über 700 Mio., 2011 mit 667 Mio. Franken wieder etwas weniger verzeichnet.

Die Zu- und Abwanderung im Kanton Basel-Stadt hat Auswirkungen auf die Erträge aus der Einkommens- und Vermögenssteuer der Wohnbevölkerung und somit auf den Finanzhaushalt des Kantons. Zwischen 2001 und 2011 ging die Anzahl Veranlagungen der ganzjährig Niedergelassenen von 103 386 auf 99 132 zurück. Die Anzahl Veranlagungen der Wegzüger bewegte sich in diesem Zeitraum zwischen 3 885 und 4 627 pro Jahr, jene der Zuzüger lag bis einschliesslich 2007 leicht darunter. Sie betrug zwischen 3 688 und 4 571. Der Gesamtsaldo der Steuererträge der Zu- und Wegzüger fiel zwischen 2001 und 2008 durchwegs negativ aus. Erst 2009 wurde im Zuge der Wanderung ein positiver Saldo in Höhe von 3,3 Mio. Franken erzielt. Der Verlust für den Kanton bewegte sich in den Vorjahren zwischen 13,1 Mio. und 1,1 Mio. Franken (Abb. 22 und 23) pro Jahr.

Die Steuerstatistik Basel-Stadt liefert auch Hinweise auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Abbildung 24 zeigt einerseits den Gini-Verteilungskoeffizient für Basel-Stadt des Jahres 2009, andererseits die Veränderung des Koeffizienten zwischen 1999 und 2009. Der Gini-Koeffizient zeigt, wie gleichmässig oder ungleichmässig zum Beispiel Reineinkommen oder Reinvermögen verteilt sind. Beide Verteilungskoeffizienten sind im betrachteten Zeitraum gestiegen, d. h. die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Kanton wurde ungleicher. Im Jahr 2009 betrug der Gini-Koeffizient des Reineinkommens 0,500, der Gini-Koeffizient des Reinvermögens 0,923. Allgemein gilt, dass das Vermögen in der Regel ungleicher verteilt ist als das Einkommen. Zwischen 1999 und 2009 wuchs der Gini-Koeffizient des Reineinkommens in Basel-Stadt um 8,9%, der des Reinvermögens um 1,2%.

Erläuterungen: Die *Steuereinnahmen der natürlichen Personen* setzen sich zusammen aus der Summe von Einkommens- und Vermögenssteuereinnahmen, die Steuereinnahmen juristischer Personen aus der Summe der Ertrags- und Kapitalsteuer, gemäss Rechnung bzw. Jahresbericht des Kantons Basel-Stadt, inflationsbereinigt mit Basler Index (Basis Mai 2000); *Ganzjährig Niedergelassene*: Steuerpflichtige ab 19 Jahre, die sowohl am 31.12. des Berichtsjahres als auch am 31.12. des Vorjahres in Basel-Stadt niedergelassen waren und ordentlich veranlagt wurden. Alter 19 wurde gewählt, damit auch im Vorjahr eine Steuerpflicht bestand. *Zugezogene*: Steuerpflichtige ab 19 Jahre, die am 31.12. des Berichtsjahres, nicht aber am 31.12. des Vorjahres in Basel-Stadt niedergelassen waren und ordentlich veranlagt wurden. *Weggezogene*: Steuerpflichtige ab 19 Jahre, die am 31.12. des Vorjahres in Basel-Stadt niedergelassen waren und im Vorjahr ordentlich veranlagt wurden, am 31.12. des Berichtsjahres nicht mehr niedergelassen und im Berichtsjahr nicht gestorben sind. Massgebend ist die Einkommensklasse gemäss Veranlagung des Jahres vor dem Wegzug. *Veranlagung*: Eine Veranlagung kann zwei steuerpflichtige Personen repräsentieren. *Gini-Verteilungskoeffizient:* Diese Masszahl wird aus der Lorenzkurve abgeleitet, an der abgelesen werden kann, welcher Anteil von allen Veranlagungen einen wie grossen Anteil am gesamten Reineinkommen oder Reinvermögen aufweist ("wieviele besitzen wieviel?"). Der Gini-Koeffizient liegt zwischen 0 und 1. Besitzen alle gleich viel, beträgt er 0; besitzt einer alles, beträgt der Koeffizient 1.

Quellen: Jahresbericht des Kantons Basel-Stadt, Finanzdepartement, Tel. 061 267 81 81, www.fd.bs.ch, www.regierungsrat.bs.ch/jahresbericht-2011.pdf; Steuerstatistik Basel-Stadt, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/analysen/steuerstatistik

Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaft beider Basel 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/wirtschaftsbericht
- Wirtschaftsbericht 2012, www.awa.bs.ch/wirtschaftsbericht_2012.pdf

Steuereinnahmen natürlicher Personen inkl. Quellensteuer (in Mio. Franken)

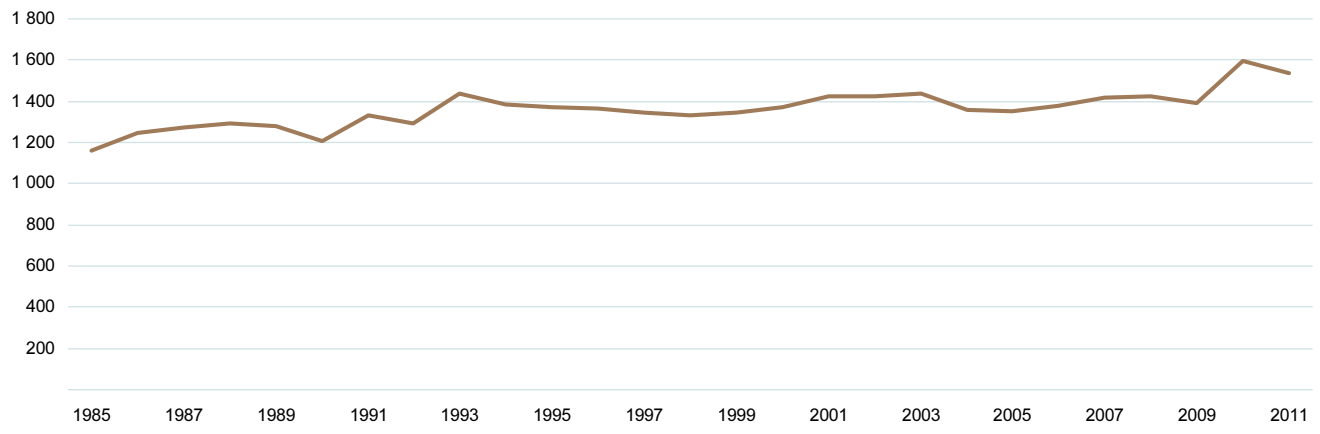


Abb. 20

Steuereinnahmen juristischer Personen (in Mio. Franken)

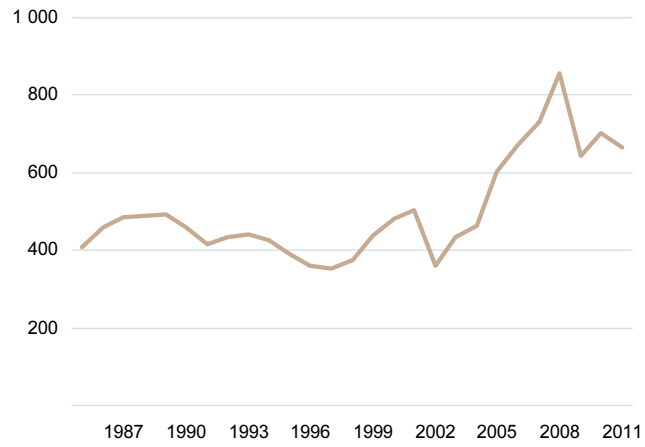


Abb. 21

Summe des Ertrags aus Einkommens- und Vermögenssteuer (in Mio. Franken)

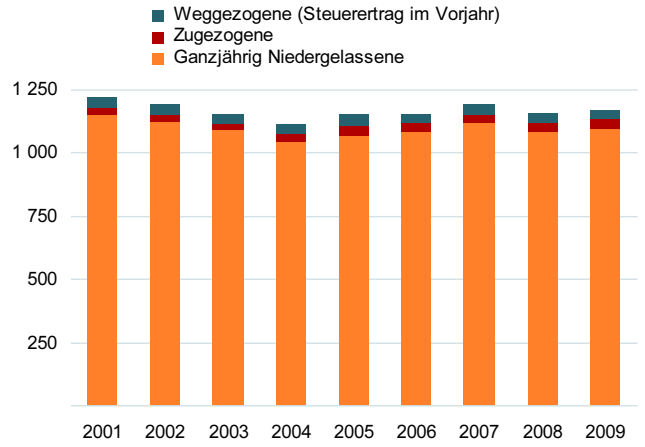


Abb. 22

Steuerertrag von Zugezogenen und Weggezogenen (in Mio. Franken)

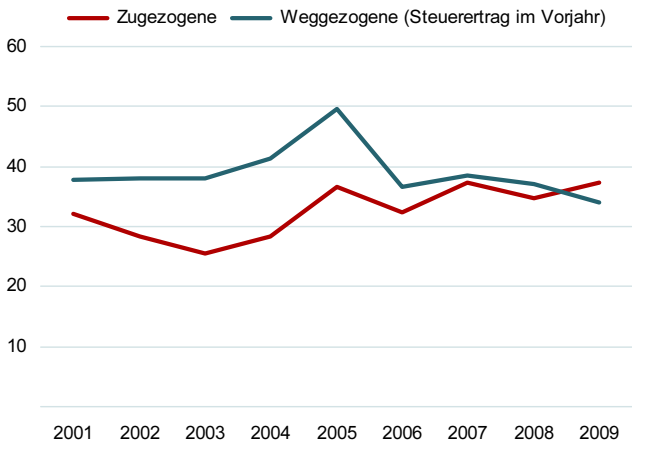


Abb. 23

Gini-Koeffizienten von Reineinkommen und Reinvermögen 2009 sowie Veränderung 1999-2009

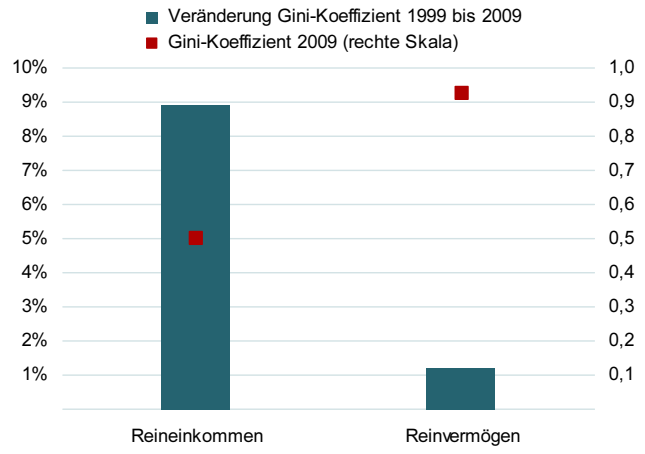


Abb. 24

Luftqualität

Eine schlechte Luftqualität beeinträchtigt die Gesundheit und schädigt empfindliche Ökosysteme. Als Indikator zur Beurteilung der Luftqualität wurde der Ausstoss an Stickoxiden (NO_x) gewählt. Es handelt sich dabei um sogenannte Leitschadstoffe, mit denen das Mass der Luftbelastung in der Schweiz gut beschrieben werden kann. Zudem sind Stickoxide Vorläuferstoffe für die Bildung von bodennahem Ozon (O_3). Zum Schutz der Gesundheit und der Ökosysteme hat deshalb die Reduktion der NO_x-Emissionen einen hohen Stellenwert in der Luftreinhaltung.

Ziel: Verminderung der lokalen Emissionen in die Luft

Im Jahr 2010 wurden im Kanton Basel-Stadt rund 1 200 Tonnen Stickoxide (NO_x) ausgestossen. Dies entspricht 6,3 Kilogramm NO_x pro Einwohner und Jahr (Abb. 25). 1990 betrugen die Emissionen noch rund 2 700 Tonnen. Die NO_x-Emissionen haben sich dank der Einführung des Katalysators bei Personenwagen, durch Abluftreinigungsverfahren bei der Abfallverbrennung und durch eine NO_x-arme Verbrennungstechnik bei den Feuerungsanlagen um rund 55% reduziert. Rund die Hälfte der Emissionen stammt heute noch aus dem Strassenverkehr.

Infolge der Reduktionen der Schadstoffemissionen hat sich die Luftqualität deutlich verbessert. Trotzdem wurden in den letzten 20 Jahren an durchschnittlich 41 Tagen im Jahr ein oder mehrere Kurzzeitgrenzwerte von Stickstoffdioxid (NO_2), Feinstaub (PM10) oder Ozon an der Station St. Johann überschritten (Abb. 26).

Im Sommerhalbjahr während heissen Witterungsphasen ist vor allem die Ozonbelastung massiv zu hoch. Der Jahrhundertsommer 2003 brachte die höchste bisher gemessene Zahl an Grenzwertüberschreitungen. Bei Stickstoffdioxid und Feinstaub ist vor allem die Dauerbelastung an stark verkehrsbelasteten Strassen problematisch. Der Jahresmittelwert von Stickstoffdioxid sank in den letzten Jahren, und der Grenzwert konnte seit dem Jahr 2007 knapp eingehalten werden. Der Langzeitgrenzwert für Feinstaub wird jedoch bis heute überschritten (Abb. 27).

Erläuterungen:
An einem Tag mit *guter Luftqualität* werden die Kurzzeitgrenzwerte von NO_2, PM10 und O_3 nicht überschritten. *Kurzzeitgrenzwerte* sind ein Mass für kurzzeitige Spitzenwerte und dürfen höchstens einmal pro Jahr überschritten werden: Stickstoffdioxid (NO_2): Tagesmittelwert von 80 Mikrogramm pro m^3, Feinstaub (PM10): Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro m^3, Ozon (O_3): Stundenmittelwert von 120 Mikrogramm pro m^3. *Langzeitgrenzwerte* sind ein Mass für die Dauerbelastung: Stickstoffdioxid (NO_2): Jahresmittelwert von 30 Mikrogramm pro m^3, Feinstaub (PM10): Jahresmittelwert von 20 Mikrogramm pro m^3.
Quelle: Statistik zu den Schadstoffen in der Luft, Lufthygieneamt beider Basel, Tel. 061 552 56 19, www.basler-luft.ch
Weiterführende Informationen:
- Statistik zu den Schadstoffen in der Luft, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/tablorama/t02/5
- Umweltbericht beider Basel 2007-2011, www.umweltberichtbeiderbasel.ch/index.php
- Luftreinhalteplan 2004 beider Basel, www.baselland.ch/plan_beider-basel-htm.295196.0.html
  Aktualisierung 2007: www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/bud/lufthygiene/plan/luftreinhalteplan_2007.pdf
  Aktualisierung 2010: www.baselland.ch/luftreinhalteplan_2010-htm.314373.0.html

NO_x-Emissionen (in Kilogramm)

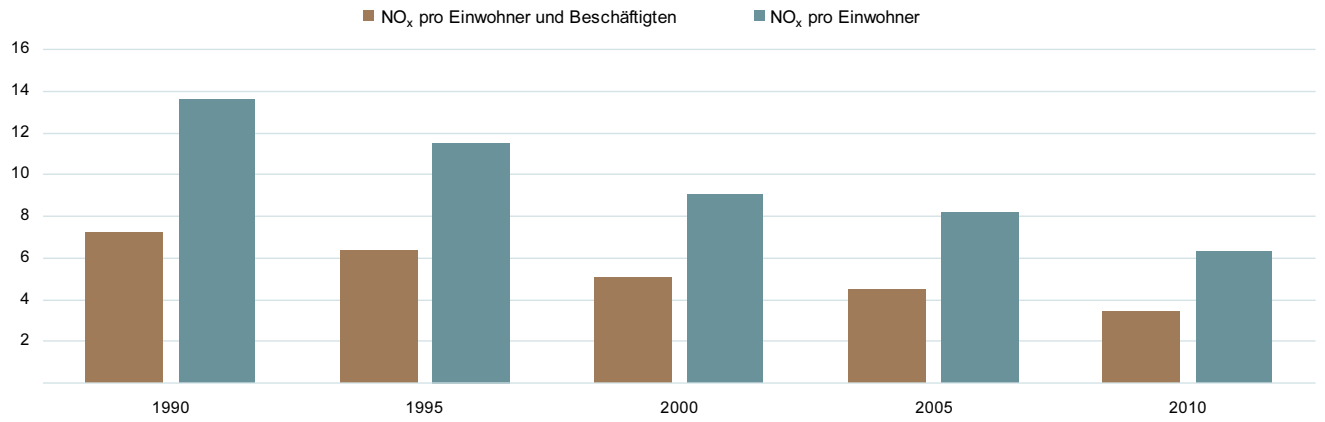


Abb. 25

Tage mit guter Luftqualität an der Station St. Johann

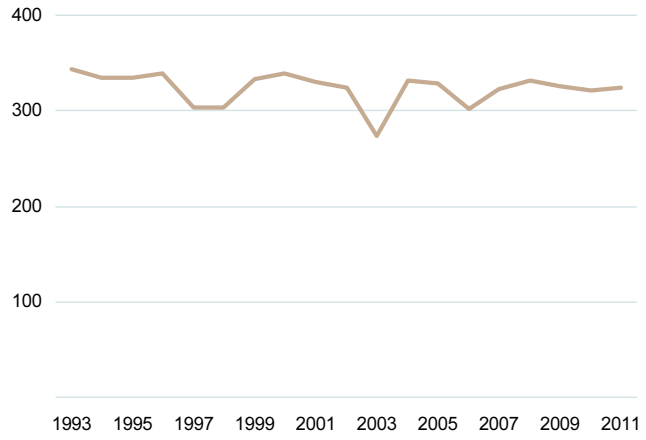


Abb. 26

Jahresmittelwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub im Vergleich zum Langzeitgrenzwert (Mikrogramm pro m^3)

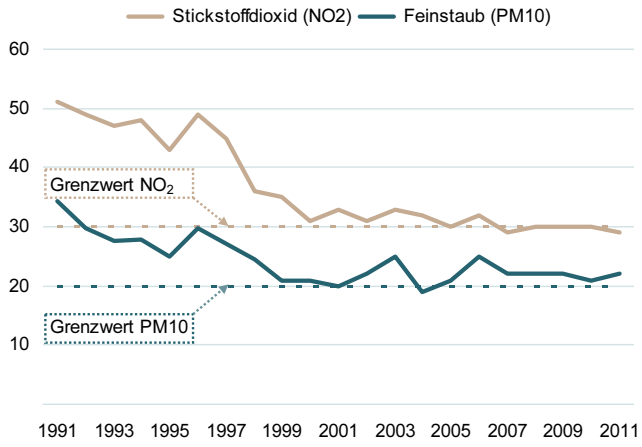


Abb. 27

Wasserqualität

Sauberes Wasser ist Voraussetzung für eine nachhaltige Lebensgrundlage für Flora, Fauna sowie für eine gute Trinkwasserqualität. In der Schweiz sowie in den rheinabwärts liegenden Ländern erfolgt die Trinkwassergewinnung verbreitet aus Flüssen und Seen. Dadurch gewinnt die Wasserqualität der Oberflächengewässer zusätzlich an Bedeutung. Für die Wasserqualität entscheidend ist, wie viele Schadstoffe trotz Kläranlagen ins Wasser gelangen. Als messbarer Indikator dient die Ausflussmenge an adsorbierbaren organischen Halogenverbindungen (AOX) aus den Kläranlagen. Diese Fluor-, Chlor- und Bromverbindungen können als Verluste oder Nebenprodukte aus industriellen und gewerblichen Produktionen ins Wasser gelangen. Auch chlorhaltige Reinigungsmittel aus Haushalten spielen eine Rolle. Die organischen Halogenverbindungen sind bereits in geringen Mengen schädlich, schwer biologisch abbaubar und reichern sich im Fettgewebe von Tieren und Menschen an.

Ziel: Verminderung der lokalen Emissionen in die Gewässer

Im Jahr 2011 gelangten rund 1 779 Kilogramm AOX über die Basler Kläranlage in den Rhein. Pro Kopf ergibt dies rund 9,3 Gramm AOX pro Jahr (Abb. 28). Seit Mitte der 90er-Jahre zeigt der Trend nach unten: Der Wert im Jahr 1998 von 26,5 Gramm AOX pro Kopf sank im Jahr 2008 auf einen Tiefstand von 8,1 Gramm AOX pro Kopf.

Die Gewässerschutzverordnung des Bundes schreibt für die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer einen Grenzwert von 0,08 Milligramm AOX pro Liter vor. Umgerechnet auf eine mittlere Abflussmenge der Basler Kläranlage von rund 110 000 Kubikmeter pro Tag ergibt das eine zulässige Fracht von 8,8 Kilogramm pro Tag oder 3 212 Kilogramm pro Jahr. Die AOX-Fracht des Jahres 2011 unterschreitet somit die zulässige jährliche Fracht um rund 44,5%; diese wurde im Jahr 2000 ein letztes Mal überschritten. Der Grenzwert von 0,08 Milligramm AOX pro Liter ist seit 2005 eingehalten.

Erläuterungen: *AOX* sind adsorbierbare organische Halogenverbindungen. Der Indikator misst den Ausfluss an AOX aus der Abwasserreinigungsanlage in den Rhein. AOX wird in Abwasserreinigungsanlagen ohne vierte Reinigungsstufe (Elimination von Mikroverunreinigungen) nicht eliminiert. Der Indikator widerspiegelt daher nicht die Reinigungsleistung der herkömmlichen Kläranlagen, sondern die Anstrengungen von Industrie und Gewerbe, die Emissionen an der Quelle zu vermindern. Grosse Abwasserreinigungsanlagen werden künftig nach Vorschrift der revidierten Gewässerschutzverordnung eine vierte Reinigungsstufe enthalten, die AOX teilweise eliminiert. Der Indikator steht zusätzlich auch stellvertretend für andere organische Schadstoffe, die über das Abwasser in die Gewässer gelangen.
Quelle: Abwassermengen der ARA Basel, Amt für Umwelt und Energie, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/abwasserarten.htm
Weiterführende Informationen:
- Kantonale Gewässerschutzverordnung, www.gesetzessammlung.bs.ch/frontend/versions/1398
- Gewässerschutzverordnung Bund, www.admin.ch/ch/d/sr/8/814.201.de.pdf

AOX-Fracht am Auslauf der ARA (in Gramm)

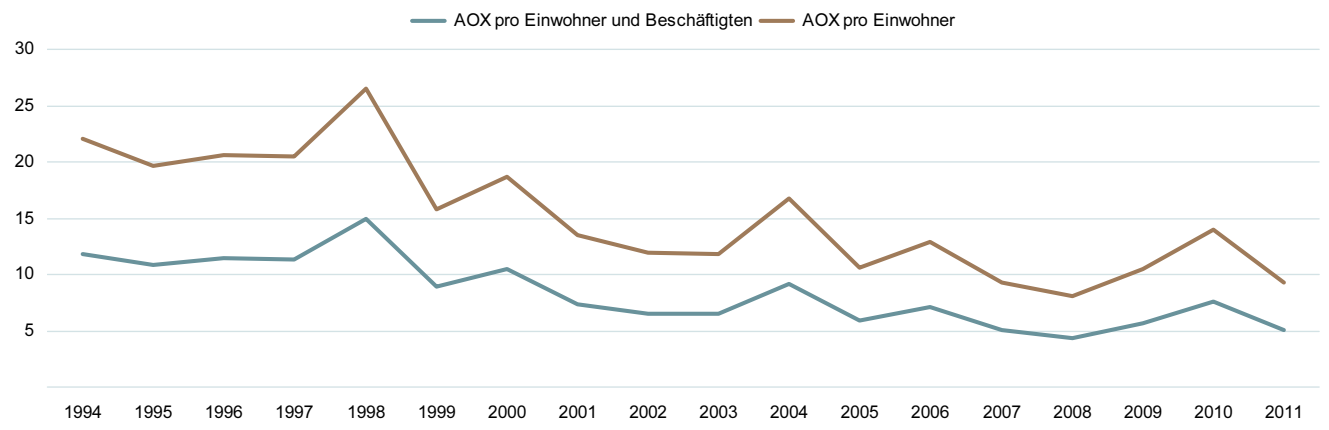


Abb. 28

Wasserverbrauch

Gewinnung, Aufbereitung und Verteilung von Trinkwasser sowie die Reinigung des Abwassers in der Abwasserreinigungsanlage sind mit hohem Aufwand und Energieeinsatz verbunden. Ein sparsamer Umgang mit Wasser schont deshalb nicht nur die Ressource Wasser, sondern senkt auch den Energieverbrauch. Andererseits kann durch die Nutzung von Grund- und Flusswasser zu Heiz- und Kühlzwecken nicht erneuerbare Energie eingespart und aufgrund der Umweltwärmenutzung der Anteil erneuerbarer Energie gesteigert werden.

Ziele: Verminderung des Trinkwasserverbrauchs sowie nachhaltige Nutzung des Grund- und Flusswassers

In Basel wird das Trinkwasser durch aktive Versickerung von Rheinwasser in den Langen Erlen und dem Hardwald gewonnen. Dank grosser Anstrengung im Gewässerschutz sowie strengen Vorschriften bei der Trinkwasseraufbereitung ist es in guter Qualität verfügbar.

Seit 1990 sinkt der Trinkwasserverbrauch in den Haushalten kontinuierlich. 1990 lag der mittlere Tagesverbrauch bei 282 Liter pro Kopf, im Jahr 2010 bei 215 Liter. Eine Ausnahme verzeichneten die Jahre 2003 (Hitzesommer) bis 2005 mit einem leichten, vorübergehenden Anstieg. Der geringste Trinkwasserverbrauch war im Jahr 2002 mit einem mittleren Tagesverbrauch von 208 Litern pro Kopf zu verzeichnen (Abb. 29).

Der Trinkwasserverbrauch aller Verbrauchergruppen zusammen liegt bei rund 21 Mio. m^3 pro Jahr (2010) (Abb. 30). Umgerechnet auf die mittlere Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt sind dies 301 Liter pro Kopf und Tag. Seit 2007 ist der Trinkwasserverbrauch aller Verbrauchergruppen somit um 9,7 Liter pro Kopf und Tag angestiegen. Grund dafür ist die verstärkte Nutzung von Trinkwasser als Brauchwasser im Industriesektor zu Kühlzwecken. Im Vergleich zum mittleren Trinkwasserverbrauch der Schweiz (338 Liter pro Person im Jahr 2009) liegt der Verbrauch im Kanton Basel-Stadt trotzdem deutlich tiefer.

In Basel werden neben dem Trinkwasser grosse Mengen an Grund- und Flusswasser für industrielle Prozesse sowie zu Kühl- und Heizzwecken genutzt. Im Jahr 2009 waren es 52 Mio. m^3, im darauffolgenden 58 Mio. m^3.

Erläuterungen: *Brauchwasser* ist Trink-, Fluss- oder Grundwasser, das für industrielle Zwecke verwendet wird und wo kein Bedarf auf Trinkwasserqualität besteht.
Quelle: Statistik zum Trinkwasserverbrauch, Industrielle Werke Basel (IWB), Tel. 061 275 51 11, www.iwb.ch/de/privatkunden/trinkwasser/
Weiterführende Informationen:

- Gewässer und Abwasser, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch

Trinkwasserverbrauch der Haushalte pro Kopf und Tag (in Liter)

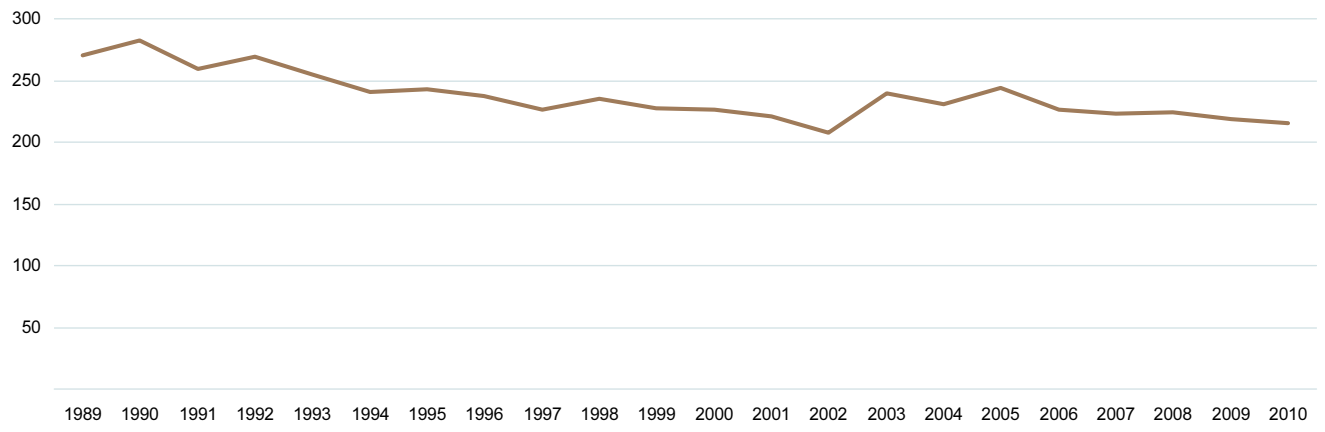


Abb. 29

Gesamter Trinkwasserverbrauch (in m^3) sowie nach Verbrauchergruppe

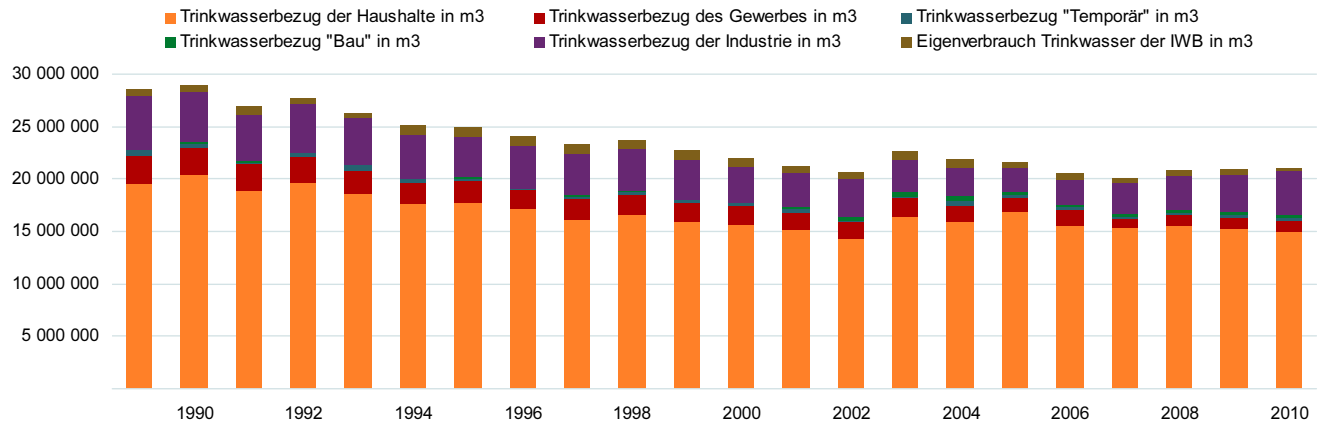


Abb. 30

Lärmbelastung

Die grossflächige Lärmbelastung der städtischen Agglomeration resultiert vor allem aus dem Strassenverkehr. Lokal treten zusätzlich Industrie- und Gewerbelärm sowie Belästigungen aus der Gastronomie und der Nutzung des öffentlichen Raumes auf. Die Dauerbelastung aus dem Strassenverkehr kann zu physischer und psychischer Beeinträchtigung führen. Auch die Nutzung des öffentlichen Raumes durch die Anwohnenden sowie die Attraktivität der Wohnlage wird dadurch vermindert. Um das Mass der Lärmbelastung aus dem Verkehr anzugeben, wird festgehalten, wie viele Bewohner Strassenlärm ausgesetzt sind, der über den Immissionsgrenzwerten liegt.

Ziel: Reduktion der Lärmbelastung für die Bevölkerung

Im Jahr 2010 waren im Kanton Basel-Stadt 23,8% der Wohnbevölkerung, d. h. 45 141 Personen, einer nächtlichen Lärmbelastung von mehr als 50 dB (A) ausgesetzt (Abb. 31). Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich diese Zahl um 1,7% respektive um 2 921 Personen verringert.

Der Immissionsgrenzwert (IGW) der Empfindlichkeitsstufe II liegt nachts bei 50 dB (A), bzw. bei 60 dB (A) am Tag. Für Bewohner in der Empfindlichkeitsstufe III liegt der IGW bei 55 dB (A) in der Nacht und bei 65 dB (A) am Tag. Im Jahr 2010 lag der Bevölkerungsanteil, welcher einem Lärmpegel über dem jeweiligen Grenzwert ausgesetzt war, bei 15,7% in der Nacht bzw. 13,9% am Tag (Abb. 31).

Hauptverursacher des Lärms ist der Strassenverkehr mit Individual- und Güterverkehr. Im Weiteren können die Eisenbahn sowie das Tram zu Grenzwertüberschreitungen führen. Grund für die leichte Verbesserung in den letzten zehn Jahren ist die Eröffnung der Nordtangente. Durch diese nahm der stadtquerende Verkehr im Grossbasel zwischen 2000 und 2010 ab. An den Zubringern resultierten hingegen lokal Erhöhungen der Verkehrsmengen und damit der Lärmbelastung. Die Verlagerung des Verkehrs in die Nachtstunden und auch auf das Wochenende ist ein anhaltender Trend, der nicht zuletzt mit dem sich verändernden Freizeitverhalten einhergeht. Im städtischen Raum ist der Schutz vor Lärm durch das Errichten von Lärmschutzwänden nur in den seltensten Fällen möglich. Als Ersatzmassnahme müssen bei lärmempfindlichen Räumen, an denen der Alarmwert von 70 dB überschritten wird, Schallschutzfenster eingebaut werden. Dies ist jedoch keine nachhaltig wirksame Lösung, da die Lärmquelle an sich nicht behoben wird.

Seit 2004 leistet der Kanton freiwillig ab einer Belastung von 67 dB (A) am Tag einen Beitrag von 50% an Schallschutzfenster. Der Bevölkerungsanteil, der durch Schallschutzfenster vor übermässigem Lärm geschützt wird, hat aufgrund dieser Massnahme in den letzten Jahren stark zugenommen (Abb. 32). Im Jahr 2005 lebten rund 5 100 Einwohner in Wohnungen mit sanierten Fenstern, 2010 waren es rund 7 150. In dieser Betrachtung nicht mitberücksichtigt sind die auf eigene Initiative von Hauseigentümern eingebauten Schallschutzfenster.

Erläuterungen: *Lärmbelastete Einwohner* sind Personen, welche einer Lärmbelastung über dem Immissionsgrenzwert gemäss Lärmschutzverordnung (LSV) ausgesetzt sind. Die in der LSV festgehaltenen Immissionsgrenzwerte drücken das Mass an Lärmbelastung aus, das zirka 75% der Bevölkerung erträgt, ohne sich erheblich gestört zu fühlen. Übermässiger Lärm macht krank: Er führt zu Schlafstörungen, Konzentrationsschwächen, Nervosität usw. Wohngebiete sind gemäss Lärmempfindlichkeitsstufenplan den Stufen II (Wohnzonen) und III (Wohn-/Gewerbezonen) mit unterschiedlichen Immissionsgrenzwerten zugeteilt: ES II: 60 dB (A) Tag, 50 dB (A) Nacht, ES III: 65 dB (A) Tag, 55 dB (A) Nacht; dB (A) ist die übliche Masseinheit zur Messung von Lärmstärke.
Quelle: Strassenlärmkataster, Amt für Umwelt und Energie, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/laerm.htm
Weiterführende Informationen:

- Strassenlärmkataster, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.stadtplan.adminbs.ch/geoviewer/index.php?theme=5
- Strassensanierungsprogramm, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/fachbereiche/laerm/schallschutzfenster.htm
- Lärmschutzverordnung (LSV), www.admin.ch/ch/d/sr/c814_41.html

Anteil lärmbelasteter Einwohner

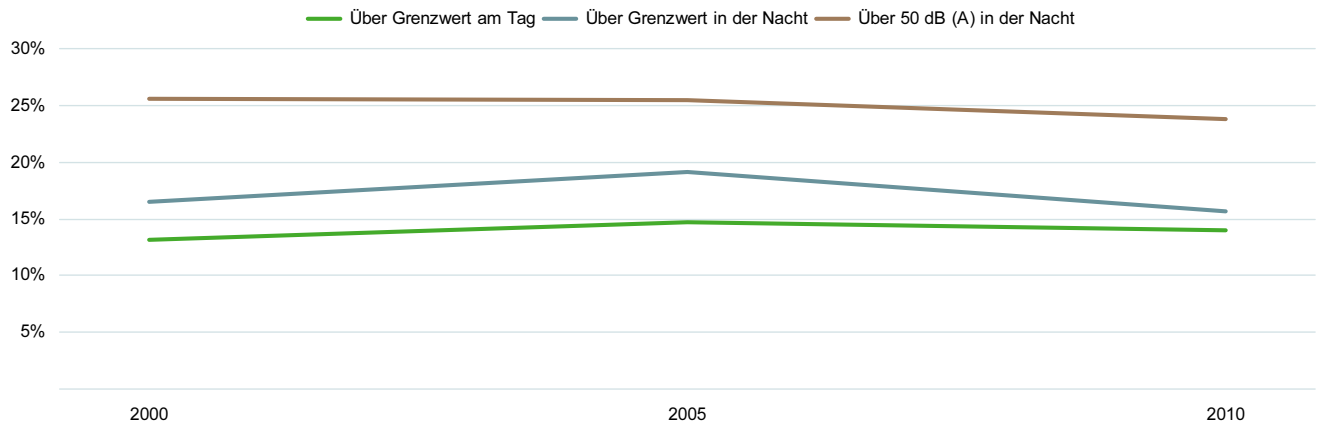


Abb. 31

Einwohner mit lärmsanierten Fenstern (kumuliert)

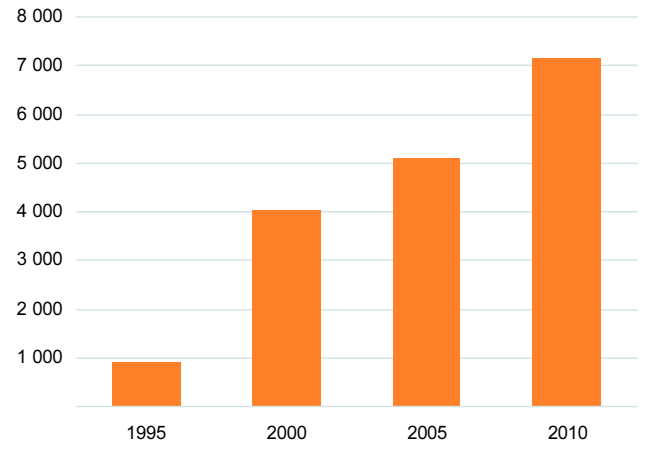


Abb. 32

CO_2-Emissionen

Kohlendioxid (CO_2) ist ein klimawirksames Gas, dessen Anstieg in der Atmosphäre zu einer Temperaturerhöhung auf der Erde führt. Folge davon ist unter anderem die Verlagerung der Klimazonen und ein häufigeres Auftreten von Extremereignissen mit Unwettern und Überschwemmungen. Der CO_2-Ausstoss ist eng mit dem Verbrauch fossiler Energieträger gekoppelt. Um die CO_2-Emissionen zu verringern, müssen der fossile Energieverbrauch gesenkt, die Energieeffizienz gesteigert und der Anteil erneuerbarer Energien erhöht werden.

Ziele: Verminderung des fossilen Energieverbrauchs, Steigerung der Energieeffizienz und Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien

Die CO_2-Emissionen im Kanton Basel-Stadt nahmen zwischen 1990 und 2010 um 11% oder absolut um rund 122 270 Tonnen ab. 2010 wurden 985 760 Tonnen CO_2 ausgestossen. Dies entspricht 5,2 Tonnen pro Kopf und Jahr (Abb. 33). Aus den Feuerungen (Fernwärme, Industrie, Haushalte/Gewerbe/Dienstleistung) stammen rund 60%, aus dem Strassenverkehr und aus der Abfallverbrennung je rund 20% der CO_2-Emissionen. Bei den Feuerungen der Fernwärme und der Industrie gingen die CO_2-Emissionen seit 1990 zurück. Der Rückgang ist vor allem auf den Strukturwandel in der Industrie (mehr Forschung und weniger Produktion) sowie auf einen geringeren Verbrauch fossiler Brennstoffe bei der Fernwärme zurückzuführen. Die CO_2-Emissionen aus Haushalt, Gewerbe und Dienstleistung blieben etwa konstant (Abb. 34). Beim Strassenverkehr liegen die CO_2-Emissionen deutlich höher als im Jahr 1990, blieben jedoch seit 2005 ebenfalls relativ konstant. Die CO_2-Emissionen der Abfallverbrennung gingen mit der Einführung der Abfallgebühren im Jahr 1992 sprunghaft zurück (Rückgang der Abfallmenge) und stiegen seither wieder leicht an.

Der Anteil erneuerbarer Energie (ohne Wasserkraft) am Bruttoenergieverbrauch konnte kontinuierlich gesteigert werden und betrug im Jahr 2011 10,3% (Abb. 35). 88,4% dieser erneuerbaren Energie (1 468,3 TJ) wird in Form von Wärme bereitgestellt (Abb. 36). Die restlichen 11,6% (192,7 TJ) sind Strom (Abb. 37). Hinzu kommen 5 117,4 TJ Elektrizität aus Wasserkraft. Der grösste Anteil der erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) wird von der Abfallverbrennung beigetragen. Dabei werden 50% der aus Abfall gewonnenen Energie (Dampf, Fernwärme, Strom) als erneuerbar angerechnet (961,2 TJ/a; 2011). Seit 2008 liefert das Holzkraftwerk (HKW) mit 499,9 TJ (2011) ebenfalls einen Beitrag zur erneuerbaren Energie. Bei der Wärmeerzeugung spielen zusätzlich die Schlammverbrennung der Abwasserreinigungsanlage (ARA), die Geothermie (Tiefen-Aquifer Riehen), Umweltwärme, Holzfeuerungen sowie Sonnenkollektoren eine Rolle. Bei der Stromerzeugung werden neben der Abfallverbrennung und dem Holzkraftwerk zusätzlich Fotovoltaik und Windkraft eingesetzt.

Erläuterungen: TJ/a = Terajoule pro Jahr, 1 TJ/a = 10^{12} Joule/a.
Quellen: CO_2-Emissionen, Lufthygieneamt beider Basel, Tel. 061 925 56 19, www.basler-luft.ch. Energiestatistik, Amt für Umwelt und Energie, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie.htm
Weiterführende Informationen:

- Umweltbericht beider Basel 2007-2011, www.umweltberichtbeiderbasel.ch/index.php
- Gesamtenergiestatistik 2004 und Statistik zu erneuerbarer Energie 2011, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie/daten-und fakten.htm (nächste Energiestatistik u. a. mit Daten nach Verbrauchergruppen liegt voraussichtlich Ende 2012 vor).
- Klima Schweiz, Bundesamt für Umwelt, www.bafu.admin.ch/klima
- Klimaportal der Schweiz, www.climate-change.ch

CO_2-Emissionen pro Kopf (in Tonnen)

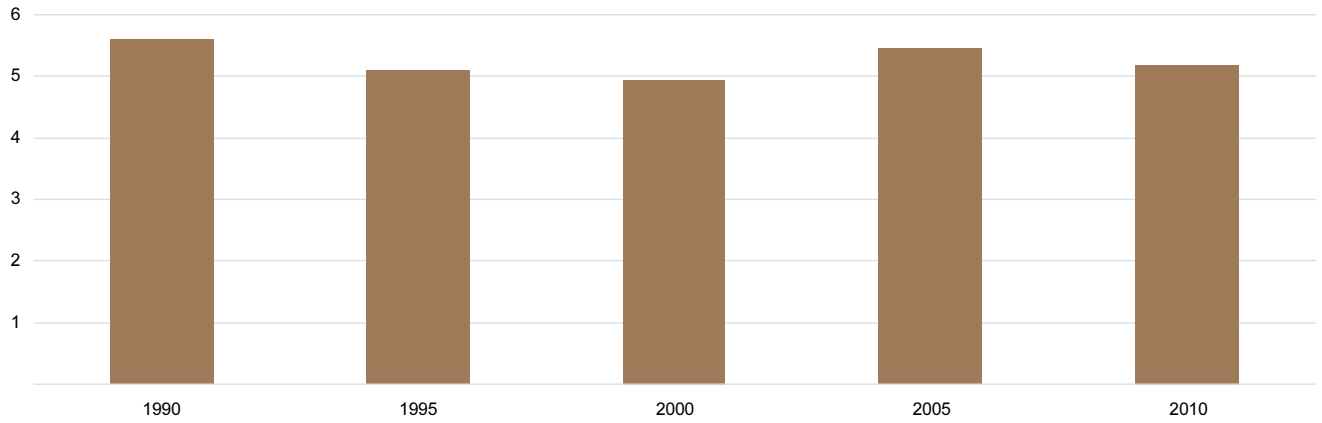


Abb. 33

Energieverbrauch nach Verbrauchergruppen (in TJ)

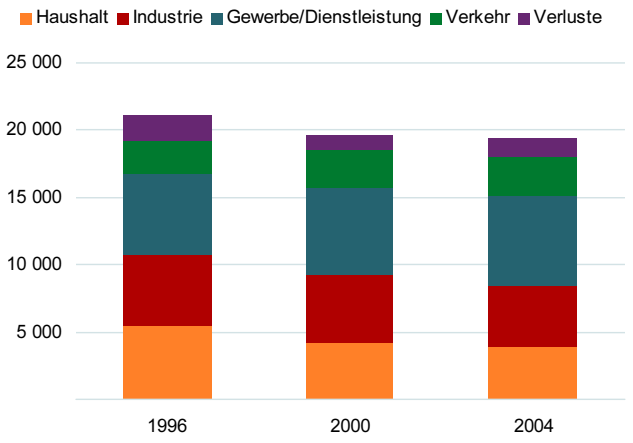


Abb. 34

Anteil erneuerbare Energie am Bruttoenergieverbrauch

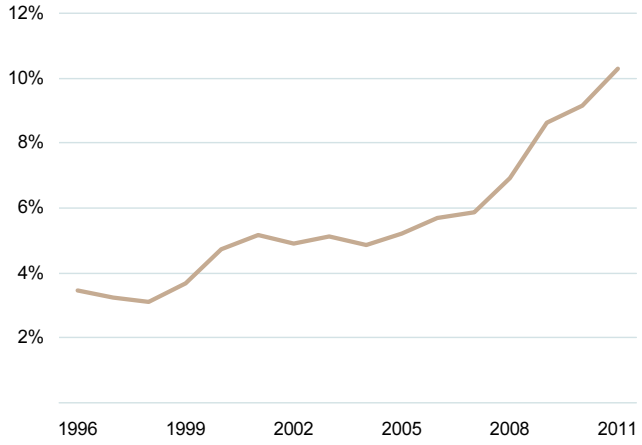


Abb. 35

Wärme aus erneuerbarer Energie (in TJ)

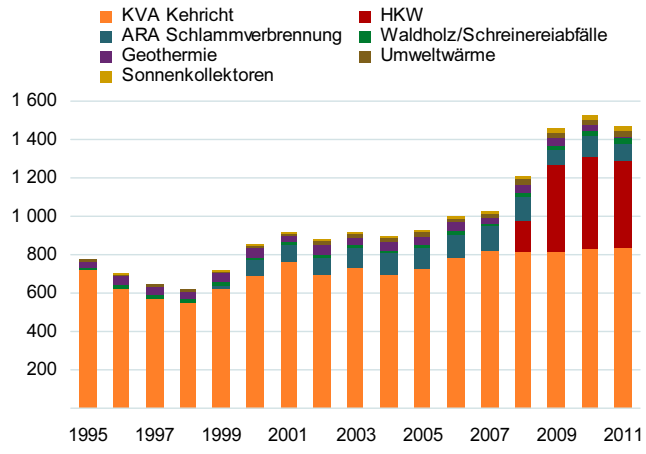


Abb. 36

Strom aus erneuerbarer Energie (in TJ)

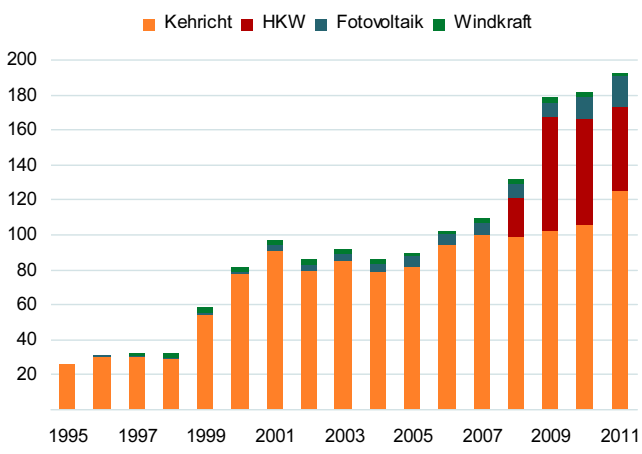


Abb. 37

Abfall

Die nachhaltige Entwicklung hat zum Ziel, den Ressourcenverbrauch zu minimieren und Stoffkreisläufe zu schliessen. Diesem Ziel entsprechen die Vermeidung und die Wiederverwertung von Abfällen. Abfallvermeidung bedeutet auch Ressourcenschonung: Es werden weniger Rohstoffe gebraucht, die später als Abfall anfallen und entsorgt werden müssen. Zudem entstehen bei der Entsorgung weniger Schadstoffe. Durch die Wiederverwertung (Recycling) können Wertstoffe zurückgewonnen und Stoffkreisläufe geschlossen werden.

Ziele: Verminderung des Ressourcenverbrauchs durch Abfallvermeidung und dadurch Verminderung von Schadstoffemissionen in Luft, Wasser und Boden. Schliessen von Stoffkreisläufen durch angemessenes Recycling sowie Schaffen von finanziellen Anreizen zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung durch konsequente Anwendung des Verursacherprinzips

Im Jahr 1993 wurde im Kanton Basel-Stadt eine Gebühr für Hauskehricht und Sperrgut eingeführt, wie es das Verursacherprinzip des eidgenössischen Umweltschutzgesetzes fordert. In der Folge nahm die Abfallmenge stark ab, während sich die Recyclingmenge innert wenigen Jahren verdoppelte. Damit hat der Kanton Basel-Stadt einen wichtigen Schritt hinsichtlich der Schonung natürlicher Ressourcen getan.

2009 startete der Kanton den Pilotversuch einer kostenlosen Sperrgutabfuhr. Dies mit dem Ziel, die illegale Abfallablagerung zu vermindern. Dadurch stieg die Sperrgutmenge sprunghaft an. 2008 wurden 944 Tonnen Sperrgut entsorgt, 2009 waren es 5 226 Tonnen. Die Zahl der wilden Deponien erhöhte sich entgegen den Erwartungen und die Stadtsauberkeit verschlechterte sich an den Sperrgutabfuhrtagen. 2011 wurde der Pilotversuch eingestellt und durch zwei Gratis-Sperrgutvignetten pro Haushalt ersetzt. Die Sperrgutmenge sank im selben Jahr auf 687 Tonnen.

Die Menge des Hauskehrichts sank während der Zeitperiode der kostenlosen Sperrgutentsorgung um 8 kg pro Kopf auf 159 kg. 2011 nahm der Hauskehricht wieder auf 162 kg pro Kopf zu.

Die Gesamtmenge an Siedlungsabfällen (Hauskehricht und Sperrgutabfälle, ohne Industrie und Gewerbe) nahm 2009 sprunghaft von 173 kg auf 187 kg pro Kopf zu. 2011 sank der Wert wieder auf 165 kg pro Kopf, was einer totalen Menge von insgesamt 31 666 Tonnen (Abb. 38) entspricht. Im Jahr 2011 wurden pro Kopf total 423 kg Abfälle (Hauskehricht, Sperrgut-, Industrie- und Gewerbeabfälle) entsorgt. Basel-Stadt liegt damit leicht unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 435 kg. Allerdings weist die Menge an Industrie- und Gewerbeabfällen eine hohe Streuung auf, weil die Sortierwerke die kantonale Herkunft (BS, BL, AG) nur schwach belegen können.

Die Recyclingmenge sank von 184 kg pro Person im Jahr 2008 auf 174 kg pro Kopf im Jahr 2011 (Abb. 39). Die Recyclingquote dagegen ist stabil bei 51% (Abb. 40). In den Landgemeinden Riehen und Bettingen konnte die Recyclingmenge dank Einführung einer Abfuhr für Bioabfälle sogar deutlich erhöht werden.

2011 wurden insgesamt 225 000 Tonnen Abfall in der Kehrichtverwertungsanlage Basel verbrannt und daraus 505 GWh Energie in Form von Dampf, Wärme und Elektrizität erzeugt. Durch den Umbau des Wasser-Dampf-Kreislaufs sowie eine Anpassung der gasbefeuerten Hilfsdampfkessel konnte der Wirkungsgrad der Wärmekraftkoppelung erneut verbessert werden. Zusätzlich optimiert das neue Bewirtschaftungstool die Fahrweise der Anlage, wodurch der Wärmeüberschuss im Sommer weiter gesenkt werden konnte.

Erläuterungen: GWh = Gigawattstunde, 1 GWh = 10^9 Wattstunde = $3{,}6*10^{12}$ Joule; *Haushaltsabfälle* sind nicht verwertbare Siedlungsabfälle ohne Wertstoffe. *Recyclingquote*: Anteil der Recyclingmenge an der Gesamtmenge der Siedlungsabfälle.
Quellen: Abfallstatistik, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/abfaelle.htm; Bundesamt für Umwelt, www.bafu.admin.ch/abfall/index.html
Weiterführende Informationen:

- Umweltbericht beider Basel 2007-2011, www.umweltberichtbeiderbasel.ch/index.php
- Gesamtenergiestatistik 2004 und Statistik zu erneuerbarer Energie 2011, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie/daten-und fakten.htm (nächste Energiestatistik u. a. mit Daten nach Verbrauchergruppen liegt voraussichtlich Ende 2012 vor).

Siedlungsabfälle (Hauskehricht und Sperrgut) pro Kopf in Kilogramm

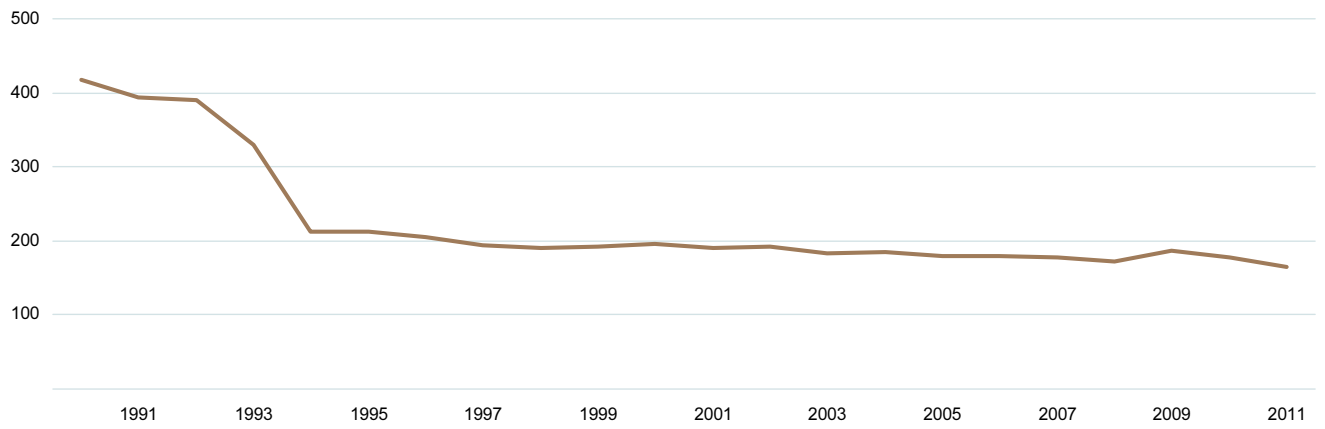


Abb. 38

Recyclingmenge pro Kopf in Kilogramm

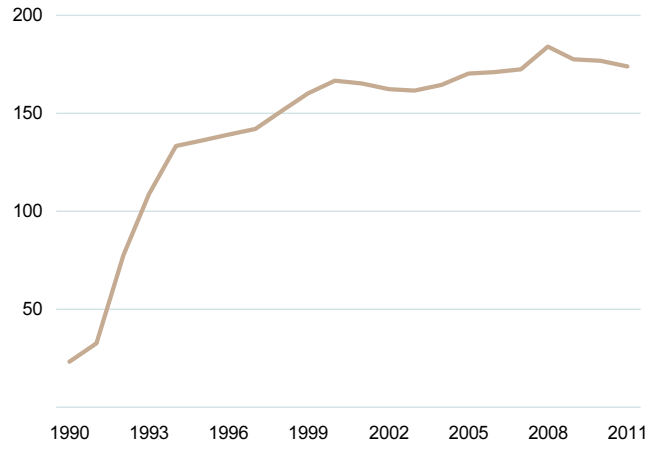


Abb. 39

Recyclingquote pro Kopf

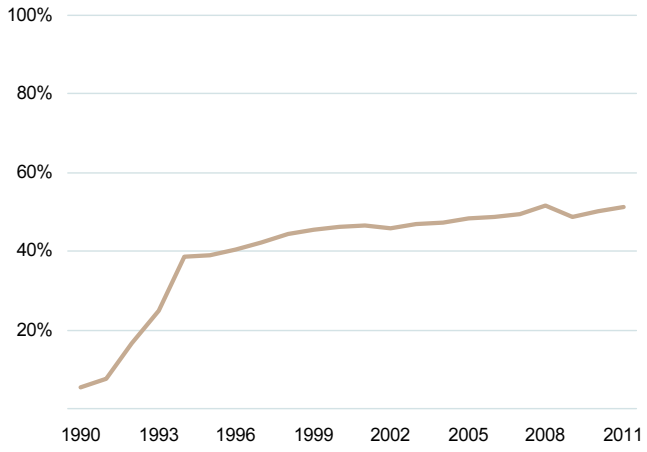


Abb. 40

Bodenversiegelung

Unverbauter, naturbelassener Boden ist eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource und bildet den wichtigsten Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Gesunder, qualitativ guter Boden ist die Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion und dient als Reinigungsfilter bei der Grundwasserbildung. Zusätzlich ermöglichen Grünflächen den Temperatur- und Feuchtigkeitsausgleich und bieten den Menschen Erholungsraum. Durch Versiegelung verliert der Boden diese wichtigen Funktionen meist irreversibel.

Ziele: Verminderung des Bodenverbrauchs, Erhaltung der Artenvielfalt auch im städtischen Raum, Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten für nicht verschmutztes Niederschlagswasser sowie Gewährleistung eines ausgewogenen Verhältnisses von Wohnraum und Grünfläche

Der Kanton Basel-Stadt ist mit 37 km^2 sehr klein und hat einen ausgesprochen städtischen Charakter. Von der Gesamtfläche (ohne Gewässer) sind rund 74% als Siedlungsfläche ausgeschieden, die verbleibenden 26% teilen sich Landwirtschaft und Wald. Innerhalb der Siedlungsfläche – bestehend aus Gebäuden, Industriearealen, Verkehrs- und Infrastrukturflächen sowie Grünanlagen – ist der Boden in unterschiedlichem Mass verbaut. Grünanlagen sind zu rund 30% versiegelt, 50% sind es bei freistehenden Einfamilienhäusern und beinahe 100% bei Strassenflächen.

Der Boden verliert durch die Versiegelung seine ökologische Funktion. Lebensraum für Tiere und Pflanzen wird zerstört und die natürliche Verdunstung und Versickerung von Niederschlagswasser wird verringert. Der natürliche Wasserkreislauf wird unterbunden und die Speisung von lokalen Grundwasservorkommen wird erschwert. Das von Strassen, Dächern und Plätzen abfliessende Regenwasser belastet zudem die Kanalisation und die Kläranlage. Versiegelte Flächen verschlechtern aber auch das Mikroklima, erhöhen die Zahl potentieller Wärmeinseln während Hitzeperioden und lassen die Landschaftsräume im Siedlungsgebiet verarmen.

Im Jahr 2011 umfasste die versiegelte Bodenfläche rund 1 682 ha. Bei einer Gesamtfläche (ohne Gewässer) von 3 543 ha bedeutet dies eine Versiegelung von 47,5% (Abb. 41). Im Betrachtungszeitraum 2002 bis 2011 schwankte der versiegelte Anteil zwischen 47,4% und 48,1%. Eine differenzierte Erfassung der Bodenbedeckung in Gartenanlagen und begrünten Höfen ab dem Jahr 2004 führte zu einer Zunahme des versiegelten Flächenanteils um 0,7% zwischen 2003 und 2004. Der Rückgang der versiegelten Fläche zwischen 2004 und 2008 ist ebenfalls auf eine Überarbeitung der amtlichen Vermessung zurückzuführen. Der Flächenverbrauch pro Einwohner war 2011 aufgrund der leicht gestiegenen Wohnbevölkerung und des Rückgangs der versiegelten Fläche wegen Anpassungen in der amtlichen Vermessung auf 87,7 m^2 gesunken. 2005 betrug der Flächenverbrauch noch 91,1 m^2 pro Einwohner (Abb. 42).

Erläuterungen: *Bodenversiegelung* bezeichnet den Anteil des versiegelten Bodens im Vergleich zur gesamten Kantonsfläche. Als versiegelt gelten gemäss Arealstatistik Gebäude, befestigte Areale, Strassen und Gewässervorland. Gewässer werden aus der Betrachtung ausgeschlossen (inkl. befestigter Wasserbecken). Ab 2004 erfolgte eine differenzierte Erfassung der Bodenbedeckung: Teile der bisher als rein humusierte Flächen/Gartenanlagen betrachteten Flächen wurden als versiegelte Flächen ausgewiesen. Bis 2008 erfolgten weitere Anpassungen in der amtlichen Vermessung.
Quelle: Arealstatistik Basel-Stadt, Grundbuch- und Vermessungsamt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 92 70, www.gva.bs.ch
Weiterführende Informationen:

- Bodennutzung im Kanton Basel-Stadt, www.statistik-bs.ch/tabellen/t02/1
- Kantonaler Richtplan, www.richtplan.bs.ch/download.htm
- Genereller Entwässerungsplan (GEP), www.bafu.admin.ch/gewaesserschutz/01295/01303/01304/index.html?lang=de

Anteil versiegelter Boden

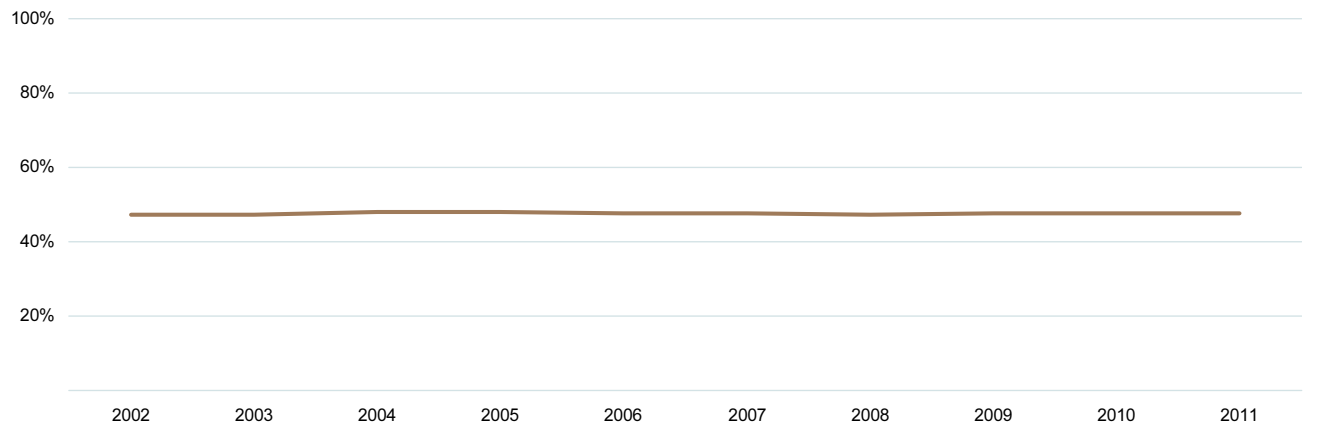


Abb. 41

Versiegelte Fläche pro Einwohner in m^2

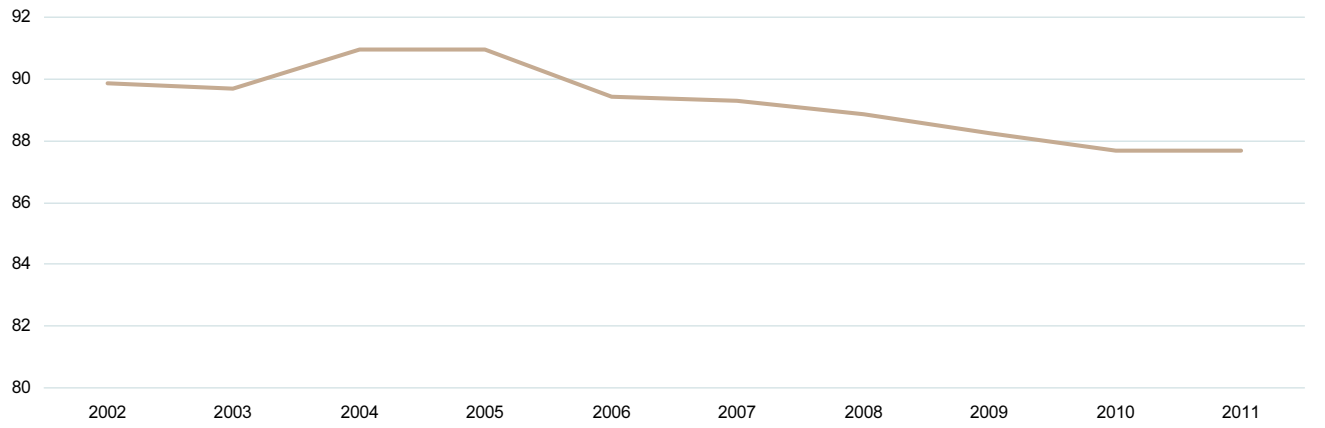


Abb. 42

Altersquotient

Unter einem nachhaltigen Gesichtspunkt ist eine Bevölkerungsentwicklung wünschbar, die eine gerechte Lastenverteilung erlaubt. Die Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter sollte – nicht zuletzt wegen der Finanzierung der Sozialwerke – in einem für die Gesellschaft tragbaren Verhältnis zu den übrigen Personen stehen. Der Altersquotient als Indikator für die demografische Alterung der Bevölkerung zeigt auf, wie sich der Anteil der über 65-Jährigen im Vergleich zur Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren entwickelt. Je höher der Quotient, desto mehr spricht man von einer Alterung der Wohnbevölkerung.

Ziel: Ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Generationen

Vom Jahr 1985 an stieg der Altersquotient in Basel-Stadt bis zu einem Maximum von 33,9% in den Jahren 2000 und 2001 (Abb. 43). Seither sank der Quotient wieder auf einen Wert von 31,7% für das Jahr 2011. Der aktuellste verfügbare Vergleichswert für die Gesamtschweiz lag im Jahr 2010 bei 27,1%.

Der Jugendquotient widerspiegelt das Potenzial der Bevölkerungsentwicklung für die nächsten Jahre. Er erreichte in Basel-Stadt seinen tiefsten Stand in den Jahren 1987 bis 1989 mit jeweils 24,7%. Danach stieg er kontinuierlich bis zum Jahr 1999 auf 28,2% (Abb. 44). Seither ist die Tendenz wieder abnehmend. 2011 betrug der Jugendquotient 25,6%. Analog zum Altersquotienten besteht im Vergleich zur gesamtschweizerischen Wohnbevölkerung eine beträchtliche Abweichung: 2010 betrug der Jugendquotient der Schweiz 33,5%.

Zur Analyse der Bevölkerung dient als weitere Kennzahl die Wohnbevölkerung. Sie hat im Kanton Basel-Stadt in den Jahren 1985 bis 2007 deutlich abgenommen, nämlich um rund 7% von 202 113 auf 187 684 Einwohner (Abb. 45). In den letzten vier Jahren ist wieder ein Anstieg der Wohnbevölkerung zu verzeichnen. Im Jahr 2009 wurde erstmals seit zehn Jahren wieder die Grenze von 190 000 Einwohner überschritten. Im Jahr 2011 beträgt die Bevölkerungszahl 191 725.

Erläuterungen: Der *Altersquotient* bezeichnet das Verhältnis der über 64-Jährigen zur Anzahl Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren, der *Jugendquotient* bezeichnet das Verhältnis der unter 20-Jährigen zur Anzahl Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.
Quelle: Bevölkerungsstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/tabellen/t01
Weiterführende Informationen:

- Kantonale Jugendbefragung, Statistisches Amt, www.statistik-bs.ch/publikationen/befragungen/jugendbefragung
- Kantonale Familienbefragung, Statistisches Amt, www.statistik-bs.ch/publikationen/befragungen/familien
- Erziehungsdepartment, Abteilung Jugend- und Familienförderung, 061 267 80 07, Grundlagen zur Familienpolitik: www.ed-bs.ch/jfs/JFF/dokumente

Altersquotient

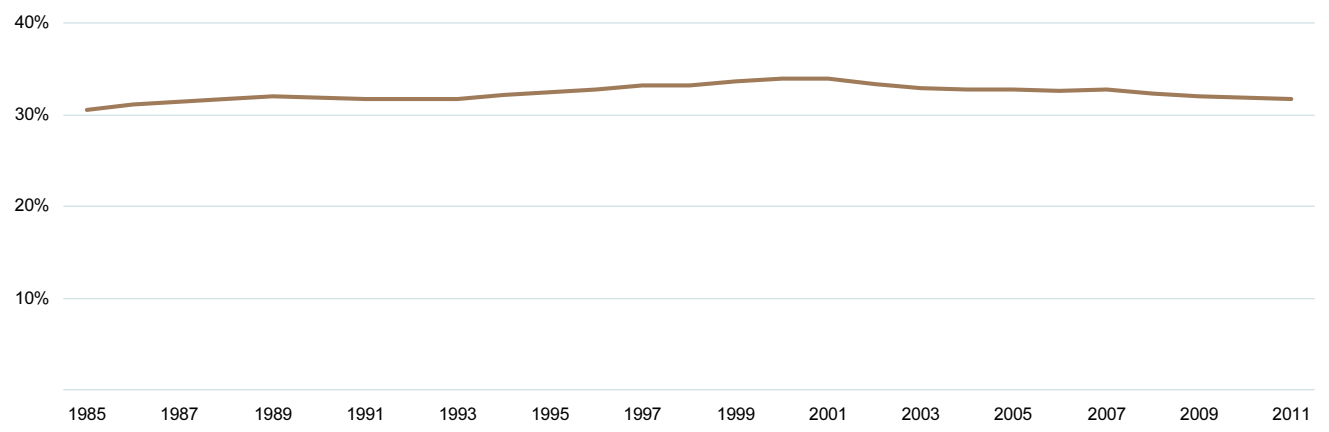


Abb. 43

Jugendquotient

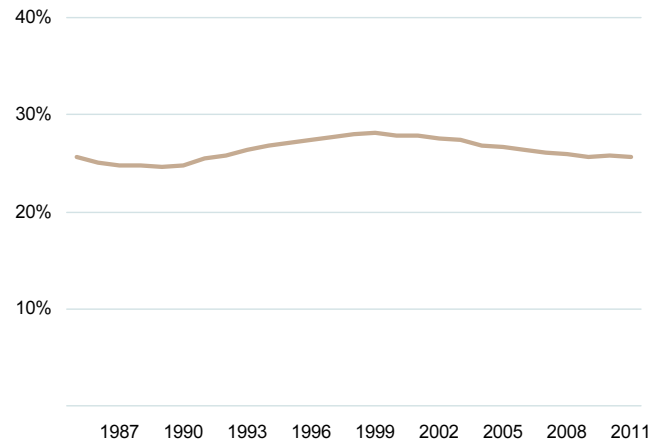


Abb. 44

Wohnbevölkerung

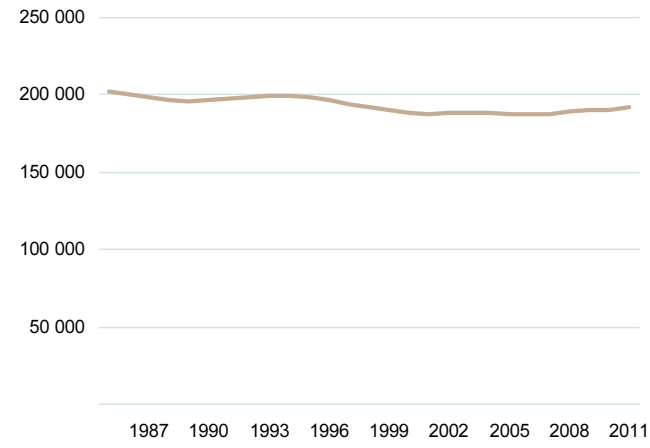


Abb. 45

Existenzsicherung

Die Sicherung der materiellen Existenz der gesamten Bevölkerung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Nebst Sozialversicherungsleistungen und verschiedenen zielgerichteten Unterstützungsleistungen (z. B. Prämienverbilligung, Ausbildungsbeiträge) richtet der Staat existenzsichernde, finanzielle Leistungen an bedürftige Personen aus. Unter Beziehenden existenzsichernder Leistungen wird hier derjenige Anteil der Wohnbevölkerung ausgewiesen, der Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV erhält. Idealerweise ist diese Quote möglichst tief.

Ziel: Existenzsicherung für alle Gruppen der Gesellschaft

Im Kanton Basel-Stadt waren im Jahr 2011 rund 21 600 Personen auf existenzsichernde Unterstützung durch den Staat angewiesen. Rund 8 000 Personen bezogen Sozialhilfe und gut 13 500 Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV. Der Anteil unterstützter Personen an der gesamten Bevölkerung betrug 11,4%. Von 1999 (7,9%) bis 2006 (12,2%) stieg dieser Anteil stetig, sank anschliessend und nahm von 2010 auf 2011 wieder leicht zu (Abb. 46). Letzteres ist auf eine geringe Zunahme der Zahl der Sozialhilfebeziehenden zurückzuführen. Bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV ist in den letzten Jahren eine konstante leichte Zunahme an Beziehenden zu verzeichnen. In der Stadt Zürich nahm der Anteil unterstützungsbedürftiger Personen bis 2002 ab und verlief in den darauffolgenden Jahren ähnlich wie in Basel-Stadt, allerdings auf einem tieferen Niveau.

Besondere Aufmerksamkeit muss der Problematik der über 50-jährigen Sozialhilfebeziehenden entgegengebracht werden. Diese Menschen haben aufgrund ungenügender Qualifikationen, gesundheitlicher Probleme oder langjähriger Arbeitslosigkeit eine geringe oder gar keine Chance, sich in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ebenso bedürfen junge Erwachsene bis 25 Jahre weiterhin spezifischer Massnahmen, weil sie häufig Schwierigkeiten beim Zugang zum Lehrstellen- und Arbeitsmarkt haben. Die hohe Anzahl junger Sozialhilfeabhängiger ist gerade deshalb problematisch, weil für junge Menschen eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt von grösster Bedeutung für eine nachhaltige Lebensgestaltung ist. Die Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen stieg in der Stadt Basel verzögert zur konjunkturellen Entwicklung an und verdoppelte sich zwischen 1999 und 2005 beinahe (von 6,3% auf 12,2%; Abb. 47). Anschliessend nahm sie bis 2010 auf 8,2% ab. Auf 100 junge Erwachsene entfielen somit rund acht Sozialhilfebeziehende. In der Stadt Zürich war die Entwicklung ähnlich, allerdings wiederum auf einem tieferen Niveau. In der Stadt Bern lagen die Werte im Beobachtungszeitraum jeweils deutlich unter jenen der Stadt Basel. Der Rückgang in Basel nach 2005 ist auf die bessere Arbeitsplatzsituation sowie auf die Anstrengungen des Kantons zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen. Im Vergleich mit den Städten Zürich und Bern weist Basel aber weiterhin die höchsten Werte auf.

Die Anzahl Personen mit Prämienverbilligung (ohne Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehende) schwankte in den letzten 13 Jahren zwischen 25 000 und 30 000 (Abb. 48).

Erläuterungen:
Der Anteil der *Personen mit existenzsichernden Leistungen* entspricht dem Anteil der Wohnbevölkerung, der im Dezember des jeweiligen Jahres Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV empfing. Bei der Berechnung nach alter Methode basieren die Angaben zu den Ergänzungsleistungen zur AHV bzw. IV auf Fallzahlen, die anhand eines Faktors zu Personenzahlen umgerechnet werden. Bei der neuen Berechnungsmethode werden direkt die erfassten Personenzahlen zur Berechnung der Quote verwendet. Bei der neuesten Berechnungsmethode stammt die Zahl der im Dezember des jeweiligen Jahres von der Sozialhilfe unterstützten Personen aus der Schweizerischen Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik, da die entsprechende Kennzahl der Städteinitiative Sozialpolitik seit 2009 nicht mehr berechnet wird. Die *Sozialleistungsquote der Stadt Zürich* ist auf der Grundlage der Personen errechnet, die im Dezember des jeweiligen Jahres Sozialhilfe bzw. Zusatzleistungen zur AHV/IV beziehen. Die Zusatzleistungen umfassen neben den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV auch die kantonalen Beihilfen und die Gemeindezuschüsse, wobei fast alle Beziehenden Ergänzungsleistungen plus eine oder mehrere der genannten weiteren Leistungen empfangen. Die *Sozialhilfequote* der 18- bis 25-Jährigen beschreibt die kumulierte Anzahl Sozialhilfebeziehender (inkl. Fremdplatzierte; Zürich ohne Fremdplatzierte bis 2008) der 18- bis 25-Jährigen im Verhältnis zur 18- bis 25-jährigen Wohnbevölkerung im entsprechenden Jahr.
Quellen: Schweizerische Sozialhilfestatistik, BFS; Statistik zu Ergänzungsleistungen zur AHV und IV; Berichte der Städteinitiative Sozialpolitik: Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten unter http://staedteinitiative.ch/de/Info/Kennzahlen_Sozialhilfe/Kennzahlenbericht_aktuell; Nachhaltigkeitsmonitoring der Stadt Zürich unter www.stadt-zuerich.ch/content/prd/de/index/stadtentwicklung/publikationen/publikationen_nach_thema/nachhaltige_entwicklung.html
Weiterführende Informationen:
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Soziale Sicherheit - Sozialkennzahlen 2008, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/tabellen/t13
- Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Sozialbeiträge des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 86 65/6, www.asb.bs.ch
- Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Sozialhilfe der Stadt Basel, Tel. 061 685 16 00, www.sozialhilfe.adminbs.ch
- Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit, www.jugendarbeitslosigkeit.bs.ch

Anteil Beziehende von existenzsichernden Leistungen

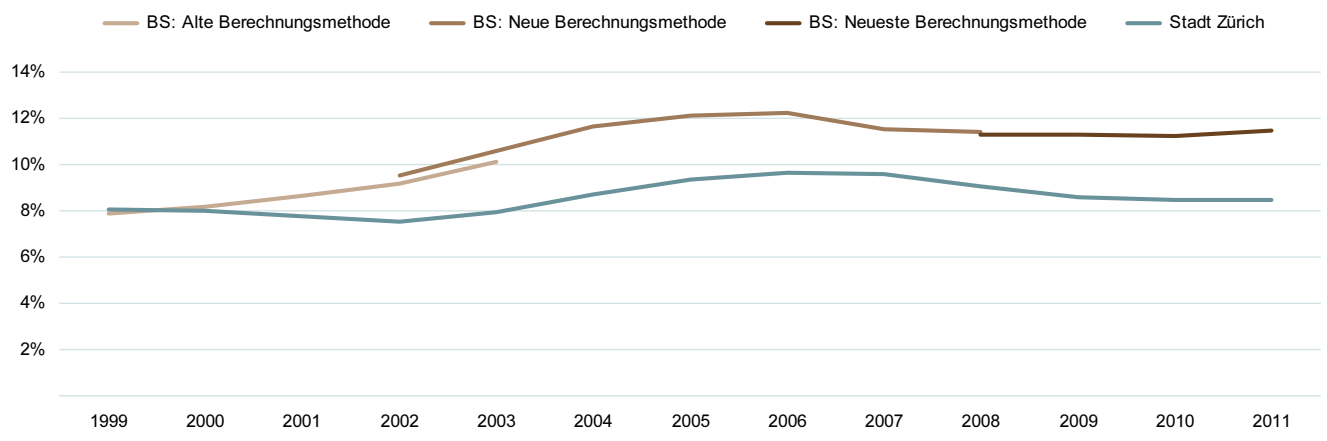


Abb. 46

Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen

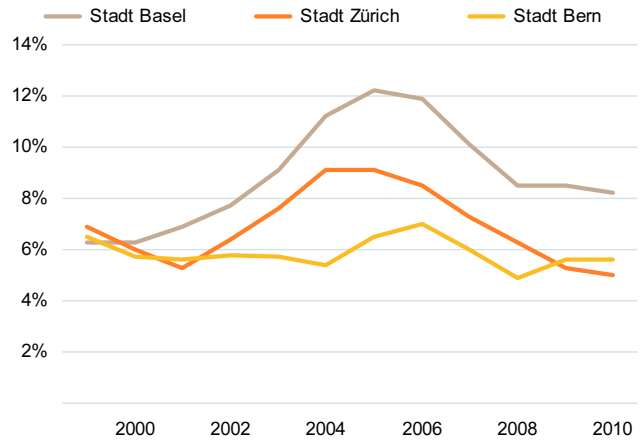


Abb. 47

Anzahl Beziehende von Prämienverbilligungen (exkl. Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehende)

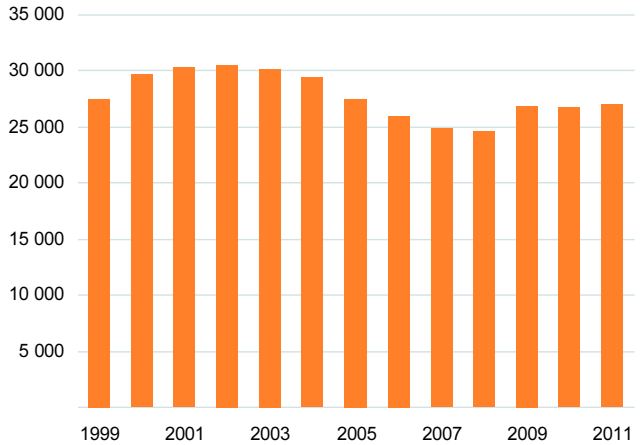


Abb. 48

Gesundheitszustand

Der Gesundheitszustand ist ein wichtiges Element der Lebensqualität und ein Massstab für gesunde Lebensbedingungen. Gemäss der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Gesundheit mit körperlichem, psychischem und sozialem Wohlbefinden gleichzusetzen. Die Bevölkerungsbefragung zeigt, dass die Menschen die Wichtigkeit ihrer Gesundheit erkennen. Eine gesunde Bevölkerung verursacht letztlich weniger Gesundheitskosten.

Ziel: Gesunde Lebensbedingungen für die Bevölkerung

Wie aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung im Jahr 2002 hervorgeht, schätzten 79,7% der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein (Abb. 49). Im Vergleich zur Befragung im Jahr 1992 ging dieser Anteil leicht zurück; 1992 schätzten noch 81,4% ihre Gesundheit entsprechend ein. Die Basler Werte liegen unter dem gesamtschweizerischen Mittel: In der ganzen Schweiz fühlten sich im Jahr 1992 87% der Männer und 83% der Frauen gesundheitlich gut oder sehr gut. Im Jahr 2002 lagen die Werte mit 88% bei den Männern und 84% bei den Frauen noch höher.

Der selbst eingeschätzte Gesundheitszustand variierte bei den verschiedenen Altersgruppen (Abb. 50). Der Anteil an Personen, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einschätzten, war zwischen dem 15. und 34. Lebensjahr am höchsten und nahm danach mit zunehmendem Alter ab.

Die Gesundheitsbefragung zeigt auch, dass die Basler Bevölkerung im Vergleich zum Schweizer Mittel häufiger unter mehreren verschiedenen gesundheitlichen Problemen leidet. Über ein Drittel der Kantonsbevölkerung ist übergewichtig, was einen Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen darstellt. Über dem Schweizer Durchschnitt liegt Basel-Stadt auch in Bezug auf Gesundheitsprobleme in den Bereichen psychische Beschwerden, Stürze im Alter und Bluthochdruck. Auch beim Zigarettenkonsum liegt Basel über dem Schweizer Durchschnitt. Es besteht somit ein erhebliches Potenzial für Prävention und Gesundheitsförderung.

Aktuelle Zahlen zum Gesundheitszustand der erwachsenen Kantonsbevölkerung und den determinierenden Faktoren werden die Ergebnisse der nächsten Schweizerischen Gesundheitsbefragung liefern, welche im Jahr 2012 durchgeführt wird.

Bei der regelmässig stattfindenden kantonalen Bevölkerungsbefragung wird unter anderem auch nach dem derzeitigen Gesundheitszustand gefragt. Je nach Altersgruppe ist die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes unterschiedlich (Abb. 51). Die befragten Personen unter 30 Jahren schätzten ihre Gesundheit im Jahr 2011 mehrheitlich als sehr gut ein (65,9%). Mit steigendem Alter sinkt dieser Anteil bis auf 32,3%. Gesundheitlich eher nicht so gut oder gar nicht gut fühlen sich im Jahr 2011 zwischen 6,7% und 16,1% der befragten Personen.

Im Zeitverlauf wird ersichtlich, dass sich der selbst eingeschätzte Gesundheitszustand bei den jüngeren Befragten (18 bis 29 Jahre) seit 2003 verbessert hat. Mehr Personen fanden, dass ihr Gesundheitszustand sehr gut ist. Bei den Personen ab 30 Jahren zeigte sich keine wesentliche Veränderung, sondern ein Auf und Ab der Einschätzungen.

Erläuterungen: *Sehr guter bzw. guter Gesundheitszustand* bezeichnet den Anteil der Bevölkerung, der in der Befragung den eigenen Gesundheitszustand als "sehr gut" oder "gut" einschätzt. Der Wert widerspiegelt das persönliche Wohlbefinden der Bevölkerung. Erfahrungsgemäss besteht ein enger Zusammenhang zwischen der selbst beurteilten Gesundheit und dem Sterberisiko sowie zwischen der selbst beurteilten Gesundheit und der persönlichen Voraussage von Erkrankung und körperlichen Einschränkungen.
Quellen: Schweizerische Gesundheitsbefragung 1992/93 und 2002, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch. Kantonale Bevölkerungsbefragung 2003, 2005, 2007, 2011, www.statistik-bs.ch/publikationen/befragungen
Weiterführende Informationen:

- Gesundheitsdienste des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 95 26/28, www.gesundheitsdienste.bs.ch
  www.gesundheitsdienste.bs.ch/gp_ber_kinder-und_jugendgesundheitsbericht_2010.pdf
- Gesundheit beider Basel, Daten und Fakten zu den Spitälern und Sozialmedizinischen Institutionen, Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft, www.statistik.bl.ch

Anteil der Bevölkerung mit sehr gutem bzw. gutem Gesundheitszustand (gemäss Selbsteinschätzung)

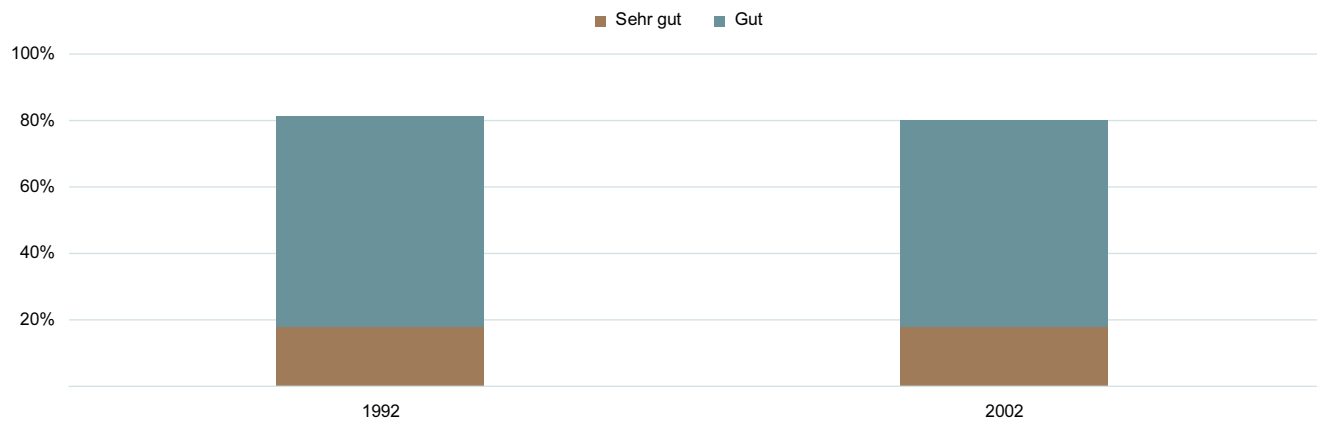


Abb. 49

Gesundheitszustand nach Altersgruppen im Jahr 2002

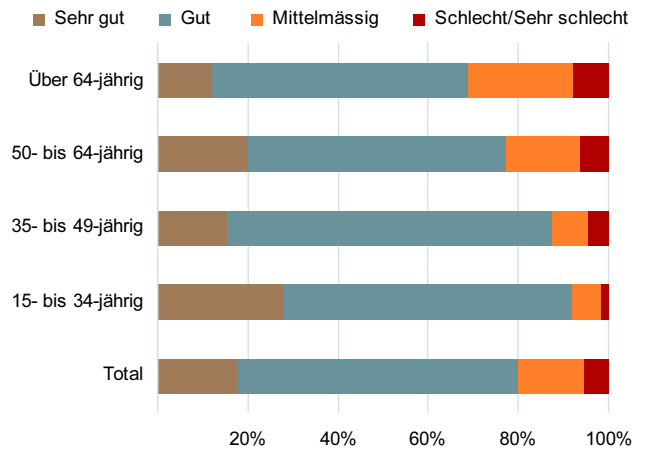


Abb. 50

Wie geht es Ihnen zurzeit gesundheitlich? – Nach Befragungsjahr und Altersgruppen

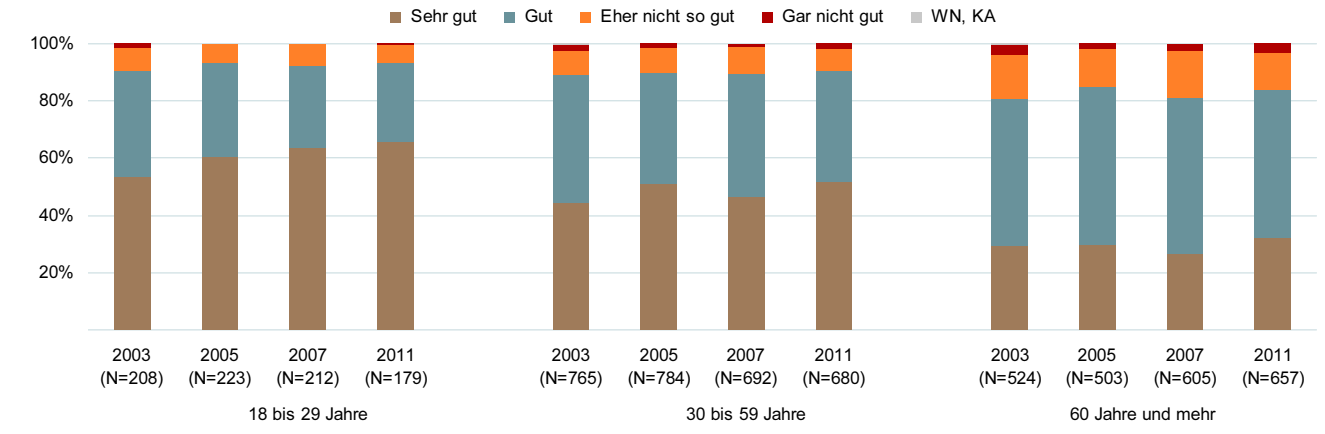


Abb. 51

Integration

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Basel ist im Schweizer Durchschnitt hoch und steigt weiter an. Die Integration der ausländischen Bevölkerung, d. h. ihre Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, ist ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Stadt. Integration ist nur bedingt messbar. Mit dem Vergleich der Gymnasialquoten von schweizerischen und ausländischen Jugendlichen wird ein wichtiger Aspekt der Integration beleuchtet.

Ziel: Integration durch Schaffen von gleichen Voraussetzungen

Das Verhältnis der Gymnasialquoten von Schweizer bzw. ausländischen Lernenden für Basel schwankt im Betrachtungszeitraum zwischen Werten von 0,51 (2010) und 0,33 (2005) (Abb. 52). Der Wert für das Jahr 2011 lag mit 0,47 zwar leicht tiefer als im Vorjahr, stellt aber immer noch den zweithöchsten der betrachteten Periode 2000 bis 2011 dar. Trotzdem: Auch wenn die jüngsten Zahlen auf eine allmähliche Annäherung der beiden Quoten deuten, ist ein wirklich klarer Trend nicht auszumachen. Die Grafik zeigt, dass ausländische Jugendliche an den Gymnasien deutlich untervertreten sind.

Im Jahr 2004 wurden die Modalitäten für den Eintritt ins Gymnasium geändert: Während bis 2003 die Eltern der Lernenden in letzter Kompetenz über den Eintritt ins Gymnasium entschieden, erfolgt der Übertrittsentscheid seit 2004 ausschliesslich auf der Basis einer Leistungsbeurteilung durch die Lehrkräfte der Orientierungsschule. Dieser Entscheid kann nur durch das Bestehen einer Aufnahmeprüfung korrigiert werden. Es ist davon auszugehen, dass dieser selektivere Übertrittsmodus zumindest vorübergehend Ursache für die Verschiebung des Verhältnisses der Gymnasialquoten zuungunsten der ausländischen Lernenden in den folgenden Jahren war. Seit 2007 hat sich dieses Verhältnis aber wieder deutlich stabilisiert bzw. ist zugunsten der ausländischen Lernenden tendenziell im Steigen begriffen.

Der detaillierte Vergleich der Gymnasialquoten zeigt, dass sowohl bei den ausländischen als auch bei den Schweizer Jugendlichen mehr Frauen als Männer das Gymnasium besuchen (Abb. 53). Abweichungen bei der Gymnasialquote sind auch zwischen Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit auszumachen: Die Gymnasialquote der Jugendlichen aus Mazedonien liegt 2011 mit 10,0% zwar erstmals seit 2006 wieder über der Quote der Jugendlichen aus der Türkei (9,4%), aber noch immer deutlich unter derjenigen von Lernenden aus Serbien, Montenegro, Kosovo (14,0%) und aus Italien (16,0%). Deutsche Jugendliche (67,5%) besuchen das Gymnasium nach wie vor deutlich häufiger als Schweizer (48,4%), wobei die Zahlen bei den deutschen Lernenden seit nunmehr drei Schuljahren rückläufig, jene der Schweizer jedoch seit 2007 im Steigen begriffen sind (Abb. 54). Für sämtliche Staatsangehörigkeiten gilt allerdings folgendes: Je weniger Lernende diese umfassen, desto stärkeren jährlichen Schwankungen unterliegen deren Gymnasialquoten.

Die vorliegenden Daten bestätigen die Erkenntnis aus der internationalen Leistungsmessungsstudie PISA, dass in der Schweiz die soziale Herkunft einen starken Einfluss auf den Bildungserfolg von Lernenden hat.

Die Bildungsausgaben des Kantons Basel-Stadt variieren stark nach Geschlecht und Herkunft. Der Stadtkanton gab im Jahr 2007 über alle Lebensjahre summiert für eine Schweizerin 358 000 Franken und für einen Schweizer 363 000 Franken für Bildung aus. Für eine Ausländerin sind es dagegen 291 000 Franken und für einen Ausländer 316 000 Franken.

Erläuterungen: Die *Gymnasialquote* misst den Anteil der Gymnasiasten an allen Lernenden des 8. und 9. Schuljahres. Liegt der Wert beim Verhältnis der Gymnasialquoten von ausländischen bzw. Schweizer Lernenden bei 1, ist der Bildungszugang für beide Gruppen gleich.
Quellen: Schulstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/tabellen/t15/1
Weiterführende Informationen:

- Kennzahlenbericht zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern in Basel-Stadt, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/kennzahlen/integration; Gender-Budget: Gleichstellungs- und Finanzindikatoren in der Bildung, www.statistik.bs.ch/publikationen/kennzahlen/gleichstellungsindikatoren
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 84 00, www.ed.bs.ch
- «Integration Basel» - Fachstelle Diversität und Integration, Tel. 061 267 78 40, www.welcome-to-basel.bs.ch

Verhältnis der Gymnasialquoten von ausländischen und Schweizer Lernenden

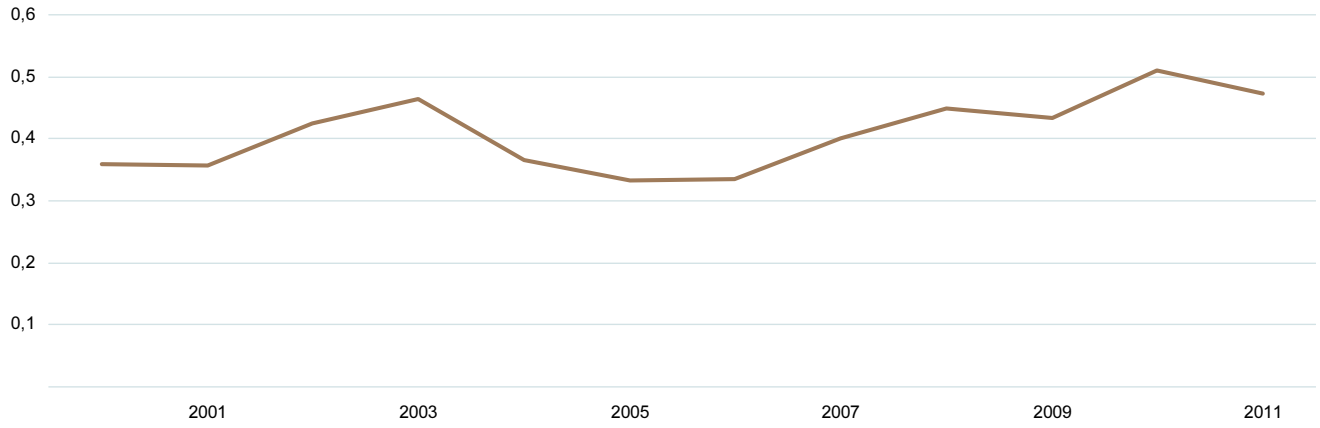


Abb. 52

Gymnasialquoten nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

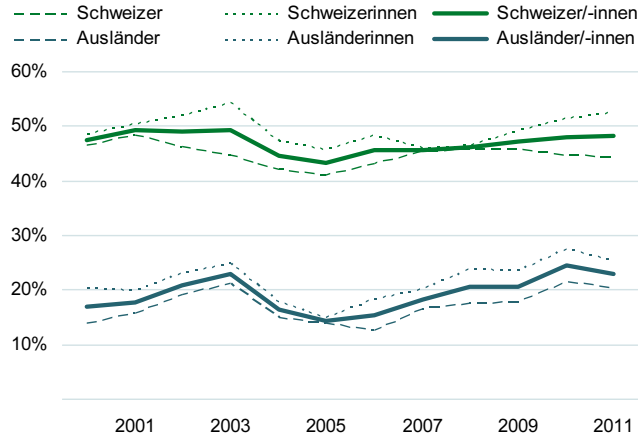


Abb. 53

Gymnasialquoten ausgewählter Staatsangehörigkeiten

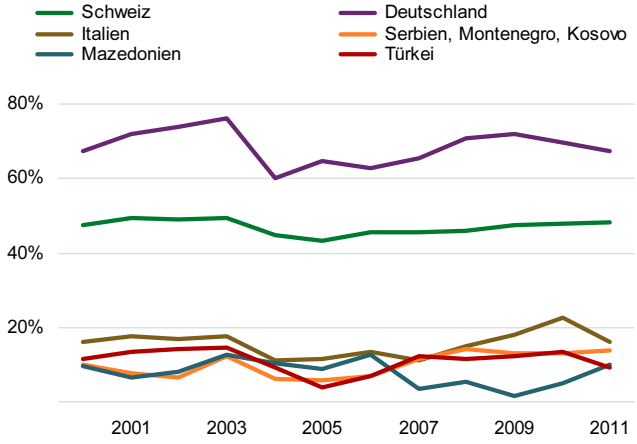


Abb. 54

Lohngleichstellung

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist seit 1981 in der Bundesverfassung verankert. Sie muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und insbesondere in der Arbeitswelt gefördert werden, um allen die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu bieten, am ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Ein wesentlicher Indikator für die Gleichstellung ist die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern.

Ziel: Keine Lohndifferenzen aufgrund des Geschlechts

Das Verhältnis des mittleren Lohnes von Frauen und Männern im Privatsektor in Basel-Stadt beträgt seit dem Jahr 2000 rund 0,8 (Abb. 55). Der Medianlohn der Frauen liegt somit rund 20% unter jenem der Männer. Im gesamtschweizerischen Durchschnitt fällt die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern mit rund 18% (Stand 2010) geringer aus.

Der Anteil Arbeitnehmende in der Unternehmensleitung oder mit Vorgesetztenfunktion nach Geschlecht zeigt für den Kanton Basel-Stadt über die gesamte Beobachtungsdauer von zwölf Jahren, dass es weniger Frauen als Männer in Führungspositionen hat (Abb. 56).

Beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind das Angebot und der Zugang zu familienergänzender Kinderbetreuung insbesondere für die Frauen von grosser Relevanz, da sie nach wie vor zur Hauptsache die Kinderbetreuung wahrnehmen. Der Versorgungsgrad mit familienexterner Kinderbetreuung stieg im Kanton Basel-Stadt zwischen 2004 und 2011 von rund 10% auf 18,9% (Abb. 57).

Der Sprung im Vorschulbereich zwischen 2009 und 2010 ist hauptsächlich damit zu erklären, dass sich die Zahl der Plätze in nicht subventionierten Institutionen verdoppelte. Die verstärkte Zunahme des Versorgungsgrads im Schulbereich ab 2010 ist auf den Ausbau der Tagesschulen und die Berücksichtigung der Tagesferien zurückzuführen. Im Vergleich dazu nahm der Versorgungsgrad in der Stadt Zürich zwischen 2004 und 2010 von 21,3% auf 27,1% zu. Für Kinder im Vorschulalter glich sich das Betreuungsangebot von Basel-Stadt somit stark demjenigen der Stadt Zürich an. Im Schulbereich verlief die Entwicklung in beiden Städten parallel. 2010 war der Versorgungsgrad in Zürich immer noch doppelt so hoch wie in Basel-Stadt.

Die Entwicklung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft lässt sich auch an der Zusammensetzung des Grossen Rates ablesen. Zwischen 1988 und 2008 stieg der Frauenanteil im Basler Grossen Rat von 26,9% auf 37,0%, aktuell liegt er bei 31,0% (Abb. 58). Ende 2011 betrug der Frauenanteil in den Kantonsparlamenten im gesamtschweizerischen Durchschnitt 25,2%. Der Frauenanteil im Grossen Rat ist seit Jahren einer der höchsten aller kantonalen Parlamente in der Schweiz.

Erläuterungen: Verhältnis des *mittleren Lohns* (Median) von Frauen und Männern im Kanton Basel-Stadt. Berücksichtigt sind – wenn nicht anders erwähnt – Erwerbstätige im privaten Sektor aus allen Wirtschaftszweigen (ohne Landwirtschaft) und auf allen Anforderungsstufen. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto eher ist die Lohngleichheit erreicht. Diese Kennzahl ist aufgrund der geringen Stichprobengrösse nur als Richtwert anzusehen. Der *Versorgungsgrad* misst das Verhältnis zwischen den Kinderbetreuungsplätzen (Tagesheime und -familien, Tagesschulen, Mittagstische und Nachmittagsbetreuung, Tagesferien BS ab 2010, ohne Blockzeiten) und den in Basel-Stadt wohnhaften Kindern. Der Vorschulbereich umfasst das Platzangebot für Kinder von 0 bis 3 Jahre, der Schulbereich für Kinder von 4 bis 13 Jahre.
Quellen: Lohnstrukturerhebung (LSE) und Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Bundesamtes für Statistik, www.bfs.admin.ch. Wahlresultate der Grossratswahlen im Kanton Basel-Stadt, www.grosserrat-bs.ch/wahl_zusammensetzung/wahlresultate; Fachstelle Tagesbetreuung und Fachstelle Tagesstrukturen des Erziehungsdepartementes des Kantons Basel-Stadt; Erhebung Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt zu Mittagstischen und Nachmittagsbetreuung; Statistisches Amt des Kantons Zürich.
Weiterführende Informationen:

- Ausgabeninzidenz Basel-Stadt 2000-2007, Stadt und Region, Heft 5, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/stadt-und-region/ausgabeninzidenz-basel-stadt
- Abteilung Gleichstellung und Integration, Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM), Tel. 061 267 66 81, www.gleichstellung.bs.ch
- Fachstelle Tagesbetreuung, Abteilung Jugend- und Familienangebote, Tel. 061 267 43 20, www.ed-bs.ch/jfs/jfa/tagesbetreuung
- Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt, www.grosserrat-bs.ch
- Statistisches Amt des Kantons Zürich, www.statistik.zh.ch/internet/justiz_inneres/statistik/de/statistiken/spezifische_themen/kinderbetreuung.html

Verhältnis der Löhne von Frauen und Männern

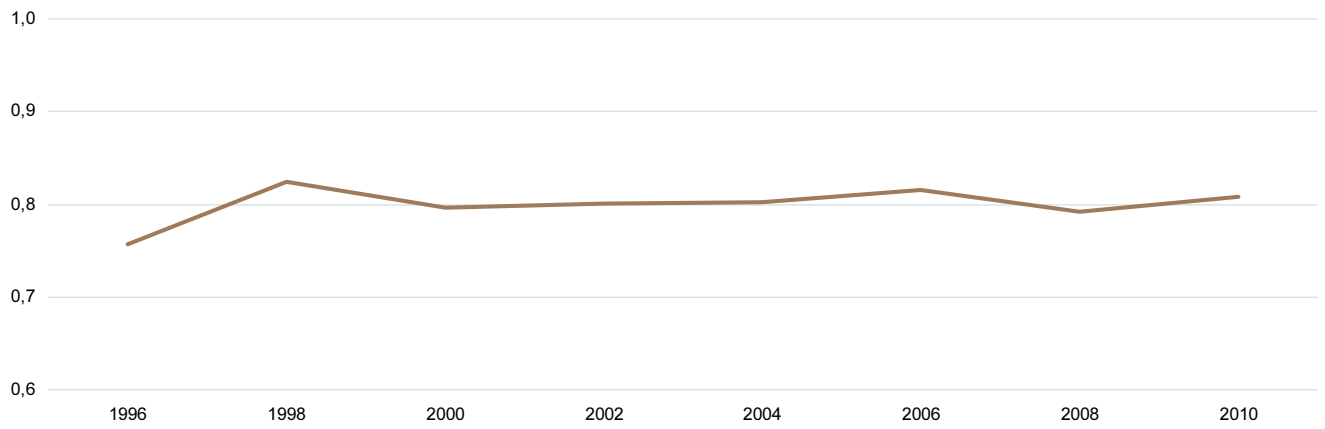


Abb. 55

Anteil Arbeitnehmende in Unternehmensleitung oder Vorgesetztenfunktion (gleitender Mittelwert über 3 Jahre)

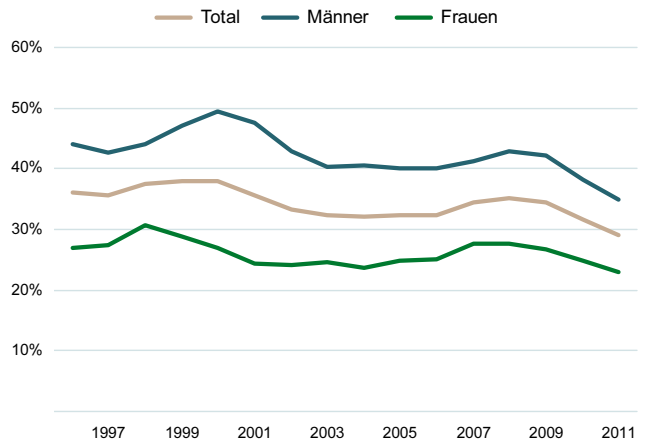


Abb. 56

Versorgungsgrad mit familienergänzender Kinderbetreuung

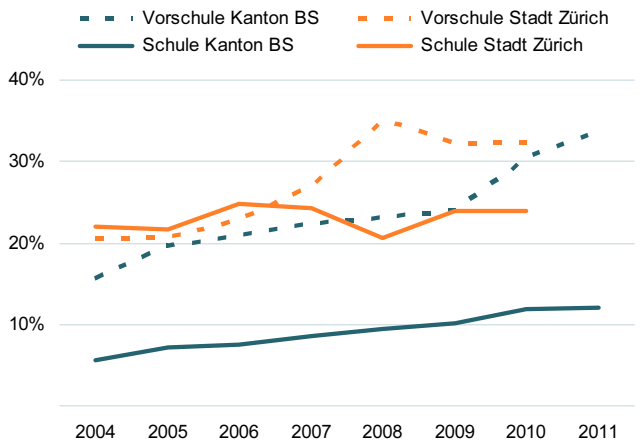


Abb. 57

Frauenanteil im Grossen Rat (gemäss Wahlergebnis)

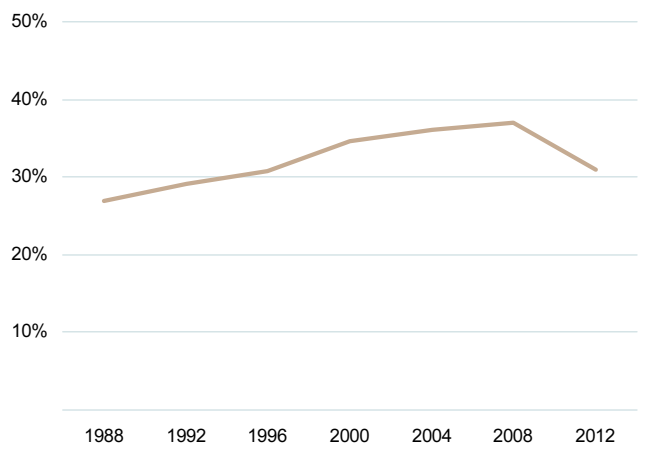


Abb. 58

Gewaltstraftaten

Zu den sozial wichtigen Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung sind auch die körperliche Integrität und das Sicherheitsempfinden zu zählen. Das Gefühl von Sicherheit im persönlichen Umfeld, aber auch im Quartier und im öffentlichen Raum ganz allgemein ist eine wichtige Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am Leben und für eine hohe Lebensqualität.

Ziele: Verminderung der Kriminalität und Erhöhung von Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Im Jahr 2011 wurden im Kanton Basel-Stadt 24 835 Delikte gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch (StGB) und Betäubungsmittelgesetz (BetmG) angezeigt. Davon sind knapp 3,6% Gewaltstraftaten. Unter Gewaltstraftaten werden vorsätzliche Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Raub und Vergewaltigung verstanden. Die Anzahl Gewaltstraftaten ist eine wichtige Kennzahl zur Beurteilung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Zahl der im Kanton Basel-Stadt registrierten Gewaltstraftaten hat im Jahr 2011 zugenommen (durchschnittlich zweieinhalb Delikte pro Tag). Sie liegt mit 892 Delikten um 111 Vergehen höher als im Jahr 2010, was einer Veränderung von rund 13,6% entspricht. Umgerechnet auf die Bevölkerung kam es im Jahr 2011 somit zu 465 Gewaltstraftaten pro 100 000 Einwohner, im Vorjahr waren es 407 (Abb. 59).

Gesamtschweizerisch wurden im Jahr 2010 rund 171 Gewaltdelikte pro 100 000 Einwohner registriert. Urbane Gebiete wie Basel sind u. a. aufgrund einer höheren Interaktionsdichte deutlich stärker belastet.

Werden die gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch strafbaren Handlungen betrachtet, fällt die Kriminalitätsbelastung der Stadt Basel im Jahr 2011 mit 126,2 Straftaten pro 1 000 Einwohner im Vergleich mit anderen Schweizer Städten wie Genf (217,0), Lausanne (189,5), Bern (172,0) oder Zürich (138,9) deutlich geringer aus. Sie liegt jedoch aus obgenanntem Grund ebenfalls über dem gesamtschweizerischen Wert von 71,1 Straftaten pro 1 000 Einwohner.

Wie in anderen urbanen Umfeldern ist die Gewaltbereitschaft auch in Basel-Stadt über die Jahre betrachtet tendenziell gestiegen. Im Jahr 2004 haben die registrierten Körperverletzungen einen Höchststand erreicht und sind danach deutlich gesunken. Seit 2008 ist wieder die gegensätzliche Tendenz zu verzeichnen. Bei den anderen drei Deliktarten – Tötungsdelikte, Raub und Vergewaltigung – sind langfristig keine eindeutigen Tendenzen zu erkennen (Abb. 60).

Die Angst vor dem Verlust der körperlichen Integrität hat einen grossen Einfluss auf das psychische Wohlbefinden und somit auf die Lebensqualität. Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, dass die Sicherheit für die Bevölkerung eine hohe Bedeutung hat. Wie die 2011 durchgeführte vierte kantonale Bevölkerungsbefragung zeigt, fühlen sich insgesamt 92,8% der Befragten im Kanton Basel-Stadt im Alltag ganz allgemein sehr sicher oder eher sicher (Abb. 61).

Während der Anteil der Personen, die sich eher unsicher oder sehr unsicher fühlen seit 2003 zwischen 5,3% und 7,1% auf tiefem Niveau relativ unverändert blieb, so nahm der Anteil Personen ab, die sich in Basel-Stadt sehr sicher fühlen (Abb. 61).

Erläuterungen: Als *Gewaltstraftaten* werden vorsätzliche Tötungs- und Körperverletzungsdelikte (Artikel 111 bis 116 sowie Artikel 122 bis 123 gemäss StGB), Raub (Artikel 140 StGB) und Vergewaltigung (Artikel 190 StGB) verstanden. Seit 2005 werden von mehreren Personen gemeinsam begangene Straftaten nur noch als ein Ereignis gezählt.
Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/tabellen/t19/1. Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/befragungen/bevoelkerung
Weiterführende Informationen:

- Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 71 71, www.jsd.bs.ch

Gewaltstraftaten pro 100 000 Einwohner

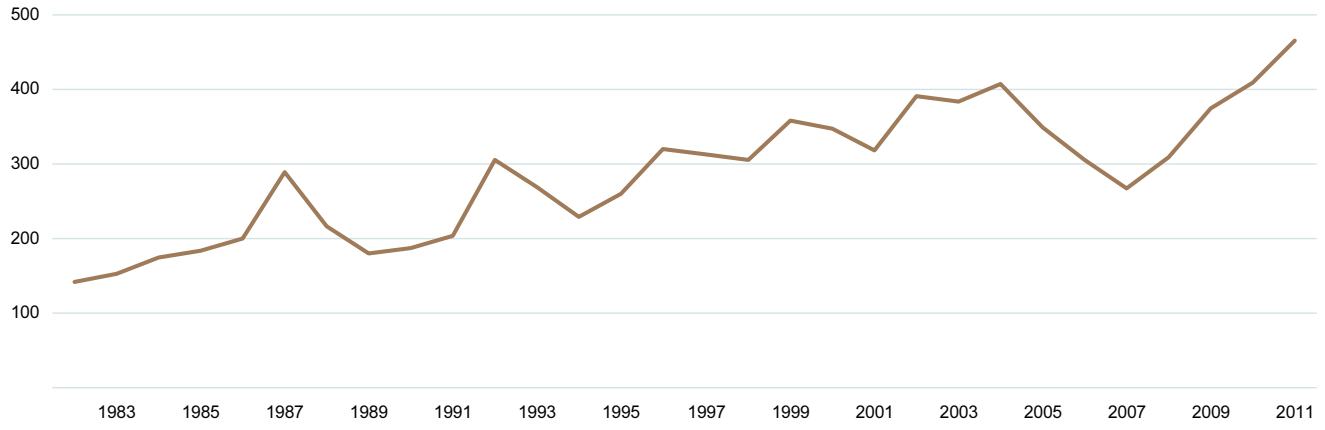


Abb. 59

Gewaltstraftaten nach Deliktart

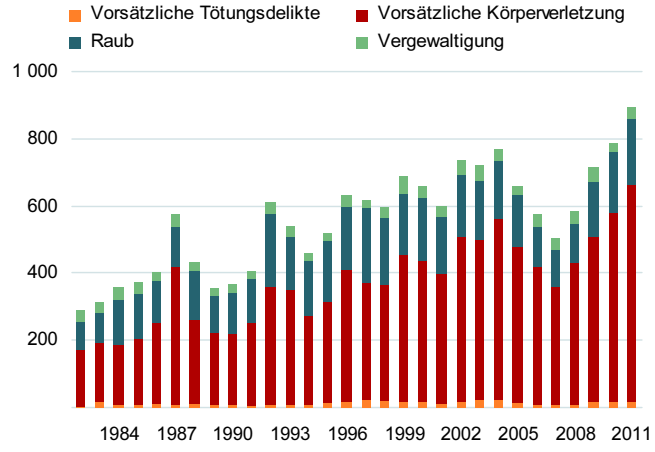


Abb. 60

Sicherheitsempfinden ganz allgemein im Alltag

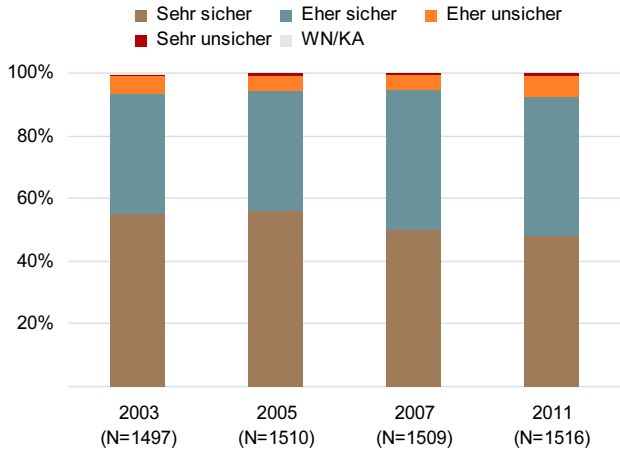


Abb. 61

Zufriedenheit

Eine hohe Grundzufriedenheit der Bevölkerung ist ein wichtiger Hinweis für die Lebensqualität in einer Stadt. Die Auswertung der entsprechenden Fragen aus der kantonalen Bevölkerungsbefragung zeigt, wie die Bevölkerung ihre Zufriedenheit einschätzt.

Ziel: Grosse Zufriedenheit in der Bevölkerung

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung über die subjektive Zufriedenheit mit Basel zeigen in allen vier Erhebungsjahren (2003, 2005, 2007, 2011) ein sehr positives Bild. Bei den ersten drei Befragungen lebten jeweils rund 96% der Befragten sehr gerne oder gerne im Kanton Basel-Stadt, während bei der letzten Befragung die Zufriedenheit mit einem Anteil von 98% sogar noch etwas höher lag (Abb. 62).

Auch in den drei anderen Städten, die beim Städtevergleich 2011 teilgenommen haben, ist die Zufriedenheit mit dem Wohnort in etwa gleich hoch wie in Basel-Stadt. In allen Städten lag der Anteil der Befragten, die sehr gerne oder gerne an ihrem Wohnort leben, zwischen 97% und 98% (Abb. 65). Die höchste Zufriedenheit mit einem Anteil von 99,6% weisen innerhalb des Kantons Basel-Stadt die Befragten aus Riehen und Bettingen auf.

Im Jahr 2011 gaben 76,1% der befragten Personen an, ihren Wohnort nicht wechseln zu wollen, wenn sie völlig frei entscheiden könnten. Auf einer 10er-Skala wird die Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt im Durchschnitt mit 7,7 bewertet und damit höher als in den vergangenen Befragungen (Abb. 66).

Erfragt wurde auch die Zufriedenheit mit dem Wohnungs- und Kulturangebot. Die Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot lag mit einem Anteil von 65,3% sehr oder eher zufriedenen Personen deutlich tiefer als die Zufriedenheit mit dem Kulturangebot mit 90,3% (Abb. 63 und 64). Wie die beiden Abbildungen zeigen, wurden die beiden abgefragten Themenbereiche im Zeitverlauf unterschiedlich bewertet. Auch nach Alter zeigen sich Unterschiede. Mit dem Wohnungsangebot sind 23,4% der Personen ab 70 Jahren sehr zufrieden. Eher kritisch sind die 18- bis 29-Jährigen mit einem Anteil von 13,5% sehr zufriedenen Personen. Das gleiche Bild zeigt sich bei der Zufriedenheit mit dem Kulturangebot. Auch hier sind Personen ab 70 Jahren zufriedener (55,9% sehr zufrieden) als die jüngeren Befragten unter 30 Jahren (33,5%).

Quelle: Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2003, 2005, 2007 und 2011, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/publikationen/befragungen/bevoelkerung

Weiterführende Informationen:

- Bundesamt für Statistik, Cercle Indicateurs, www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/04/01.htm

Wie gerne leben Sie im Kanton Basel-Stadt?

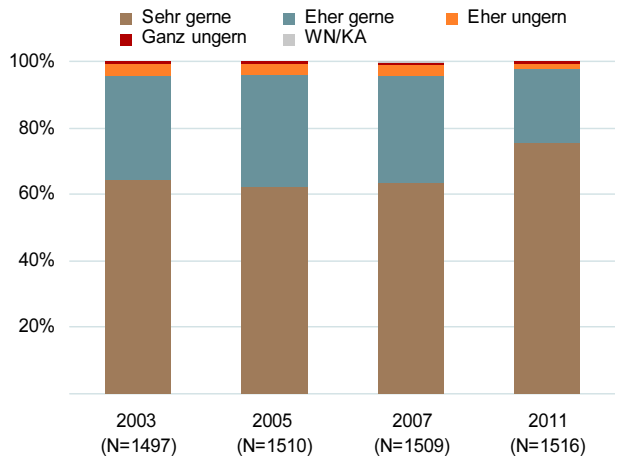


Abb. 62

Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot

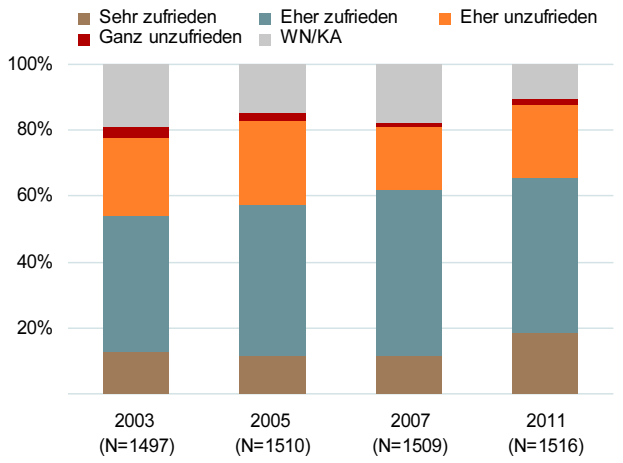


Abb. 63

Zufriedenheit mit dem Kulturangebot

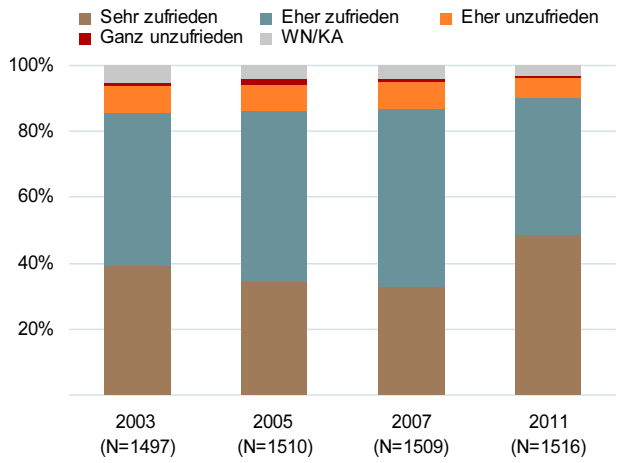


Abb. 64

Städtevergleich 2011: Wie gerne wohnen Sie an Ihrem Wohnort?

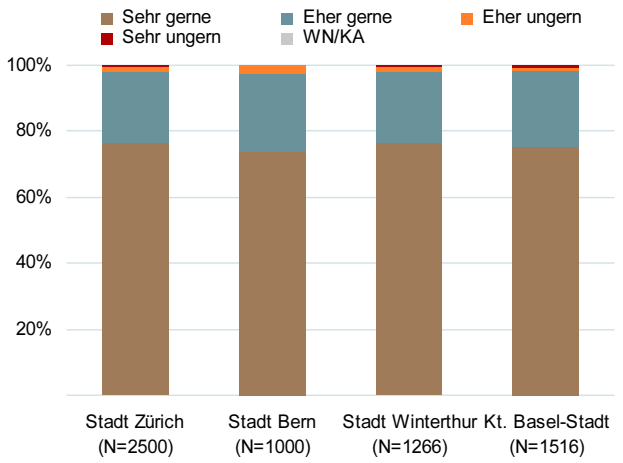


Abb. 65

Bewertung der Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt (10=sehr gut, 1=gar nicht gut)

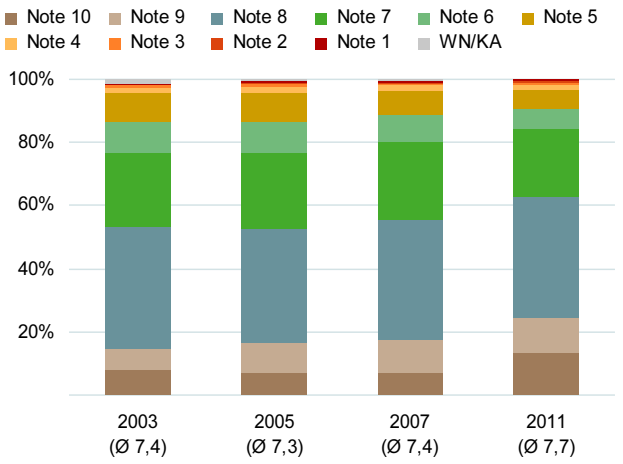


Abb. 66

IMPRESSUM

Herausgeber: Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Redaktion: Kantons- und Stadtentwicklung, Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt
Statistisches Amt, Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt

Leitung und Realisation: Kantons- und Stadtentwicklung des Kantons Basel-Stadt, Marktplatz 30a, 4001 Basel, Tel. 061 267 88 97, Internet: www.entwicklung.bs.ch

Kennzahlen: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Binningerstrasse 6, 4001 Basel, Tel.: 061 267 87 27, E-Mail: stata@bs.ch, Internet: www.statistik.bs.ch

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Hochbergerstrasse 158, 4019 Basel, Tel. 061 639 22 22, Internet: www.aue.bs.ch

Grafische Gestaltung:
Locher, Schmill, Van Wezemael & Partner AG

Bilder: Titel: Projekt der Stiftung Habitat an der Margarethen-/Reichensteinerstrasse (Markus Ahmadi), Seite 2: Rheinschwimmen (Pino Covino), Seite 4: Seniorenresidenz Südpark (Pino Covino), Seite 6: Kinderhort im Gundeldingerquartier (Keystone), Seite 10: Markt auf dem Marktplatz (Keystone), Seite 14: Technologie Park Basel (Juri Weiss), Seite 18: Eröffnung einer Begegnungszone (Bau- und Verkehrsdepartement)

Auflage und Druck:
1500 Exemplare, Werner Druck & Medien AG, Basel

Bezugsquelle: Kantons- und Stadtentwicklung, Marktplatz 30a, 4001 Basel (Besuchereingang Sattelgasse), Tel. 061 267 88 97

Internet: www.entwicklung.bs.ch/themen-und-projekte-stadtentwicklung/nachhaltigkeitsbericht_2013.htm

www.statistik-bs.ch/publikationen/kennzahlen/nachhaltigkeit

Schutzgebühr: CHF 10.–

© Kanton Basel-Stadt, 2013

myclimate
neutral
Drucksache
No. 01-13-693281 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership